

Fichtner, Ferdinand et al.

Article

Sommergrundlinien 2013

DIW Wochenbericht

Provided in Cooperation with:

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Fichtner, Ferdinand et al. (2013) : Sommergrundlinien 2013, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 80, Iss. 25, pp. 3-44

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/77873>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Sommergrundlinien 2013



von Ferdinand Fichtner, Simon Junker, Guido Baldi, Jacek Bednarz, Kerstin Bernoth, Franziska Bremus, Karl Brenke, Christian Dreger, Hella Engerer, Christoph Große Steffen, Hendrik Hagedorn, Pia John, Philipp König, Dirk Ulbricht und Kristina van Deuverden

Beschleunigung nach schwachem Jahresauftakt 3

Europa und die Weltwirtschaft:
Auf vorsichtigem Erholungskurs 4

Deutsche Wirtschaft: Wieder im Aufwind 18

Wirtschaftspolitik:
Handlungsbedarf in Europa und Deutschland 37

Interview mit Ferdinand Fichtner

»Vorübergehender Dämpfer bereits überwunden« 45

Hauptaggregate der Sektoren 2013–2014 46

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen
Gesamtrechnung für Deutschland 48

Am aktuellen Rand Kommentar von Alexander Kritikós

Warum nur wenige in Griechenland investieren 52



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e.V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
80. Jahrgang
19. Juni 2013

Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake
Prof. Dr. Tomaso Duso
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.
Prof. Dr. Martin Gornig
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Karsten Neuhoff, Ph.D.
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion

Sabine Fiedler
Dr. Kurt Geppert

Redaktion

Renate Bogdanovic
Sebastian Kollmann
Dr. Richard Ochmann
Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat

Karl Brenke

Textdokumentation

Lana Stille

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-89789-249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805 - 19 88 88, 14 Cent./min.
ISSN 0012-1304

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Serviceabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.



Jede Woche liefert der Wochenbericht einen unabhängigen Blick auf die Wirtschaftsentwicklung in Deutschland und der Welt. Der Wochenbericht richtet sich an Führungskräfte in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft – mit Informationen und Analysen aus erster Hand.

Wenn Sie sich für ein Abonnement interessieren, können Sie zwischen den folgenden Optionen wählen:

Jahresabo zum Vorzugspreis: Der Wochenbericht zum Preis von 179,90 Euro im Jahr (inkl. MwSt. und Versand), gegenüber dem Einzelpreis von 7 Euro sparen Sie damit mehr als 40 Prozent.

Studenten-Abo: Studenten können den Wochenbericht bereits zum Preis von 49,90 Euro im Jahr abonnieren.

Probe-Abo: Sie möchten den Wochenbericht erst kennenlernen? Dann testen Sie sechs Hefte für nur 14,90 Euro.

Bestellungen richten Sie bitte an den

DIW Berlin Leserservice
Postfach 74, 77649 Offenburg
Tel. (01805) 9 88 88, 14 Cent./min.
leserservice@diw.de

Weitere Fragen?

DIW Kundenservice:
Telefon (030) 89789-245
kundenservice@diw.de

Abbestellungen von Abonnements
spätestens sechs Wochen vor Laufzeitende

RÜCKBLENDE: IM WOCHENBERICHT VOR 50 JAHREN

Die Investitionen in der chemischen Industrie Mitteldeutschlands

Von den zum Ostblock zählenden Ländern kann sich Mitteldeutschland wohl auf die am weitesten entwickelte chemische Industrie stützen, deren Grundlage die umfangreichen Braunkohlenvorkommen und Salzlagerstätten sind; darunter befinden sich so bekannte Großbetriebe wie Leuna, Buna, Bitterfeld und Wolfen. Ihre Stärke lag vor dem Kriege in der Produktion bestimmter chemischer Grundstoffe, während der Herstellung chemisch-technischer Spezialitäten geringere Bedeutung als in Westdeutschland zukam. Die Grundstoffherzeugung wurde zwar durch sowjetische Demontagen geschwächt, jedoch wurden bestimmte Produktionszweige – Mineralölwirtschaft, Buna – durch Weiterführung in Form von SAG-Betrieben geschont. Bis in die zweite Hälfte der fünfziger Jahre wurden die im Staatshaushalt für die chemische Industrie bereitgestellten Investitionsmittel im wesentlichen für den Wiederaufbau demontierter bzw. den Ausbau bestehender Werke verwendet, um die Kapazitätsverluste insbesondere bei den Grundchemikalien Schwefelsäure und Soda – auszugleichen.

Eine neue Entwicklungsphase bahnte sich mit der Aufnahme der Tätigkeit des COMECON (Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe) in der Mitte der fünfziger Jahre an. Schon bald nach der Gründung der ständigen Fachkommission für Chemie wurden in den Jahren 1956/57 Grundsätze für die künftige Entwicklung der einzelnen nationalen chemischen Industrien aufgestellt. Der Tenor der Vorschläge lief auf eine Steigerung der Produktion in allen Mitgliedsländern im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten hinaus, wobei allerdings nach wie vor der Vorrang, den bisher Bergbau, Energie sowie eisenschaffende und eisenverarbeitende Industrie gehabt hatten, aufrechterhalten blieb.

Wochenbericht Nr. 25 vom 21. Juni 1963

Beschleunigung nach schwachem Jahresauftakt

Von Ferdinand Fichtner, Simon Junker, Guido Baldi, Jacek Bednarz, Kerstin Bernoth, Franziska Bremus, Karl Brenke, Christian Dreger, Hella Engerer, Christoph Große Steffen, Hendrik Hagedorn, Pia John, Philipp König, Dirk Ulbricht und Kristina van Deuverden

Die deutsche Wirtschaft wird wegen des schwachen Winterhalbjahres in diesem Jahr nur um 0,4 Prozent wachsen. Allerdings dürfte die Schwächephase wohl bereits überwunden sein; im kommenden Jahr wird das Wachstum mit 1,8 Prozent kräftig sein

Die Weltkonjunktur ist wieder auf einen Aufwärtstrend eingeschwenkt; die wirtschaftliche Entwicklung in vielen Schwellenländern, aber auch in den USA und Japan hat zuletzt etwas Fahrt aufgenommen, vielerorts unterstützt durch eine expansive Wirtschaftspolitik. Darüber hinaus haben die zur Stabilisierung der Finanzmärkte im Euroraum geschaffenen Instrumente einen spürbaren Rückgang der Unsicherheit mit sich gebracht. Die Arbeitslosigkeit ist aber nach wie vor hoch und die Verschuldung – öffentlich wie auch privat – muss weiter deutlich zurückgeführt werden. Im Euroraum wird die Wirtschaft zunächst weiter schrumpfen, allerdings bei Weitem nicht mehr so stark. Vielerorts zeichnet sich eine Ausweitung der Exporte ab, die zum Teil auch auf eine Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit zurückzuführen ist. In vielen Krisenländern ist der Abbau von Überkapazitäten merklich vorangeschritten und damit verbundene dämpfende Effekte fallen nach und nach weg. Ab dem Jahreswechsel 2013/14 dürfte die Wirtschaft auch in den Krisenländern wachsen.

Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland profitiert von der weltwirtschaftlichen Entwicklung zwar und die Exporte ziehen an. Das Wirtschaftswachstum wird aber

immer mehr von der binnenwirtschaftlichen Entwicklung getragen. Der Beschäftigungsaufbau wird sich im Prognosezeitraum fortsetzen. Trotzdem dürfte die Arbeitslosenquote leicht steigen – auf sieben Prozent im kommenden Jahr – denn auch das Erwerbspersonenpotential wird vorübergehend zunehmen. Damit ist die Lage auf dem Arbeitsmarkt nach wie vor gut; daher steigen die Löhne kräftig und die Einkommen ziehen merklich an. Bei nach wie vor moderater Inflation – von 1,6 Prozent in diesem und knapp zwei Prozent im kommenden Jahr – expandieren auch die realen Einkommen kräftig. Dies beflügelt den privaten Verbrauch, der in zunehmendem Maß zum Wachstum beiträgt. Aufgrund der dynamischen Binnennachfrage steigen die Importe stärker als die Exporte, so dass der Außenhandelsüberschuss zurückgehen wird. Dies wird sich auch in der mittleren Frist fortsetzen, die von anhaltend kräftigen Lohnzuwächsen und einer im Zuge günstiger Finanzierungsbedingungen regen Investitionstätigkeit geprägt ist.

Die öffentlichen Haushalte erzielen im Jahr 2013 einen geringen Überschuss von 0,1 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt, im kommenden Jahr steigt er auf 0,4 Prozent. Der damit erarbeitete Spielraum sollte allerdings nicht für Wahlgeschenke verpulvert werden. Vielmehr sollte er genutzt werden, um künftigen demografischen Herausforderungen durch Ausgaben zu begegnen, die mittelfristig das wirtschaftliche Wachstum potentiell erhöhen.

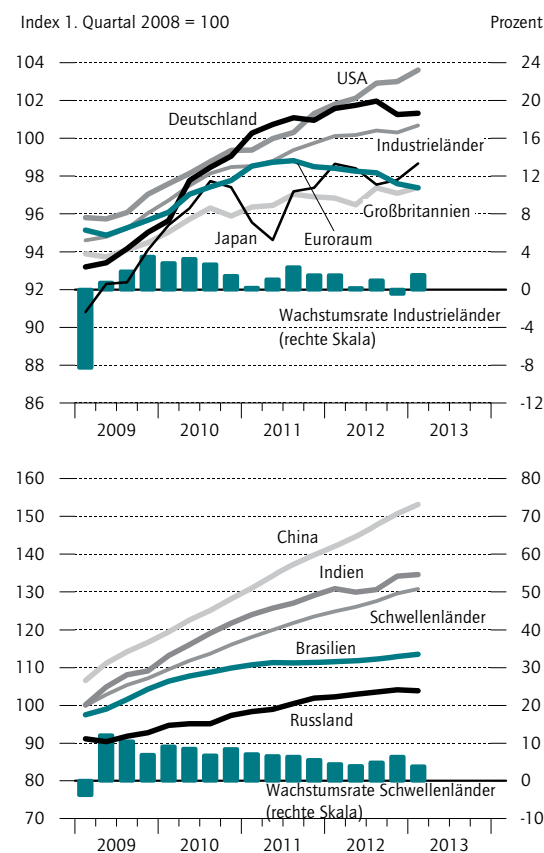
Europa und die Weltwirtschaft: Auf vorsichtigem Erholungskurs

Zum Jahresauftakt hat die Weltwirtschaft leicht an Dynamik gewonnen. Insbesondere in einigen großen entwickelten Volkswirtschaften hat sich das Expansions-tempo im ersten Quartal merklich beschleunigt. In vielen Schwellenländern hat die Konjunktur im Vergleich zum Schlussquartal des vergangenen Jahres zwar an Schwung verloren, weist aber eine stabile Grunddynamik auf (Abbildung 1).

In vielen entwickelten Volkswirtschaften dämpft die anhaltend schwierige Arbeitsmarktsituation im weiteren Verlauf die wirtschaftliche Dynamik (Abbildung 2); auch die hohe Verschuldung der privaten Haushalte beeinträchtigt vielerorts den privaten Verbrauch. Wegen hoher öffentlicher Schuldenstände und wegen des massiven Konsolidierungsdrucks bestehen für die Finanzpolitik nur geringe Spielräume. In den meisten entwickelten Volkswirtschaften und insbesondere in den Krisenländern des Euroraums gehen von der Finanzpolitik daher deutlich restriktive Impulse auf die wirtschaftliche Entwicklung aus. Expansiv wirkt die Finanzpolitik in den großen Schwellenländern sowie – trotz der auch hier hohen Verschuldung – in Japan.

Abbildung 1

Reales Bruttoinlandsprodukt



Quellen: Nationale statistische Ämter; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2013

In den entwickelten Volkswirtschaften hat sich die Konjunktur zum Jahresauftakt wieder belebt, in den Schwellenländern ging die Dynamik etwas zurück.

Die Weltwirtschaft dürfte im Jahresdurchschnitt mit 3,2 Prozent etwa gleich stark wie im vergangenen Jahr wachsen. Im Jahresverlauf wird das Wachstum etwas steigen, da sich in den Schwellenländern, aber auch in einigen entwickelten Volkswirtschaften auf der Grundlage anhaltend expansiver Geld- und teilweise auch Finanzpolitik allmählich eine kräftigere Dynamik vor allem des privaten Verbrauchs einstellt. Zunehmend dürfte sich im Zuge der sich verbessernden Absatzperspektiven die Investitionsnachfrage beleben, zumal die Unsicherheit, die von der Krise im Euroraum ausgeht und die Investitionstätigkeit derzeit noch hemmt, im Prognosezeitraum allmählich weiter nachlassen dürfte. Im Euroraum wird die Wirtschaft in der zweiten Hälfte des laufenden Jahres wieder leicht wachsen. Selbst in den meisten Krisenländern ist ab der Jahreswende wieder mit einer aufwärts gerichteten wirtschaftlichen Entwicklung zu rechnen, da der Abbau von Überkapazitäten allmählich zum Ende kommen dürfte. Für das kommende Jahr ist eine durchschnittliche Wachstumsrate der Weltwirtschaft von knapp vier Prozent zu erwarten (Tabelle 1). Der Welthandel wird im Prognosezeitraum zwar insgesamt merklich zulegen, aber im Vergleich zum durchaus kräftigen Jahresauftakt 2013 nur wenig an Schwung gewinnen (Abbildung 3).

Für die vorliegende Prognose wird angenommen, dass die wirtschaftliche Entwicklung nicht durch eine erneute Verschärfung der Krise im Euroraum beeinträchtigt wird. Insbesondere wird angenommen, dass es nicht zu unkontrollierten Insolvenzen größerer europäischer Banken und weiteren Ansteckungseffekten zwischen Banken und Staatsfinanzen kommt. Durch die Schaffung der europäischen Stabilisierungsfonds sowie durch

Tabelle 1

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in der Weltwirtschaft
In Prozent

	Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote			
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr								2011	2012	2013	2014
	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014				
Euroraum	1,5	-0,5	-0,5	0,9	2,7	2,5	1,5	1,6	10,2	11,4	12,1	12,3
Frankreich	2,0	0,0	-0,4	0,4	2,1	2,0	0,9	1,6	9,6	10,2	11,1	11,5
Italien	0,5	-2,4	-1,6	0,4	2,9	3,3	1,9	1,7	8,4	10,6	12,1	12,4
Spanien	0,4	-1,4	-1,7	0,1	3,2	2,4	1,3	0,8	21,7	25,1	26,5	26,5
Niederlande	1,1	-1,0	-0,6	1,0	2,5	2,8	2,9	2,3	4,5	5,2	6,4	6,3
Vereinigtes Königreich	1,0	0,3	0,7	1,2	4,5	2,8	2,8	2,3	8,1	8,0	7,8	7,5
USA	1,8	2,2	1,6	1,7	3,1	2,1	1,8	1,7	8,9	8,1	7,5	7,2
Japan	-0,5	1,9	1,3	1,5	-0,3	0,0	-0,2	0,4	4,6	4,4	4,2	4,0
Südkorea	3,7	2,0	2,9	4,9	4,0	2,2	2,0	2,5	3,4	3,2	3,2	3,0
Mittel- und Osteuropa	5,1	1,4	2,0	2,9	5,1	5,9	4,3	4,1	9,5	9,4	9,2	9,1
Russland	4,5	3,3	2,3	4,1	8,4	5,1	6,5	5,6	6,6	5,5	5,7	5,8
China	9,2	7,9	8,3	7,5	5,4	2,7	3,3	3,7	4,1	4,0	3,8	3,7
Indien	7,6	3,9	4,5	5,5	8,9	9,3	9,4	7,4	-	-	-	-
Brasilien	2,7	0,9	3,5	4,4	6,6	5,4	7,0	6,9	6,0	5,5	5,5	5,1
Mexiko	3,9	3,9	2,9	4,5	3,4	4,1	3,8	4,1	5,2	5,0	4,9	4,7
Industrieländer	1,4	1,1	0,9	1,5	2,7	2,0	1,5	1,6	8,4	8,4	8,4	8,2
Schwellenländer	7,1	5,1	5,6	5,9	6,2	4,7	5,2	4,9	5,4	5,1	5,0	4,9
Welt	4,2	3,1	3,2	3,8	4,4	3,3	3,3	3,3	6,9	6,8	6,7	6,6

Quellen: Nationale statistische Ämter; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2013

die Ankündigung der Europäischen Zentralbank, erforderlichenfalls stabilisierend auf den Märkten für Staatsanleihen einzugreifen, ist diese Gefahr deutlich gemindert worden.

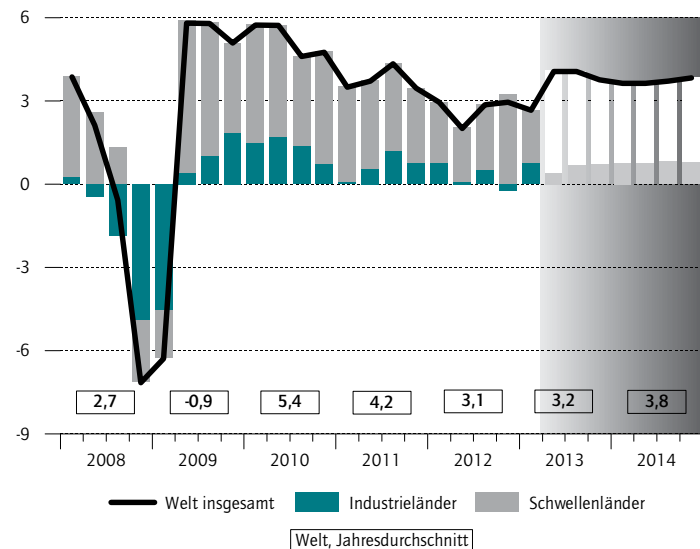
Dennoch gehen weiterhin Risiken von der Krise im Euroraum aus. Instabilitäten im Bankensystem oder den Staatsfinanzen einzelner Länder könnten eine weitere Krise der europäischen und globalen Finanzmärkte auslösen und – ebenso wie im vergangenen Jahr – die realwirtschaftliche Entwicklung durch eine zögerliche Kreditvergabe und Ausgabenzurückhaltung der Konsumenten und Investoren schwächen.

Vereinigte Staaten

In den Vereinigten Staaten ist die Wirtschaft im ersten Quartal des laufenden Jahres wieder auf einen moderaten Wachstumspfad zurückgekehrt. Das Bruttoinlandsprodukt ist im Vergleich zum Vorquartal um annualisiert 2,4 Prozent gestiegen (Abbildung 4). Auch im weiteren Verlauf wird die Wirtschaft zulegen, wenn auch etwas weniger kräftig. Die Geldpolitik ist weiterhin äußerst expansiv ausgerichtet. Die Spekulationen über einen allmählich restriktiveren Kurs nehmen aber zu; diese Unsicherheit belastet die Wirtschaft und dürfte die Notenbank zu einer Präzisierung ihrer Politik veranlassen.

Abbildung 2

Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts
In Prozent, Prozentpunkten



Quellen; Nationale statistische Ämter; Berechnungen und Prognose des DIW Berlin.

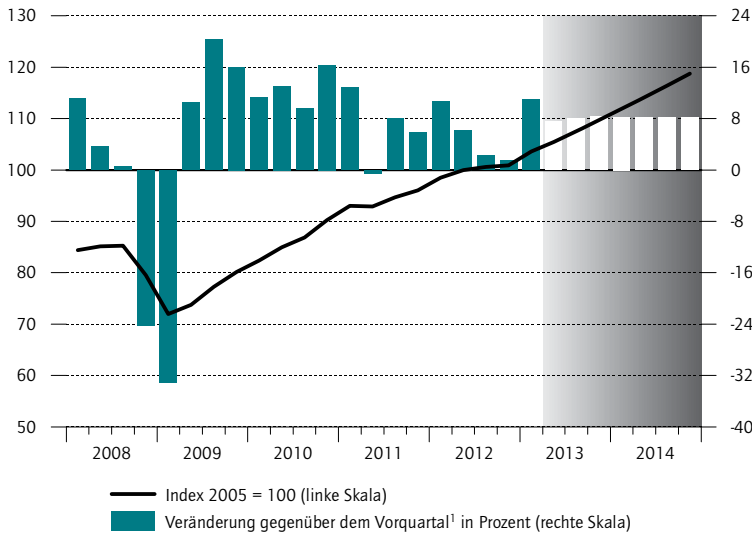
© DIW Berlin 2013

Für die Schwellenländer, aber auch zunehmend für die entwickelten Volkswirtschaften, ist mit einer dynamischeren Wirtschaftsentwicklung zu rechnen.

Abbildung 3

Welthandel

Güter- und Dienstleistungen



Quelle: Berechnungen und Prognose des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2013

Nach einem starken Jahresauftakt dürfte der Welthandel etwas an Schwung verlieren, insgesamt aber immer noch kräftig zulegen.

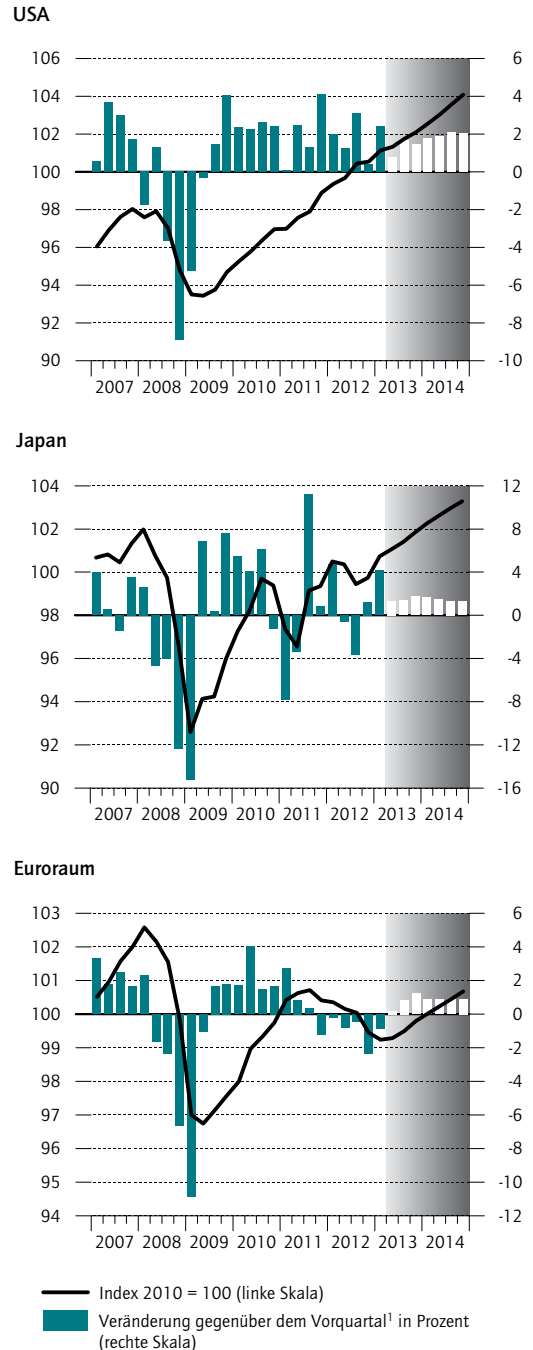
sen. Zudem wird die wirtschaftliche Entwicklung durch die weiterhin bestehenden Unsicherheiten bezüglich der zukünftigen Ausrichtung der Finanzpolitik belastet.

Das Wachstum wurde im ersten Quartal in erster Linie vom privaten Konsum getrieben. Dies dürfte auch an der zuletzt verbesserten Lage am Arbeitsmarkt gelegen haben. Die Zahl der neugeschaffenen Stellen lag im Mai bei 175 000 und damit über den Zuwächsen der vorhergehenden Monate. Die Arbeitslosenquote ist seit Jahresbeginn um 0,3 Prozentpunkte zurückgegangen und lag im Mai bei 7,6 Prozent (Abbildung 5). Allerdings ist dies nicht nur auf eine zunehmende Zahl neugeschaffener Stellen zurückzuführen, sondern auch auf eine im Trend weiterhin leicht rückläufige Erwerbsbeteiligung.

Im Zuge dieser Arbeitsmarktentwicklung weisen die verfügbaren Einkommen einen moderaten Aufwärtstrend auf, auch wenn er sich zuletzt abgeflacht hat. Zwar gingen die verfügbaren Einkommen im Januar saisonbereinigt im Vergleich zum Vormonat in nominaler Rechnung um mehr als fünf Prozent zurück (Abbildung 6). Dies lag aber daran, dass Bonus- und Dividendenzahlungen in den Dezember 2012 vorgezogen wurden, um dem Auslaufen von Steuererleichterungen zum Jahresende zuvorzukommen. Im Februar stiegen die verfügbaren Einkommen um 1,2 Prozent und im März um 0,2 Prozent, bevor im April eine Stagnation zu verzeichnen war.

Abbildung 4

Reales Bruttoinlandsprodukt in den USA, in Japan und im Euroraum



Quellen: Nationale statistische Ämter; Berechnungen und Prognose des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2013

Das kräftige Wachstum zum Jahresauftakt in den USA und Japan wird sich nicht fortsetzen; die Grundtendenz ist aber aufwärts gerichtet. Im Euroraum bleibt die Entwicklung bis auf Weiteres schwach.

Die Sparquote der privaten Haushalte ist im ersten Quartal auf 2,6 Prozent gesunken, nach 3,9 Prozent im Jahresdurchschnitt 2012. Dies dürfte aber in erster Linie auf die vorgezogenen Prämienzahlungen zurückzuführen sein. Daher ist in den kommenden Monaten mit einem leichten Anstieg der Sparquote zu rechnen. Der private Verbrauch bleibt dennoch eine Stütze des Wachstums. Zwar ist die Schuldenbelastung der privaten Haushalte noch immer hoch; mehr und mehr machen sich aber die Bemühungen um eine allmähliche Rückführung der Verschuldung auch in der privaten Schuldenquote bemerkbar, so dass nennenswerte Erhöhungen der Sparquote nicht zu erwarten sind.

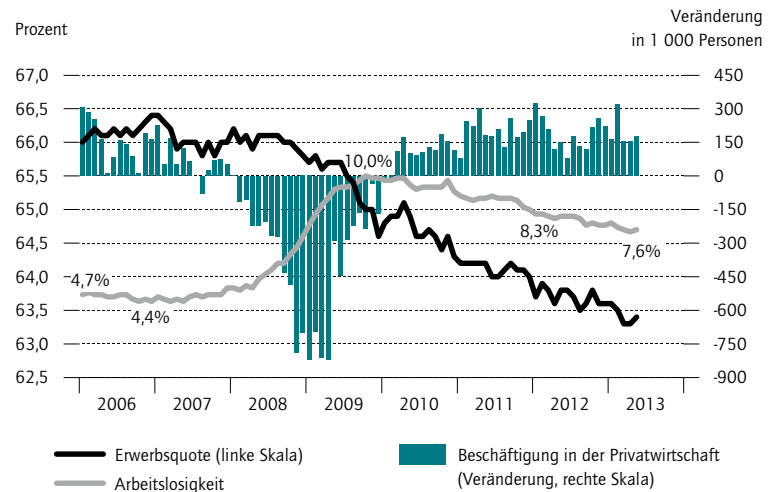
Beeinträchtigt wird die wirtschaftliche Entwicklung weiterhin durch die Finanzpolitik, die stark restriktiv ausgerichtet ist. Zu Jahresbeginn sind – im Zuge des Auslaufens von Steuererleichterungen – insbesondere der Spitzensteuersatz für die Einkommensteuer und die Steuersätze auf Erbschaften und Kapitalerträge deutlich gestiegen. Auch ist eine mit den Konjunkturpaketen zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise befristete eingeführte Senkung der Sozialabgaben ausgelaufen. Hinzu kommt, dass zum 1. März die im Zuge der Verhandlungen über die Erhöhung der Schuldengrenze im Sommer 2011 festgelegten automatischen Budgetkürzungen mit einem Volumen von etwa 0,5 Prozent in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt in Kraft getreten sind.

Die Unsicherheit hinsichtlich der zukünftigen Ausrichtung der Finanzpolitik bleibt aber auch nach dem Inkrafttreten dieser automatischen Kürzungen hoch, da diese noch nicht ausreichen, um die derzeit gültige Schuldenobergrenze einzuhalten. Immerhin hat das Congressional Budget Office (CBO) im Mai das prognostizierte Defizit für das Fiskaljahr 2013 auf vier Prozent gesenkt, deutlich unter den noch im Februar vorausgesagten 5,3 Prozent. Dennoch muss die Schuldenobergrenze, die im März bereits angehoben wurde, im Herbst des laufenden Jahres wieder erhöht werden; die hierfür notwendigen Abstimmungen zwischen den politischen Parteien über die längerfristige finanzpolitische Linie gestalten sich weiterhin schwierig. Dies führt zu wirtschaftspolitischer Unsicherheit und belastet insbesondere die Investitionstätigkeit.

Nach dem starken Anstieg der Ausrüstungs- und Bauinvestitionen im vierten Quartal des Jahres 2012 entwickelten sich die Investitionen im ersten Quartal schwach. Auch in den kommenden Quartalen ist nur mit einer moderaten Beschleunigung zu rechnen. Sobald das bisher gedämpfte Exportwachstum ab der zweiten Jahreshälfte etwas kräftiger ausfällt, dürften sich die Investitionen erholen. Insgesamt bleibt die Investitionstätigkeit aber verhalten. Trotz der soliden Konsumnachfrage werden die Importe daher zögerlich und schwächer

Abbildung 5

Arbeitsmarktsituation in den USA
Monats- und Quartalsdaten, saisonbereinigt



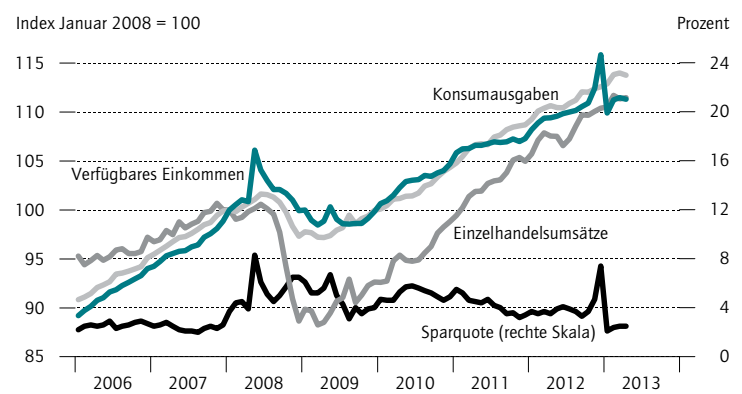
Quelle: Bureau of Labor Statistics.

© DIW Berlin 2013

Der Arbeitsmarkt hat sich zuletzt weiter erholt. Die Beschäftigungszuwächse waren kräftig und die Arbeitslosenquote ist leicht zurückgegangen.

Abbildung 6

Haushaltseinkommen und -ausgaben in den USA



Quelle: Federal Reserve, Bureau of Economic Analysis.

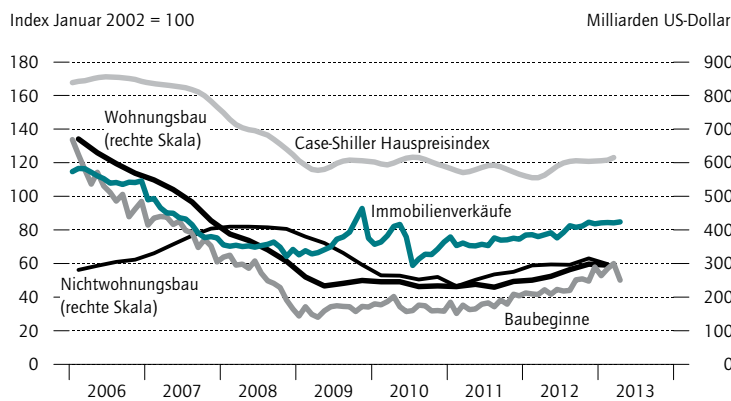
© DIW Berlin 2013

Die Einkommen der US-Haushalte waren in letzter Zeit sehr volatil, steigen aber im Trend. Dies stützt die Konsumententwicklung.

cher als die Exporte zulegen, das Leistungsbilanzdefizit wird relativ zum Bruttoinlandsprodukt weiterhin leicht rückläufig sein.

Die Erholung des Wohnungsbaus hat sich zuletzt verlangsamt. So ist die Zahl der Baubeginne etwas gesunken (Abbildung 7). Der Anstieg der Hauspreise ist vo-

Abbildung 7

Immobilienmarkt in den USA

Quelle: Bureau of the Census, NAR, S&P, Bureau of Economic Analysis.

© DIW Berlin 2013

Die Erholung am Immobilienmarkt hat zuletzt einen Dämpfer erhalten. Die Preise steigen kaum noch, die Baubeginne waren schwach.

rübergehend zum Stillstand gekommen, und die Zahl verkaufter Immobilien stagniert seit Anfang des laufenden Jahres. Wegen der merklichen Verbesserungen am Arbeitsmarkt ist aber die Zahl der zwangsvollstreckten Hypothekenkreditverträge im Trend rückläufig, so dass sich der Angebotsüberhang bei Immobilien allmählich zurückbildet.

Das moderate Wachstum der US-Wirtschaft wird von der anhaltend äußerst expansiv ausgerichteten Geldpolitik begleitet, die für sehr niedrige Kreditzinsen sorgt. Seit Dezember 2008 liegt der Leitzins bei nahe null Prozent, und mit einem Anleihekaufprogramm (quantitative easing) stellt die US-Notenbank (Fed) zusätzliche Liquidität bereit. Das Mitte Mai veröffentlichte Sitzungsprotokoll der Fed hebt die Risiken dieser Politik aber deutlicher hervor als in der Vergangenheit.¹ Das Volumen der Anleihekäufe von bisher monatlich rund 85 Milliarden US-Dollar dürfte daher rascher reduziert werden als bisher angenommen. Zwar hat Notenbankchef Ben Bernanke vor dem Kongress betont, dass eine rasche Abkehr von der expansiven Geldpolitik nicht bevorstehe und die Fed jederzeit bereit sei, die Anleihekäufe erneut auszuweiten. Jedoch führen die Spekulationen über den künftigen Kurs der Geldpolitik an den Aktienmärkten zu erhöhter Nervosität und vergrößern die Unsicherheit in der Wirtschaft. Dies dürfte die Fed schon bald bewegen, ihre Pläne hinsichtlich der Anleihekäufe zu präzisieren.

¹ www.federalreserve.gov/monetarypolicy/fomcminutes20130501.htm.

Eine Änderung der Zinspolitik ist bis auf Weiteres aber nicht zu erwarten; im Dezember hatte die Notenbank angekündigt, die Zinsen nicht anzuheben, mindestens solange die Arbeitslosenquote höher als 6,5 Prozent liegt und die Inflationsrate nicht über 2,5 Prozent steigt. Damit ist im Prognosezeitraum nicht zu rechnen. Der Preisdruck wird angesichts der niedrigen Kapazitätsauslastung und der momentan sogar rückläufigen Inflationserwartungen wohl gering bleiben. Die Inflationsrate wird in diesem und im nächsten Jahr nicht über zwei Prozent steigen.

Alles in allem wird die US-Wirtschaft im laufenden Jahr um 1,6 Prozent wachsen. Die Arbeitslosenquote dürfte im Jahresdurchschnitt im Vergleich zum Vorjahr um etwas mehr als einen halben Prozentpunkt auf 7,5 Prozent zurückgehen. Im kommenden Jahr dürfte die Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts im Zuge etwas kräftigerer Exporte und nach und nach steigender Investitionen leicht höher liegen und die Arbeitslosenquote nur wenig zurückgehen.

Süd- und Mittelamerika

In den lateinamerikanischen Volkswirtschaften hat sich die Konjunktur im Winterhalbjahr deutlich aufgehellt; allerdings geht die wirtschaftliche Entwicklung der Länder weit auseinander.

So hat die brasilianische Wirtschaft im Verlauf des Jahres 2012 und insbesondere im Winterhalbjahr zunehmend an Dynamik gewonnen. Unter dem Einfluss expansiver Geld- und Finanzpolitik, auch der Bereitstellung gelenkter Kredite, entwickelte sich die Binnennachfrage kräftig. Im weiteren Jahresverlauf dürfte insbesondere die Investitionstätigkeit deutlich zulegen, auch da im Vorfeld der Fußballweltmeisterschaft umfangreiche Infrastrukturinvestitionen anstehen. Die Geldpolitik dürfte bis auf Weiteres expansiv bleiben, auch wenn die Zentralbank mit einer Zinserhöhung um 25 Basispunkte im April auf die steigenden Inflationsraten reagiert hat; seit März liegt die Teuerungsrate an der oberen Grenze der von der brasilianischen Zentralbank tolerierten Inflationsspanne von 42,5 bis 46,5 Prozent. Nach den Erfahrungen von 2011, als die Geldpolitik das Wachstum unerwartet deutlich dämpfte, dürfte die Zentralbank mit weiteren Zinserhöhungen aber zunächst vorsichtig sein.

In Mexiko hat die wirtschaftliche Entwicklung nach einem kräftigen Wachstum im Jahr 2012 zum Beginn des laufenden Jahrs merklich an Schwung verloren. Die schwache Nachfrage aus den USA hat die Exporte der mexikanischen Wirtschaft bis in die ersten Monate des laufenden Jahres merklich gedämpft. Im Zuge der weiteren Belebung der US-Wirtschaft im laufen-

den Jahr dürfte aber auch in Mexiko die Konjunktur wieder anziehen, zumal die Volkswirtschaft von kräftigen Kapitalzuflüssen profitiert. Die neue Regierung hat umfangreiche Reformen auf den Weg gebracht, die zu intensiverem Wettbewerb und einem verbesserten Bildungssystem führen werden. Die Reformen locken ausländische Direktinvestitionen ins Land, die insbesondere in der Automobilindustrie, aber auch bei Konsumgüterherstellern für kräftiges Wachstum sorgen dürften. Die günstige Arbeitsmarktsituation wird in diesem Umfeld weiterhin für eine kräftige Entwicklung des privaten Verbrauchs sorgen.

Japan

Das Bruttoinlandsprodukt Japans ist im ersten Quartal 2013 um 0,9 Prozent gegenüber dem Vorquartal gewachsen, mehr als in jedem anderen großen Industrieland (Abbildung 4). Neben dem privaten Konsum trug der Außenhandel zum Wachstum bei. Dagegen sind die Unternehmensinvestitionen das fünfte Quartal in Folge zurückgegangen.

Der kräftige Anstieg geht zum einen auf die expansive Finanzpolitik der Regierung zurück, die mit kreditfinanzierten Ausgabenprogrammen trotz der sehr hohen Staatsverschuldung die Nachfrage stimuliert. Vor allem aber ist die außerordentlich lockere Geldpolitik der japanischen Notenbank ausschlaggebend. Um die Deflation zu beenden und ein Inflationsziel von zwei Prozent zu erreichen, hat die Notenbank im April beschlossen, die Geldbasis binnen zwei Jahren zu verdoppeln. Die expansive Geldpolitik hat zu einer massiven Abwertung des Yen beigetragen, der gegenüber dem US-Dollar seit Jahresbeginn rund 30 Prozent seines Wertes eingebüßt hat. Dies hat die preisliche Wettbewerbsfähigkeit japanischer Firmen an den Weltmärkten deutlich erhöht und die Exporttätigkeit angetrieben. Gleichzeitig sind die Aktienkurse gestiegen. Trotz der jüngsten Rückschläge liegt der Nikkei-Index um fast 50 Prozent über dem Niveau beim Regierungswechsel im Dezember; dies stützt auch den privaten Konsum. Zudem hat sich die Verbraucherstimmung verbessert, und die Arbeitslosenquote ist deutlich auf 4,1 Prozent gesunken.

Ob sich die konjunkturelle Erholung Japans festigt, ist offen. So ist der Staat hoch verschuldet, der Schuldenstand gemessen am Bruttoinlandsprodukt liegt inzwischen bei 245 Prozent. Die Zinsbelastung auf Staatsanleihen steigt bereits, da sich aufgrund anziehender Inflationserwartungen und der Befürchtung einer weiteren Abwertung des Yen viele Investoren von japanischen Staatsanleihen trennen. Die Rendite zehnjähriger Staatsanleihen lag im Mai bei einem Prozent – dreimal höher als noch im April, als die japanische Notenbank umfangreiche Bondkäufe ankündigte. Auch für Unternehmen, Banken und

Haushalte haben die Finanzierungskosten angezogen; dies dürfte die Investitions- und Konsumnachfrage in den kommenden Quartalen beeinträchtigen.

Der Wachstumstrend dürfte sich dennoch vorerst fortsetzen – unter der Annahme, dass es nicht zu einer Verschärfung der Situation an den Finanzmärkten kommt. Auch die Ausrüstungsinvestitionen der Unternehmen dürften allmählich wieder anziehen. Im kommenden Jahr steigen die Konsumausgaben weiterhin, wenn auch wegen der stufenweisen Anhebung der Umsatzsteuer gedämpft. So wird die Steuer im April von fünf auf acht Prozent, im folgenden Jahr nochmals um zwei Prozentpunkte erhöht. Insgesamt dürfte die Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts in diesem Jahr bei gut einem Prozent liegen, für das kommende Jahr ist ein etwas höheres Expansionstempo zu erwarten.

China

Die konjunkturelle Entwicklung in China schwächt sich derzeit leicht ab. Das Bruttoinlandsprodukt ist im ersten Quartal um 1,6 Prozent im Vergleich zum Vorquartal gestiegen, im Schlussquartal des vergangenen Jahres lag das Wachstum noch bei 2,0 Prozent. In den vergangenen Monaten scheint die wirtschaftliche Dynamik weiter zurückgegangen zu sein, auch wenn die Indikatoren uneinheitlich sind: Im Mai ist der HSBC Einkaufsmanagerindex im Verarbeitenden Gewerbe von 50,4 auf 49,6 Punkte und somit unter die Wachstumsschwelle von 50 Punkten gesunken. Der Einkaufsmanagerindex des statistischen Amtes lag dagegen noch über der Expansionsschwelle.

Vor allem die geringe Nachfrage aus Europa hat die chinesische Exportwirtschaft gebremst. Bei einer etwas kräftigeren Entwicklung in den USA und später auch im Euroraum dürften die Ausfuhren im weiteren Verlauf etwas anziehen. Gestützt wird das Wachstum im Prognosezeitraum zudem durch leicht zulegende Bauinvestitionen, die im Rahmen der Urbanisierungsstrategie steigen. Die Konsumausgaben der privaten Haushalte, die rund ein Drittel des Bruttoinlandsprodukts ausmachen, legten bis zuletzt allerdings nur moderat zu. Das Konsumentenvertrauen ist im März stark gesunken und hat im April nur eine leichte Gegenbewegung gezeigt. Auch im weiteren Verlauf dürfte die Konsumnachfrage daher schwach bleiben, zumal auch die Arbeitslosenquote kaum zurückgeht.

Die Geldpolitik hat angesichts einer Inflationsrate von derzeit 2,4 Prozent noch Spielraum für eine expansivere Ausrichtung. Darüber hinaus wird die Regierung wohl weitere Infrastrukturprojekte auflegen. Allerdings dürfte die Staatsverschuldung zunehmend zur Belastung werden. Nach offizieller Statistik liegen das Haus-

haltsdefizit bei zwei und die Verschuldung der Zentralregierung bei 2,2 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt. Allerdings haben sich vor allem die Provinzen und Kommunen im Zuge der Konjunkturprogramme der vergangenen Jahre erheblich verschuldet. Der Internationale Währungsfonds schätzt die Schuldenstandsquote des Gesamtstaats auf mindestens 50 Prozent.

Alles in allem dürfte das Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts im laufenden Jahr bei knapp über acht Prozent liegen. Für das nächste Jahr ist eine etwas niedrigere Rate zu erwarten.

Indien

Die indische Wirtschaft hat erheblich an konjunktureller Dynamik verloren. Im ersten Quartal lag die Produktion nur noch 4,8 Prozent über dem Vorjahresniveau. Zu der schwachen Entwicklung trugen alle Produktionsbereiche bei, vor allem die Landwirtschaft und die Dienstleistungen. Die Industrie ist zuletzt nur noch um 2,5 Prozent im Vergleich zum Vorjahr expandiert. Die privaten Haushalte halten sich vor allem bei der Anschaffung langlebiger Konsumgüter zurück. Auch die Investitionen haben nochmals an Fahrt verloren, wohl auch wegen der recht verhaltenen Exportmöglichkeiten. Im Bereich der öffentlichen Investitionen haben die Sparzwänge der Regierung zu geringeren Ausgaben geführt.

Um die Konjunktur anzuregen, hat die Notenbank den Leitzins im Mai auf nunmehr 7,25 Prozent gesenkt; dies

ist bereits die dritte Zinssenkung in diesem Jahr. Weitere Zinssenkungen zur Stützung der Konjunktur sind noch für die zweite Jahreshälfte zu erwarten, denn der Inflationsdruck nimmt ab. Zwar liegt die Konsumentenpreis-inflation noch immer bei zehn Prozent. Die Teuerung wird aber sinken, denn die Großhandelspreise sind zuletzt lediglich um knapp fünf Prozent gestiegen.

Alles in allem dürfte das Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr um knapp fünf Prozent wachsen. Für nächstes Jahr ist eine leichte Beschleunigung zu erwarten.

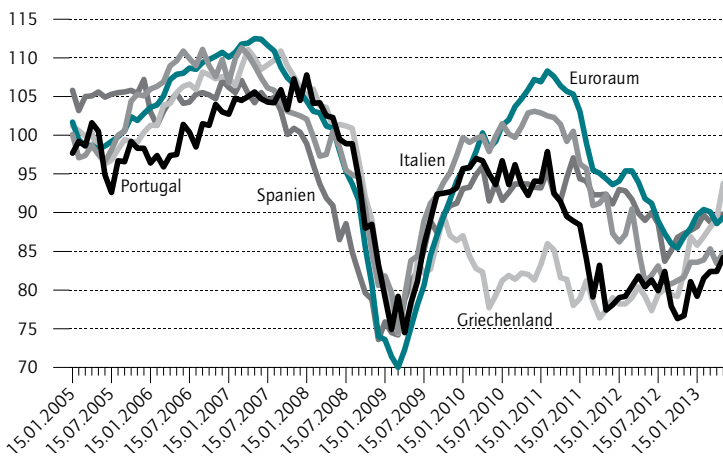
Euroraum

Die Rezession im Euroraum hat sich zu Beginn dieses Jahres fortgesetzt. Das Bruttoinlandsprodukt sank im ersten Quartal 2013 um 0,2 Prozent im Vergleich zum Vorquartal; damit ging die Wirtschaftsleistung das sechste Quartal in Folge zurück (Abbildung 4). Insgesamt schwächt sich der Rückgang aber merklich ab.

Die Frühindikatoren deuten darauf hin, dass die Schwächephase im Euroraum in diesem Jahr anhält. So stieg der Indikator der wirtschaftlichen Einschätzung der Europäischen Kommission zwar im Mai zum ersten Mal seit drei Monaten leicht an, verbleibt jedoch auf niedrigem Niveau (Abbildung 8). Der Composite Leading Indicator (CLI) der OECD signalisiert aber eine allmähliche Beschleunigung (Abbildung 11). In der zweiten Jahreshälfte werden sich vor allem die Exporte wohl erholen. Darauf deutet unter anderem der

Abbildung 8

Indikator der Einschätzung der wirtschaftlichen Lage im Euroraum
Index, Durchschnitt 1990 bis 2010 = 100



Quelle: Europäische Kommission.

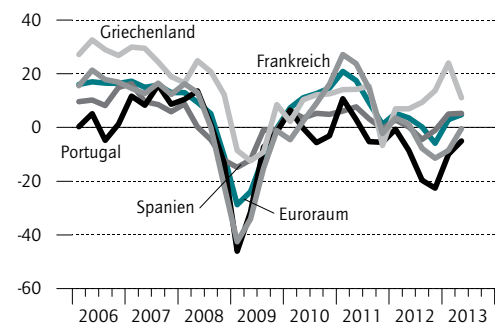
© DIW Berlin 2013

Die Einschätzung der wirtschaftlichen Lage im Euroraum hat sich merklich verbessert. Vor allem in den Krisenländern hat sich die Stimmung aufgehellt.

Abbildung 9

Exportorerwartungen des verarbeitenden Gewerbes im Euroraum

Saldo der Befragungsergebnisse



Quelle: DG ECFIN.

© DIW Berlin 2013

Die Exportorerwartungen in vielen Euroländern waren zuletzt etwas optimistischer.

Anstieg der Exporterwartungen hin (Abbildung 9). Im kommenden Jahr dürfte sich diese Entwicklung im Zuge der etwas kräftigeren weltwirtschaftlichen Dynamik fortsetzen.

Trotz der aufgehellten Exportperspektiven stagnieren die Produktionserwartungen auf niedrigem Niveau, so dass die Investitionen im laufenden Jahr weiter sinken dürften, zumal die Kapazitäten weiterhin unterausgelastet sind (Abbildung 10). Für eine schwache Investitionsentwicklung spricht auch der nach wie vor deutliche Rückgang der Kreditnachfrage der Unternehmen im ersten Quartal dieses Jahres, auf den der Bank Lending Survey der Europäischen Zentralbank hinweist.

Aufgrund ungünstiger Absatzperspektiven stellen die Unternehmen weniger Arbeitskräfte ein; die Arbeitslosenquote stieg im April auf 12,2 Prozent und wird im Jahresdurchschnitt nicht zurückgehen. Erst ab 2014 ist mit einer allmählichen Entspannung auf dem Arbeitsmarkt zu rechnen; gerade in den Krisenländern bleibt die Arbeitslosigkeit aber hoch. Zwar dürfte um die Jahreswende der Abbau von Überkapazitäten in den Krisenländern nach und nach zum Abschluss kommen. Die für den Verlauf des kommenden Jahres zu erwartende langsame Aufwärtsbewegung der Wirtschaftsleistung dürfte aber kaum ausreichen, um die Arbeitslosenquote nennenswert zurückzuführen.

Trotz anhaltend hoher Arbeitslosigkeit stieg das Konsumentenvertrauen in den vergangenen Monaten. Die Er-

wartungen der Haushalte über ihre zukünftige finanzielle Situation sowie die gesamtwirtschaftliche Lage verbesserten sich zuletzt. Der Rückgang des privaten Konsums verlangsamte sich merklich. Dies ist überwiegend auf die kräftige private Konsumnachfrage in Deutschland zurückzuführen, während der private Verbrauch insbesondere in den Krisenländern ausgesprochen schwach blieb. Auch der Rückgang der Nachfrage nach Konsumentenkrediten beschleunigte sich. So haben sich die Einzelhandelsumsätze im Euroraum insgesamt verschlechtert. In diesem Umfeld dürfte der private Verbrauch in diesem Jahr noch leicht sinken und erst ab 2014 wieder steigen. Allerdings wird die Expansion des Konsums weiterhin wesentlich durch die von der Krise nicht direkt betroffenen Volkswirtschaften getragen.

Für den Euroraum ist mit einem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts um 0,5 Prozent für das Gesamtjahr 2013 zu rechnen. Nächstes Jahr wird sich die Wirtschaft dann erholen und voraussichtlich um rund ein Prozent expandieren. Im Euroraum ohne Deutschland dürfte das Bruttoinlandsprodukt dieses Jahr um ein Prozent zurückgehen, im kommenden Jahr um 0,5 Prozent wachsen.

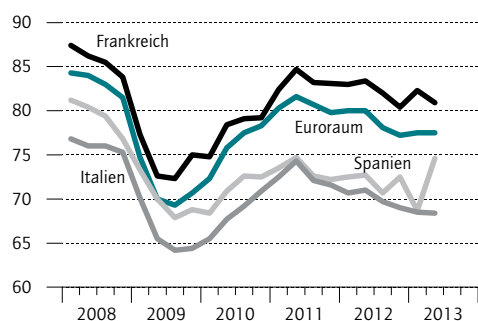
Frankreich

In Frankreich schrumpfte das Bruttoinlandsprodukt im ersten Quartal 2013 um 0,2 Prozent. Der Composite Leading Indicator der OECD deutet allerdings darauf hin, dass sich die wirtschaftliche Lage in Frankreich stabilisiert. Der Gesamtindikator der Europäischen

Abbildung 10

Kapazitätsauslastung im verarbeitenden Gewerbe des Euroraums

In Prozent



Quelle: DG ECFIN.

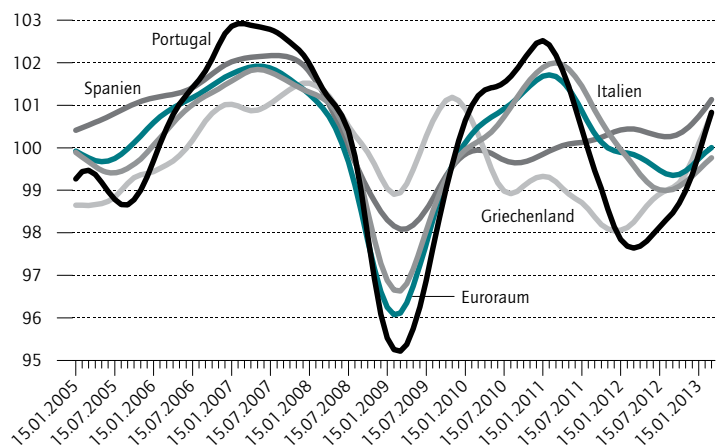
© DIW Berlin 2013

Die Kapazitätsauslastung im Euroraum ist anhaltend niedrig; die Investitionstätigkeit dürfte daher bis auf Weiteres schwach bleiben.

Abbildung 11

Composite Leading Indicator

Punkte



Quelle: OECD.

© DIW Berlin 2013

Die Entwicklung der Composite Leading Indicators weist auf eine Belebung der wirtschaftlichen Entwicklung im Euroraum hin.

Kommission für die wirtschaftliche Einschätzung stieg im Mai sogar leicht an. Auch der Einkaufsmanagerindex der Industrie verbesserte sich in den ersten Monaten dieses Jahres.

Neben einer anhaltend schwachen Binnennachfrage belastet der Außenhandel die Konjunktur; so sind die Exporte im ersten Quartal 2013 weiter zurückgegangen. Dieser Trend dürfte sich im Laufe des Jahres jedoch umkehren. Darauf deuten unter anderem die sich verbessernden Exporterwartungen der verarbeitenden Industrie hin (Abbildung 9). In der zweiten Jahreshälfte und im Verlauf des Jahres 2014 werden die Exporte im Zuge der insgesamt etwas dynamischeren Entwicklung der Weltwirtschaft, aber insbesondere auch im Zuge einer kräftigeren Nachfrage aus Deutschland, zunehmend an Fahrt aufnehmen. Allerdings dürfte die preisliche Wettbewerbsfähigkeit Frankreichs bis auf Weiteres gering bleiben, da die Lohnstückkosten in der Industrie hoch sind. Reformen am Arbeitsmarkt, die unter anderem eine Lockerung des Kündigungsschutzes vorsehen, dürften allenfalls mittelfristig eine positive Wirkung entfalten.

Die Importe stabilisierten sich im ersten Quartal 2013, nachdem sie in der zweiten Jahreshälfte 2012 rückläufig waren. Aufgrund der schwachen Konjunktur und insbesondere der hohen Arbeitslosigkeit ist auch im weiteren Jahresverlauf 2013 nur mit geringen Zuwächsen der Importe zu rechnen. Im kommenden Jahr werden die Importe dann wieder kräftiger als die Exporte steigen; das Außenhandelsdefizit geht etwas zurück.

Die Investitionen waren bis zuletzt rückläufig. Zwar stieg der Auslastungsgrad der Produktionskapazitäten im ersten Quartal 2013 leicht an (Abbildung 10). Die Produktions- und die Gewinnerwartungen der Unternehmen bleiben aber verhalten. Die Ausrüstungsinvestitionen gaben im ersten Quartal 2013 abermals – um 0,8 Prozent – nach. Auch die Bauinvestitionen gingen im ersten Quartal um ein Prozent zurück. Im Umfeld der sich in diesem Jahr verbessernden Absatzperspektiven, anhaltend niedriger Zinsen und abklingender Unsicherheit hinsichtlich der Krise im Euroraum dürfte sich die Investitionstätigkeit in den kommenden Quartalen zunächst stabilisieren und dann leicht zunehmen. Hierauf weist auch der Indikator der Europäischen Kommission für die Unternehmensstimmung hin.

Für die Lage am Arbeitsmarkt ist für das laufende Jahr noch keine Entspannung in Sicht. Die Arbeitslosenquote verharrte im April auf elf Prozent. Im Gesamtjahr 2013 ist aufgrund der gesamtwirtschaftlichen Schwächephase mit einem Anstieg im Vergleich zum Vorjahr um rund einen Prozentpunkt auf 11,1 Prozent zu rechnen. Im kommenden Jahr dürfte die Quote noch etwas höher liegen.

Die Inflation ging im April auf 0,7 Prozent zurück, die niedrigste Rate seit drei Jahren. Bei anhaltend niedriger Kapazitätsauslastung und schwacher Energiepreisentwicklung bleibt der Preisdruck vorerst gering. Wegen der Mehrwertsteuererhöhung steigt die Inflationsrate im kommenden Jahr dann wieder deutlich an.

Trotz der geringen Preissteigerungen – und damit einhergehend einer recht kräftigen Entwicklung der Reallöhne und der Kaufkraft der Haushalte – gingen die privaten Konsumausgaben im ersten Quartal 2013 leicht zurück. Ein Grund dafür ist das fehlende Vertrauen der Verbraucher in die wirtschaftliche Entwicklung und insbesondere Zweifel an ihrer künftigen Einkommens- und Vermögensentwicklung. Der Indikator der Europäischen Kommission für die Konsumentenstimmung sank zwar zum Ende des ersten Quartals nicht weiter, eine Erholung ist jedoch noch nicht abzusehen. Vor allem ihre finanzielle Situation sowie die gesamtwirtschaftliche Lage über die nächsten zwölf Monate schätzen die Haushalte noch immer ungünstig ein. So dürfte es lediglich im letzten Quartal dieses Jahres zu einer leichten Ausweitung der Konsumausgaben aufgrund von Vorzieheffekten kommen, denn die Mehrwertsteuer wird zu Jahresbeginn um 0,4 Prozentpunkte auf 20 Prozent erhöht. Daher dürfte der private Konsum zu Beginn des kommenden Jahres gedämpft werden, im Zuge der Stabilisierung auf dem Arbeitsmarkt und wegen des geringen Preisdrucks dann aber wieder leicht zulegen.

Die finanzpolitischen Möglichkeiten, der schwachen Konjunktur durch eine expansive Politik zu begegnen, sind stark eingeschränkt, da Frankreich auch in diesem Jahr das Defizitziel des Stabilitäts- und Wachstumspakts verfehlen wird. Der mit der Europäischen Kommission vereinbarte Konsolidierungspfad sieht eine deutliche Rückführung des Defizits auf unter drei Prozent bis 2015 vor.

Nachdem die wirtschaftliche Entwicklung im Durchschnitt des vergangenen Jahres stagnierte, dürfte die Wirtschaftsleistung in diesem Jahr um 0,4 Prozent sinken. Der Rückgang wird bis in die zweite Jahreshälfte andauern, dürfte jedoch zum Jahresende überstanden sein. Im kommenden Jahr erholt sich die französische Wirtschaft langsam und wird im Jahresdurchschnitt um 0,4 Prozent wachsen.

Italien

In Italien ging das Bruttoinlandsprodukt im ersten Quartal um gut ein halbes Prozent zurück. Die Wirtschaftsleistung schrumpfte damit zum siebten Mal in Folge; allerdings verlangsamte sich der Rückgang etwas. Auch für das laufende Quartal ist noch mit einer

negativen Rate zu rechnen. In der zweiten Jahreshälfte wird sich die Konjunktur erholen – allerdings nur sehr langsam. Mit der Bildung einer neuen Regierung hat im April eine zweimonatige Periode der politischen Unsicherheit ein Ende gefunden; dies dürfte sich positiv auf die Konjunktur auswirken.

Der private Konsum wird im laufenden Jahr rückläufig bleiben. Die Arbeitslosenquote stieg im April geringfügig auf zwölf Prozent. Im Mai verschlechterte sich darüber hinaus die Konsumentenübersicht leicht. Allerdings ist die Inflationsrate zuletzt deutlich zurückgegangen und lag im Mai bei 1,2 Prozent. Dies stützt die Reallöhne; nominal sind die Löhne im April um 1,4 Prozent gestiegen. Die angesichts der nach wie vor großen strukturellen Probleme des Landes recht kräftige Entwicklung der Löhne wird allerdings die preisliche Wettbewerbsfähigkeit weiter beeinträchtigen. Der Abbau der Arbeitslosigkeit dürfte sich vor diesem Hintergrund verzögern; auch 2014 wird sich so die Beschäftigungssituation weiter verschlechtern und der private Konsum nur wenig steigen.

Die Investitionen sind zu Jahresbeginn um gut drei Prozent gesunken. Im laufenden Quartal dürfte eine leichte Erholung einsetzen – wenn auch nur sehr zögerlich. So verbesserte sich die Einschätzung der Geschäftslage im Mai in allen Wirtschaftsbereichen, wenn auch auf niedrigem Niveau. Die Einkaufsmanagerindizes haben sich ebenfalls verbessert, bleiben allerdings noch unterhalb der Expansionsschwelle. Im April ging die Industrieproduktion leicht zurück. Bei nach wie vor unterausgelasteten Kapazitäten dürften sich die Investitionen nur gedämpft entwickeln (Abbildung 10), zumal das Finanzierungsumfeld für italienische Unternehmen weiterhin schwierig ist. Die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank bleibt zwar expansiv; allerdings verhindert der gestörte Transmissionsprozess der Geldpolitik derzeit, dass sich die Finanzierungsbedingungen für die Unternehmen spürbar verbessern und mehr Kredite ausgereicht werden (vergleiche Abschnitt Geldpolitik). So gibt im jüngsten Bank Lending Survey der Europäischen Zentralbank noch ein unveränderter Teil der Banken an, dass sie die Vergabebedingungen für Unternehmenskredite im kommenden Quartal strenger handhaben werden.

Auch von der Finanzpolitik sind keine positiven Impulse zu erwarten. Im Jahr 2012 konnte die italienische Regierung das Defizit im öffentlichen Gesamthaushalt auf 3,0 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt zurückführen; das Haushaltsdefizit lag damit erstmals seit 2008 wieder unter der Obergrenze des Stabilitäts- und Wachstumspakts. Angesichts einer Schuldenstandsquote von nahe 130 Prozent gibt es dennoch keinen Spielraum für finanzpolitische Konjunkturmaßnahmen.

Die Exporte haben zuletzt etwas an Fahrt aufgenommen und stiegen im März im Vergleich zum Vormonat um 1,2 Prozent. Die Importe bleiben wegen der gedämpften binnenwirtschaftlichen Entwicklung indess schwach. In der zweiten Jahreshälfte und insbesondere ab der Jahreswende werden die italienischen Exporte im Zuge der langsamen Erholung im Euroraum kräftiger; die Importe werden bis in das kommende Jahr hinein nur wenig zulegen und sich erst im weiteren Verlauf – gestützt auf dynamischere Exporte und eine anziehende Investitionstätigkeit – etwas erholen.

Insgesamt dürfte die italienische Wirtschaftsleistung im laufenden Jahr um 1,6 Prozent zurückgehen. Im kommenden Jahr wird sie sich leicht erholen; das Bruttoinlandsprodukt dürfte um rund ein halbes Prozent zulegen.

Spanien

In Spanien sank die Wirtschaftsleistung im ersten Quartal 2013 erneut, mit 0,5 Prozent jedoch weniger als in den Vorquartalen. Die zugrundeliegende Entwicklung auf dem Binnenmarkt bleibt schwach, so dass die Wirtschaftsleistung im Durchschnitt des Jahres 2013 zurückgeht. Im kommenden Jahr wird sich die spanische Wirtschaft langsam erholen.

Zuletzt sind die Exporte gesunken; noch stärker sind aber die Importe zurückgegangen, so dass sich das Handelsbilanzdefizit im ersten Quartal 2013 verringert hat. Im weiteren Jahresverlauf dürften allerdings die Ausfuhren anziehen; die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der spanischen Volkswirtschaft ist weiterhin hoch. Demgegenüber schwächen eine hohe Arbeitslosigkeit, eine restriktive Finanzpolitik sowie eine niedrige Investitionstätigkeit nach dem Platzen der Blase auf dem Immobilienmarkt die Binnennachfrage. So werden die Importe im Durchschnitt des Jahres 2013 noch rückläufig sein. Ab 2014 dürften sich die Einfuhren im Zuge einer etwas kräftigeren Investitionsnachfrage und dynamischer Exporte dann allmählich erholen. Die Zuwachsraten bleiben aber deutlich hinter denen der Exporte zurück.

Die Auftragseingänge in der Industrie sind in den ersten Monaten dieses Jahres gesunken. Verbessert hat sich allerdings der Einkaufsmanagerindex, der für das verarbeitende Gewerbe im Mai den höchsten Wert seit zwei Jahren auswies. Er liegt aber weiterhin deutlich unter der Schwelle von 50 Punkten und signalisiert damit immer noch eine Verschlechterung der Unternehmenssituation. Für das Dienstleistungsgewerbe fiel der Index im Mai auf ein 23-Monats-Tief, die Rückgänge haben sich aber zuletzt verlangsamt. All dies spricht dafür, dass die Investitionen der Unternehmen

2013 weiter zurückgehen, zumal die Kapazitäten nach wie vor unterausgelastet sind (Abbildung 10). Im kommenden Jahr werden sich die Investitionen im Zuge sich verbessernder Exportmöglichkeiten voraussichtlich stabilisieren.

Auch die Lage auf dem Arbeitsmarkt ist weiterhin schlecht. Die Arbeitslosenquote erreichte im April einen neuen Höchststand von 26,8 Prozent. Dabei hatten vor allem die Korrekturen auf dem Immobilienmarkt und in der Bauwirtschaft in den vergangenen Jahren eine negative Auswirkung auf die Arbeitslosenquote. Auch wenn die sich verbessernde Stimmung in der Bauwirtschaft, gemessen am Stimmungsindikator der Europäischen Kommission, darauf hindeutet, dass der Abbau der Überkapazitäten im Bausektor bald abgeschlossen sein dürfte, verhindert die schlechte gesamtwirtschaftliche Lage und die damit einhergehenden schlechten Absatzperspektiven der Unternehmen auch weiterhin die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze. Erst im nächsten Jahr ist mit einer Stabilisierung der Arbeitslosenquote zu rechnen.

Die angespannte Situation auf dem Arbeitsmarkt wird auch den privaten Verbrauch beeinträchtigen. Die Konsumnachfrage ist im ersten Quartal dieses Jahres erneut gesunken. Der Rückgang der Konsumausgaben dürfte sich in den kommenden Quartalen aber verlangsamen. Darauf deutet das kontinuierlich gestiegene Konsumentenvertrauen in den ersten Monaten des laufenden Jahres hin. Auch die Erwartungen der Haushalte bezüglich ihrer finanziellen Situation und bezüglich der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung über die nächsten zwölf Monate haben sich aufgehellt.

Angesichts der schwachen Binnennachfrage plant die Regierung für die kommenden Jahre ein Konjunkturpaket, das die Unternehmenseite entlasten und die Beschäftigung fördern soll. Stattdessen wären zur Einhaltung des mit der Europäischen Kommission vereinbarten Konsolidierungsplans, der eine Rückführung des Defizits unter die Drei-Prozent-Marke bis 2016 vorsieht, weitere Sparmaßnahmen notwendig.

Insgesamt dürfte das Bruttoinlandsprodukt in Spanien in diesem Jahr um knapp zwei Prozent schrumpfen. Für das nächste Jahr ist mit einer langsamen Erholung der Wirtschaft zu rechnen. Im Jahresdurchschnitt 2014 dürfte die Wirtschaftsleistung aber kaum steigen.

Niederlande

Die niederländische Wirtschaft schrumpfte im ersten Quartal zum dritten Mal in Folge, wenngleich mit abnehmendem Tempo. Eine Rückkehr zu deutlich positiven Raten dürfte sich nur langsam vollziehen.

Die Konsumnachfrage war im ersten Quartal schwach. Der anhaltend kräftige Anstieg der Arbeitslosigkeit dürfte den privaten Verbrauch auch in den kommenden Quartalen erheblich belasten. Im Vergleich zum Vorquartal ging die Zahl der Beschäftigten um 0,4 Prozent zurück. Die Arbeitslosenquote ist seit Anfang vergangenen Jahres von fünf auf 6,5 Prozent im April gestiegen, wenngleich sich der Anstieg zuletzt etwas abgeflacht hat. Das Konsumentenvertrauen verbessert sich seit März zwar stetig, jedoch nur geringfügig. Bei der Entwicklung der Vermögenssituation der privaten Haushalte stehen sich Gewinne auf den Aktienmärkten und ein weiterer Rückgang der Immobilienpreise gegenüber; der Verfall der Immobilienpreise hat sich im April auf acht Prozent gegenüber dem Vorjahr beschleunigt.

In vielen Haushalten dürften die Vermögensverluste zu Ausgabenzurückhaltung führen; darauf weist auch die zuletzt gestiegene Sparquote hin, die trotz alles in allem noch recht kräftiger Lohn- und Einkommensentwicklung den privaten Verbrauch dämpft. Die Kaufkraft wird zusätzlich durch die Inflation gemindert, die wegen der Erhöhung indirekter Steuern auf hohem Niveau liegt. Im April ging die Preissteigerung leicht auf 2,8 Prozent zurück. Angesichts der anhaltend geringen wirtschaftlichen Dynamik dürfte die Inflation im Jahresverlauf weiter deutlich fallen und durchschnittlich 2014 wieder unterhalb der Zwei-Prozent-Marke liegen – auch weil der Basiseffekt der Steuererhöhungen dann nicht mehr spürbar ist. Die Konsumnachfrage dürfte dennoch bis in das kommende Jahr hinein rückläufig sein, wenn auch mit abnehmendem Tempo.

Nach dem Indikator des niederländischen Statistikamts trüben sich die Perspektiven der Unternehmen für den Absatz in andere europäische Länder weiter ein. Aufgrund der hohen Wettbewerbsfähigkeit der niederländischen Exporte ist weiterhin mit positiven Wachstumsbeiträgen des Außenhandels zu rechnen. Im kommenden Jahr werden die Exporte dann weiter an Dynamik gewinnen. Im Umfeld ungünstiger Absatzperspektiven war die Investitionstätigkeit der Unternehmen zunächst zurückhaltend; die Ausrüstungsinvestitionen sind im ersten Quartal um gut fünf Prozent gesunken. Im Zuge der kräftigeren Exportentwicklung werden im kommenden Jahr auch die Investitionen wieder merklich zulegen.

Die Finanzpolitik wird im Prognosezeitraum restriktiv ausgerichtet bleiben, um das Defizitkriterium des Stabilitäts- und Wachstumspakts gemäß dem mit der EU-Kommission vereinbarten Konsolidierungspfad im Jahr 2014 erstmals seit 2008 wieder einzuhalten.

Insgesamt dürfte die niederländische Wirtschaftsleistung im Jahr 2013 um ein knappes Prozent schrumpfen.

fen. Für 2014 ist bei einer leichten wirtschaftlichen Erholung mit einem Wachstum von knapp einem Prozent zu rechnen.

Vereinigtes Königreich

Nach einem Rückgang der Wirtschaftsleistung im Schlussquartal 2012 hat das britische Bruttoinlandsprodukt zu Beginn des Jahres 2013 um 0,3 Prozent zugelegt. Eine kräftige Erholung zeichnet sich in den Indikatoren derzeit jedoch nicht ab.

Die Konsumnachfrage verharrt auf niedrigem Niveau. Das Konsumentenvertrauen erholt sich nur langsam, auch wegen der anhaltend schwierigen Lage auf dem Arbeitsmarkt: Die Arbeitslosenquote liegt seit Mitte 2012 nahezu unverändert bei knapp acht Prozent. Angesichts der schwachen Produktivitätsentwicklung ist auch in den kommenden Quartalen auf dem Arbeitsmarkt keine wesentliche Verbesserung zu erwarten. Bei den Reallöhnen sind anhaltende Rückgänge zu verzeichnen, die sich in diesem Jahr wohl weiter fortsetzen werden. Erst ab der Jahreswende dürfte sich die Situation etwas aufhellen, wenn sich die Absatzmöglichkeiten der britischen Unternehmen auf den Exportmärkten verbessern.

Der Dienstleistungssektor trug im ersten Quartal maßgeblich zum Wirtschaftswachstum bei. In den ersten fünf Monaten des Jahres ist der Einkaufsmanagerindex für den Dienstleistungssektor stetig gestiegen; dies deutet auf eine weitere kräftige Entwicklung hin. Auch der Indikator für das verarbeitende Gewerbe hat angezogen und liegt nun deutlich über der 50-Punkte-Schwelle. Die Zuwächse der Industrieproduktion seit Februar dürften sich daher fortsetzen. Allerdings ist ein großer Teil der Produktionszuwächse im ersten Quartal auf Zugänge ins Lager zurückzuführen; dies könnte zu einer leichten Gegenbewegung im zweiten Quartal führen. Die Kapazitäten bleiben zunächst unterausgelastet, so dass die Investitionen nur wenig zunehmen werden.

Trotz des derzeit schwachen Pfunds belebte sich der Außenhandel bisher kaum. Zugewinnen nach China standen Rückgänge bei den Exporten in die Eurozone gegenüber. Die Importe legten allerdings im ersten Quartal noch weniger zu als die Exporte. So verbesserte sich die Handelsbilanz marginal. Im kommenden Jahr dürfte die Erholung im Euroraum, in den etwa die Hälfte der britischen Ausfuhren gehen, zu etwas zunehmenden Nettoexporten beitragen.

Die Finanzpolitik im Vereinigten Königreich bleibt über den Prognosezeitraum restriktiv. Zuletzt hat die Ratingagentur Fitch angesichts des anhaltend hohen Haushaltsdefizits dem Land die Bestnote entzogen; die Spar-

anstrengungen dürften auch vor diesem Hintergrund fortgesetzt werden. Die Geldpolitik bleibt hingegen expansiv; zusätzliche Impulse durch eine Aufstockung des Anleihekaufprogramms der Bank of England um 25 Milliarden Pfund sind für die zweite Jahreshälfte zu erwarten. Ebenso dürfte der Hauptrefinanzierungszins auf 0,5 Prozent verbleiben, sowie das Funding for Lending Scheme² fortgesetzt werden.

Alles in allem ist für das laufende Jahr dank des recht kräftigen Jahresauftakts mit einem Wachstum von 0,7 Prozent zu rechnen. Verbesserte Exportchancen in den Schwellenländern und eine leichte Aufhellung der wirtschaftlichen Lage in der Eurozone führen zu einer leichten Beschleunigung im kommenden Jahr; dabei spielt auch eine Rolle, dass der Abbau der bestehenden Überkapazitäten in der Immobilienwirtschaft und in Teilen des Dienstleistungsbereichs allmählich zum Ende kommt. Die britische Wirtschaft dürfte so im Durchschnitt des kommenden Jahrs um gut ein Prozent zulegen.

Mittel- und Osteuropa

Im Gegensatz zu vielen Mitgliedsländern der Europäischen Währungsunion wächst die Wirtschaftsleistung in den Ländern Mittel- und Osteuropas mit leicht positiven Raten; lediglich in Tschechien war ein Rückgang der Produktion zu verzeichnen. Auch im laufenden und kommenden Jahr wird die Wirtschaftsleistung in der Region leicht zunehmen, wenngleich die weitere Entwicklung vor allem der kleinen exportorientierten Volkswirtschaften stark von einer Verbesserung des weltwirtschaftlichen und europäischen Umfeldes abhängig ist.

Die wirtschaftliche Entwicklung in Polen bleibt – verglichen mit den Vorjahren – schwach. Im ersten Quartal 2013 nahm das Bruttoinlandsprodukt im Vergleich zum Vorquartal nur um 0,1 Prozent zu. Die inländische Nachfrage sowie die Nachfrage aus dem Ausland entwickelten sich weiterhin schwach. Die Industrieproduktion stieg nur leicht, die Bautätigkeit nahm – auch in Folge des langen Winters – deutlich ab. Mit dieser Entwicklung ging ein Anstieg der Arbeitslosigkeit von Ende 2012 bis Ende März 2013 um knapp einen Prozentpunkt auf 14,3 Prozent einher. Angesichts stagnierender Realeinkommen der privaten Haushalte und einer bereits niedrigen Sparquote bestehen auch künftig kaum Spielräume für eine kräftigere Entwicklung des privaten Konsums. Die Investitionstätigkeit hat wieder zu-

² Das Funding for Lending Scheme der Bank of England gewährleistet für Banken und Baugesellschaften eine günstige Refinanzierung für Kredite mit einer Laufzeit von bis zu vier Jahren. Diese wird mit verbrieften Geschäftskrediten oder Pfandbriefen besichert und fördert so unmittelbar die Kreditvergabe an die Realwirtschaft.

genommen, nachdem die polnische Zentralbank ihren Leitzins seit Ende 2012 in vier Schritten um einen Prozentpunkt auf drei Prozent gesenkt und damit ihre expansive Geldpolitik fortgesetzt hat. Im laufenden Jahr wird das polnische Bruttoinlandsprodukt leicht zunehmen; 2014 kann in günstigerem Umfeld eine deutlich positive Wachstumsrate erzielt werden.

In Tschechien hat sich die Rezession verfestigt. Im ersten Quartal 2013 ging das Bruttoinlandsprodukt im Vergleich zum Vorquartal um 1,1 Prozent zurück. Im Inland sanken vor allem die Investitionen. Die Auslandsnachfrage blieb im vierten Quartal 2012 und im ersten Quartal 2013 schwach, auch weil die Importnachfrage der deutschen Wirtschaft gering war. Im März 2013 nahmen die Industrieproduktion und besonders stark die Bautätigkeit ab. Laut Geschäftsklimaindex von Mai 2013 sind in der Bauwirtschaft die Aussichten weiterhin getrübt, während in der Industrie ein Anziehen der Nachfrage aus dem Ausland erwartet wird. So wird die tschechische Wirtschaft erst im zweiten Halbjahr 2013 aus der Rezession gelangen und nächstes Jahr leicht wachsen.

In Ungarn hat das Bruttoinlandsprodukt mit 0,7 Prozent im ersten Quartal 2013 im Vergleich zum Vorquartal erstmals seit Ende 2011 wieder zugenommen. Im Inland ging der private Konsum leicht zurück; die Investitionen zogen an. Nach einem schwachen vierten Quartal 2012 kam es zu Zuwächsen in der Industrie sowie der Bauwirtschaft. Die Arbeitslosenquote ist nach einem vorübergehenden Anstieg im ersten Quartal bis Ende April 2013 wieder auf das Niveau des Vorjahres von elf Prozent gesunken. Im Außenhandel nahmen im ersten Quartal die Importe schneller zu als die Exporte, so dass der Handelsbilanzüberschuss leicht abnahm. Die künftige Entwicklung ist in Ungarn als exportorientierter Volkswirtschaft stark an die Auslandsnachfrage gekoppelt, die in der zweiten Jahreshälfte wohl weiter anziehen wird. Damit wird Ungarn im laufenden und kommenden Jahr ein leicht positives Wirtschaftswachstum erreichen.

In Rumänien ist das Bruttoinlandsprodukt im ersten Quartal um 0,7 Prozent im Vergleich zum Vorquartal gewachsen. Die Exporte haben stärker zugenommen als die Importe, so dass sich das Handelsbilanzdefizit verringerte. Die Inlandsnachfrage blieb schwach. Gedämpft wurde die Kaufkraft durch die Inflation, die in den ersten Monaten des Jahres wieder zugenommen hat. Die Teuerungsrate lag Ende des ersten Quartals 2013 bei 5,25 Prozent und damit oberhalb des Zielkorridors der rumänischen Zentralbank von 1,5 bis 3,5 Prozent; dies ist in erster Linie auf einen Anstieg der Strompreise am Jahresanfang sowie gestiegene Nahrungsmittelpreise zurückzuführen. Wegen dieser Sonderfaktoren hat

die Zentralbank keinen restriktiven Kurs eingeschlagen und die Leitzinsen nicht verändert. Mit einer Belebung der Auslandsnachfrage im weiteren Jahresverlauf 2013 wird sich die leicht positive Entwicklung in Rumänien in diesem und im nächsten Jahr fortsetzen.

Auch in Bulgarien hat das Bruttoinlandsprodukt im ersten Quartal 2013 mit 0,1 Prozent geringfügig zugenommen. Die Importe stiegen etwas kräftiger als die Exporte. Im Inland nahmen die Investitionen zu; der Konsum ging leicht zurück. Am Arbeitsmarkt bleibt die Lage schwierig; die Arbeitslosenquote lag Ende des ersten Quartals bei 12,6 Prozent. In den letzten Monaten zeigt sich allerdings eine leichte Erholung: So hat sich die Industrieproduktion zuletzt im April etwas erhöht; die Bautätigkeit nimmt nach Einbrüchen in den Wintermonaten (Dezember bis Februar) wieder zu. Nachdem sich die politische Lage stabilisiert hat und damit Unsicherheiten beseitigt wurden, wird die bulgarische Wirtschaft auch in diesem sowie im kommenden Jahr leicht wachsen.

In Lettland und Litauen wurden im ersten Quartal 2013 mit Raten von 1,2 beziehungsweise 1,3 Prozent die höchsten Wachstumsraten in der EU-27 erzielt. Nachdem in Lettland in den Monaten Dezember bis Februar die Außenhandelsaktivitäten deutlich zurückgegangen waren, zeigte sich im März eine Erholung von Exporten und Importen. Der Außenhandel leistete aber im Unterschied zum Vorjahr keinen nennenswerten Beitrag mehr zum Wachstum. In Litauen stützten die Getreideausfuhren in den Wintermonaten noch den Export. Dies dürfte aber ein vorübergehender Effekt sein, so dass in Litauen der Wachstumsbeitrag des Exports abnehmen wird. Hinzu kommt für beide baltischen Länder, dass sich die Wirtschaft in Russland als wichtigem Handelspartner des Baltikums in diesem Jahr nur sehr verhalten entwickelt. Damit wird in Lettland und Litauen die konjunkturelle Entwicklung im weiteren Jahresverlauf stärker von der Inlandsnachfrage bestimmt. In beiden Ländern entwickelt sich vor allem der private Konsum weiterhin günstig. Insgesamt wird das Bruttoinlandsprodukt in Litauen und Lettland im laufenden und kommenden Jahr deutlich wachsen. In Lettland wird dies auch durch den bevorstehenden Beitritt zur Europäischen Währungsunion zum Jahresbeginn 2014 unterstützt; merkliche konjunkturelle Wirkungen dürften hiervon aber kaum ausgehen.

Die Türkei setzte mit einer schrittweisen Senkung der kurzfristigen Zinssätze ihren expansiven geldpolitischen Kurs im ersten Quartal 2013 fort. Die inländische Nachfrage, insbesondere die Investitionen zogen an. Auch die Exporte haben nach einem vorübergehenden Rückgang im Winter wieder zugenommen. Die Importe sind zuletzt ebenfalls gestiegen, darunter auch

Einfuhren von Edelmetallen (Gold, Silber). Das Leistungsbilanzdefizit hat sich zwar abgebaut, ist aber immer noch sehr hoch. Die Preisentwicklung war in den ersten Monaten 2013 von zwei gegenläufigen Trends beeinflusst: einerseits sinkende Energiepreise und andererseits steigende Preise für Nahrungsmittel. Dabei ist die Teuerungsrate nach einer vorübergehenden Zunahme im ersten Quartal bis Ende April 2013 auf 6,1 Prozent gesunken und liegt damit auf dem Niveau von Ende 2012, übersteigt aber das Inflationsziel von fünf Prozent. Der leicht expansive Kurs der Geldpolitik dürfte dennoch bis auf Weiteres fortgesetzt werden. Die türkische Wirtschaft wird im laufenden und kommenden Jahr stärker wachsen als 2012; allerdings besteht das Risiko einer Verschärfung der innenpolitischen Lage, so dass sich die Unsicherheiten erhöhen und das Vertrauen in das Land geschmälert wird, das weiterhin in hohem Maße von Kapitalimporten abhängt.

Russland

Die russische Wirtschaft wuchs im ersten Quartal 2013 um 1,6 Prozent im Vorjahresvergleich. Vor allem im Bergbau und im verarbeitenden Gewerbe ist eine nachlassende Dynamik zu beobachten; im Vergleich zum Vorjahr gingen die Produktionsmengen, etwa im Maschinen- und Fahrzeugbau sowie in der Elektroindustrie, sogar deutlich zurück. Insbesondere kaum zulegende Exporte und ein schwacher privater Verbrauch dämpfen die Konjunktur.

Die schwache Konsumententwicklung zeigt sich in einer erheblich zurückgegangenen Dynamik der Einzelhan-

delsumsätze, die zuletzt mit knapp vier Prozent nur noch halb so schnell zulegt wie ein Jahr zuvor. Außerdem ist eine nachlassende Nachfrage nach Konsumentenkrediten zu verzeichnen. Auch wenn ein nicht unerheblicher Teil der Löhne und Gehälter inflationsindexiert ist, wird die Kaufkraft der Haushalte durch die anhaltend hohe Inflationsrate von zuletzt 7,4 Prozent gedämpft. Die Inflation ist zu wesentlichen Teilen auf Erhöhungen der regulierten Preise für Verkehrs- und öffentliche Dienstleistungen zurückzuführen, so dass nicht damit zu rechnen ist, dass die russische Zentralbank darauf mit restriktiver Politik reagiert.

Für den Prognosezeitraum ist mit einer anhaltend gedämpften, wenngleich aufwärts gerichteten Entwicklung der Konsumnachfrage zu rechnen; insbesondere die Situation auf dem Arbeitsmarkt stützt den Verbrauch.

Die Exporttätigkeit wird vor allem durch die schwache Nachfrage aus dem Euroraum und wichtigen Absatzländern wie China gedämpft. Zwar hat der Rubel seit Jahresbeginn merklich abgewertet; dies konnte die schwache Nachfrageentwicklung aber nicht kompensieren.

Im Jahr 2013 dürfte die russische Wirtschaftsleistung um gut zwei Prozent wachsen. Im kommenden Jahr wird im Zuge einer leicht rückläufigen Inflationsrate die Binnennachfrage wohl etwas an Dynamik gewinnen; zudem dürfte sich mit Blick auf die sich aufhellende Weltkonjunktur eine etwas kräftigere Exportentwicklung einstellen. Im Durchschnitt des kommenden Jahres dürfte die Wachstumsrate bei etwa vier Prozent liegen.

Deutsche Wirtschaft: Wieder im Aufwind

Die deutsche Wirtschaft folgt bereits seit mehreren Monaten wieder einem moderaten Aufwärtstrend, nachdem sie im Winterhalbjahr deutlich geschrumpft war. Die Industrie hat ihre Produktion ausgeweitet, und auch die Ausrüstungsinvestitionen, die aufgrund der schwachen Absatzperspektiven und der Unsicherheit im Rahmen der Krise im Euroraum deutlich zurückgefahren worden waren, haben ihr Tief durchschritten. Die Bauinvestitionen, die vor allem witterungsbedingt eingebrochen waren, zogen zuletzt wieder an, und von ihnen dürften im weiteren Verlauf dieses Jahres spürbare Nachholeffekte ausgehen (Abbildung 12). Die alles in allem günstige Entwicklung am Arbeitsmarkt, auf dem bislang kaum Zeichen einer Schwächephase auszumachen sind, lässt die Einkommen der Haushalte merklich steigen und regt damit den privaten Verbrauch an. Die Exporte ziehen allmählich an, wenngleich nur moderat, da sich die strukturelle Anpassung im Euroraum fortsetzt. Mit der Erholung der Weltkonjunktur im späteren Verlauf beleben sich die Ausfuhren. Aufgrund der dynamischen Binnenkonjunktur entwickeln sich die Importe durchweg kräftiger als die Exporte; der Außenhandelsüberschuss geht zurück.

Die Nachholeffekte im Bausektor verstärken das Wachstum bereits ab dem zweiten Quartal (Tabelle 2). Ab dem

Schlussquartal dürfte auch die dynamischere Auslandsnachfrage zunehmend Impulse liefern und eine rege Investitionstätigkeit anstoßen, bei der bislang zurückgestellte Investitionen getätigt werden. Alles in allem wird die deutsche Wirtschaft im Prognosezeitraum mit Wachstumsraten expandieren, die – zeitweilig deutlich – über dem Potentialwachstum liegen. Wegen der konjunkturellen Flaute im Winterhalbjahr wird die deutsche Wirtschaft im Jahresdurchschnitt jedoch in diesem Jahr nur um 0,4 Prozent wachsen. Für das kommende Jahr ist mit einem Plus von 1,8 Prozent zu rechnen (Tabelle 3).

Aufgrund des geringen Wachstums im Winterhalbjahr wird sich die Produktionslücke in diesem Jahr auf 1,7 Prozent ausweiten. Im kommenden Jahr schrumpft sie zwar, ist mit einem Prozent aber beträchtlich. Auch deshalb bleibt die Inflation moderat. Sie liegt mit 1,6 Prozent in diesem Jahr niedriger als im vergangenen Jahr, als sie zwei Prozent betrug, und auch im kommenden Jahr dürfte sie knapp unter diesem Wert bleiben.

Der öffentliche Gesamthaushalt wird in diesem Jahr mit einem Überschuss von 0,1 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt abschließen. In struktureller Betrachtung liegt die Überschussquote bei 0,9 Prozent. Gegen-

Tabelle 2

Quartalsdaten der Verwendungskomponenten des realen Bruttoinlandsprodukts

Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Prozent, saison- und kalenderbereinigt

	2012				2013				2014			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Privater Verbrauch	0,4	0,1	0,1	-0,3	0,8	0,4	0,5	0,5	0,4	0,4	0,3	0,3
Öffentliche Konsumausgaben	0,5	-0,4	0,7	0,1	-0,1	0,6	0,7	0,6	0,2	0,2	0,7	0,8
Ausrüstungen	-1,1	-3,0	-2,2	-2,0	-0,6	0,5	1,5	2,5	2,5	2,1	2,1	2,1
Bauten	-0,6	-1,4	0,5	-0,7	-2,1	4,0	3,1	0,6	0,7	0,3	0,2	0,2
Sonstige Investitionen	-1,1	1,0	1,5	1,5	-1,1	0,0	0,7	1,4	1,4	1,0	0,6	0,6
Lagerveränderung ¹	-0,2	-0,1	-0,3	0,4	-0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Inländische Verwendung	-0,1	-0,4	-0,2	0,0	0,0	0,8	0,9	0,7	0,5	0,5	0,5	0,5
Außenbeitrag ¹	0,7	0,6	0,4	-0,7	0,1	-0,3	-0,2	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1
Ausfuhr	1,2	3,1	1,4	-2,4	-1,8	0,9	1,1	1,5	1,6	1,7	1,7	1,7
Einfuhr	-0,2	2,3	0,6	-1,3	-2,1	1,7	1,8	1,8	1,9	2,1	2,1	2,1
Bruttoinlandsprodukt	0,6	0,2	0,2	-0,7	0,1	0,4	0,6	0,6	0,4	0,4	0,4	0,4

¹ Wachstumsbeiträge in Prozentpunkten.

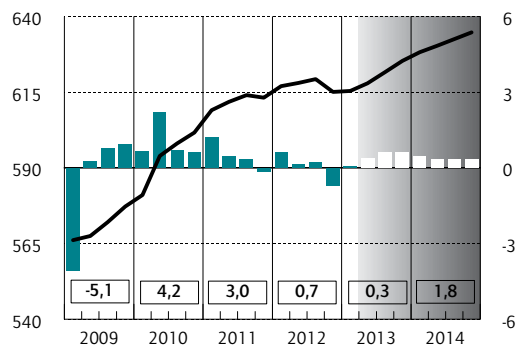
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin, Prognose ab dem zweiten Quartal 2013.

Abbildung 12

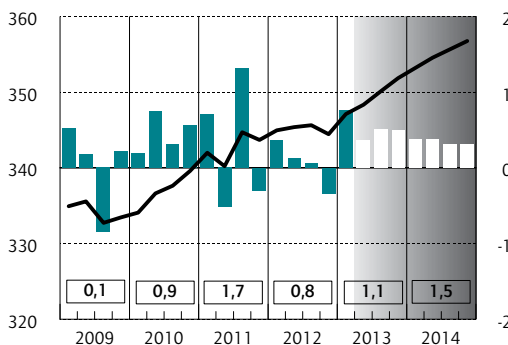
Bruttoinlandsprodukt und wichtige Komponenten

Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf

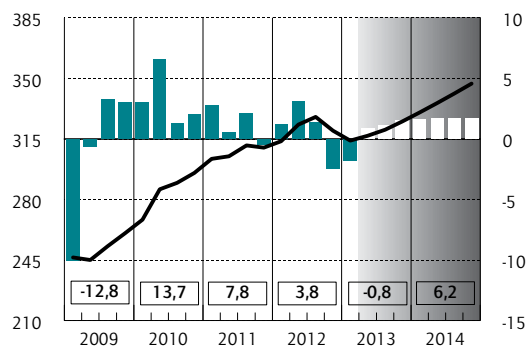
Bruttoinlandsprodukt



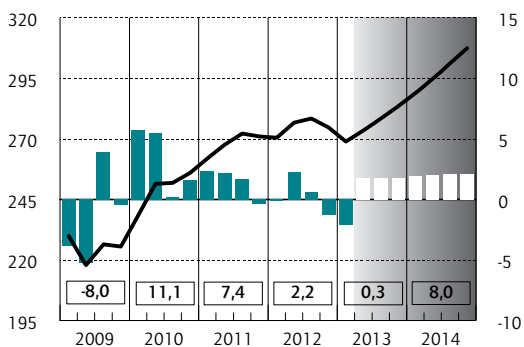
Konsumausgaben der privaten Haushalte



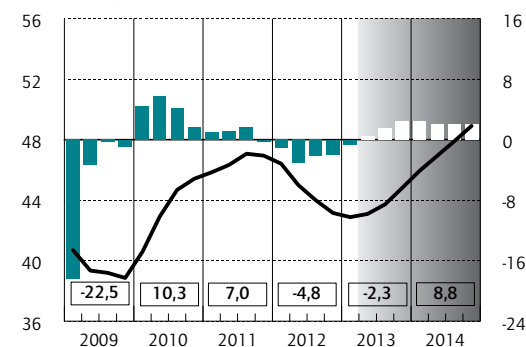
Exporte



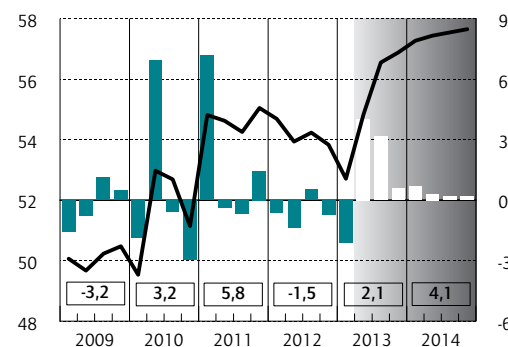
Importe



Ausrüstungsinvestitionen



Bauinvestitionen



— Verkettete Volumenangaben in Milliarden Euro (linke Skala)
 ■ Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Prozent (rechte Skala)
 □ Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (Ursprungswerte)

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin, 2013 und 2014 Prognose des DIW Berlin.

Tabelle 3

Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung in Deutschland

	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Reales Bruttoinlandsprodukt ¹ (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent)	-5,1	4,2	3,0	0,7	0,4	1,8
Erwerbstätige im Inland (1 000 Personen)	40 370	40 603	41 164	41 619	41 848	41 972
Erwerbslose, ILO (1 000 Personen)	3 228	2 946	2 502	2 316	2 345	2 453
Arbeitslose, BA (1 000 Personen)	3 415	3 238	2 976	2 897	2 975	3 047
Erwerbslosenquote, ILO ²	7,8	7,1	5,9	5,5	5,5	5,7
Arbeitslosenquote, BA ²	8,1	7,7	7,1	6,8	6,9	7,0
Verbraucherpreise ³ (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent)	0,3	1,1	2,1	2,0	1,6	1,9
Lohnstückkosten ⁴ (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent)	6,2	-1,6	1,2	2,8	2,8	1,7
Finanzierungssaldo des Staates ⁵						
In Milliarden Euro	-73,0	-103,6	-19,7	2,4	1,8	10,4
In Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt (in Prozent)	-3,1	-4,1	-0,8	0,1	0,1	0,4
Leistungsbilanzsaldo in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt (in Prozent)	6,0	6,2	6,2	7,0	7,0	6,4

1 In Preisen des Vorjahres.

2 Bezogen auf die inländischen Erwerbspersonen insgesamt (ILO) beziehungsweise die zivilen Erwerbspersonen (BA).

3 Verbraucherpreisindex.

4 Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt in Preisen des Vorjahres je Erwerbstätigenstunde

5 In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG).

Quellen: Angaben nationaler und internationaler Institutionen; Berechnungen des DIW Berlin; 2013 und 2014: Prognose des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2013

über dem Vorjahr hat sie sich damit um 0,4 Prozentpunkte verbessert, im kommenden Jahr bleibt sie unverändert.³

Moderate Inflation trotz anziehender Nahrungsmittelpreise

Nach einer Inflationsrate von 1,2 Prozent im April haben sich die Verbraucherpreise im Mai um 1,5 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat erhöht (Abbildung 13). Ein Grund für die vergleichsweise geringe Inflation ist der Wegfall der Praxisgebühr zu Beginn dieses Jahres. So lagen die Preise für Gesundheitspflege seit Januar um mehr als drei Prozent unter dem jeweiligen Vorjahresmonat und verringerten die Inflationsrate damit jeweils um 0,2 Prozentpunkte (Abbildung 14). Insbesondere Nahrungsmittel verteuerten sich zuletzt aber deutlich – um über fünf Prozent. Bei Energie waren dagegen nur moderate Preissteigerungen zu verzeichnen. Die Kernrate der Inflation, also die Teuerungsrate ohne Energie und Nahrungsmittel, lag in den vergangenen beiden Monaten bei rund einem Prozent.

Im Prognosezeitraum dürfte die Kerninflation zulegen, da die Unternehmen die hohen Lohnabschlüsse und die Energiepreise der vergangenen Jahre bei steigender Konsumnachfrage teilweise an die Verbraucher weitergeben. Damit wird die Kernrate in diesem Jahr bei 1,3 Prozent liegen, 2014 dürfte sie knapp zwei Prozent betragen. Vor

allem die Nahrungsmittel werden sich weiter deutlich verteuern. Demgegenüber werden die Energiepreise im Prognosezeitraum nur moderat zulegen, da der Ölpreis annahmegemäß etwas zurückgeht (Kasten 1). Die sogenannte Strompreisbremse ist zunächst gescheitert; für das kommende Jahr ist daher mit einem Anstieg der EEG-Umlage zu rechnen, von derzeit 5,3 Cent/kWh auf etwa sechs Cent/kWh. Die Auswirkungen auf die Gesamtinflation bleiben aber überschaubar: Ein um ein Cent stärkerer Anstieg der Umlage würde die Inflationsrate nur um ein Zehntel Prozentpunkt höher ausfallen lassen.

Alles in allem wird die Inflationsrate in diesem Jahr bei 1,6 Prozent liegen, 2014 dürfte sie bei anziehender Konjunktur und ohne den dämpfenden Effekt durch den Wegfall der Praxisgebühr knapp zwei Prozent betragen.

Arbeitsmarkt: leicht zunehmende Beschäftigung und etwas steigende Arbeitslosigkeit

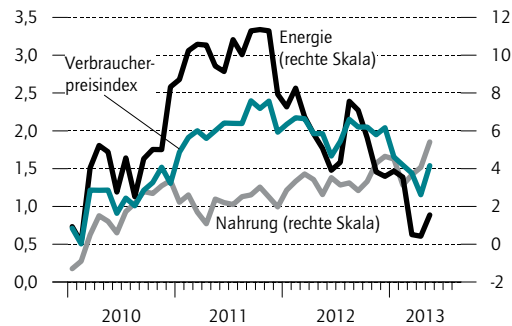
Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt verlief zuletzt wechselhaft. Nach einer leichten Eintrübung bis zum Spätherbst schien sich in den Monaten danach eine Besserung anzudeuten, da die Arbeitslosigkeit im Zuge sich aufbauender Beschäftigung zum Stillstand kam. Mittlerweile stagniert die Zahl der Erwerbstätigen nur noch, und die Arbeitslosigkeit legt wieder etwas zu.

Im Mai war die Zahl der Arbeitslosen reichlich 80 000 Personen höher als ein Jahr zuvor. Dabei spielten allerdings Einschränkungen bei den arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen eine erhebliche Rolle – wie die Rückfüh-

³ Die zur Beseitigung der Flutschäden angekündigten Finanzhilfen sind in dieser Prognose nicht berücksichtigt, vgl. Kasten 3

Abbildung 13

Teuerungsraten nach dem Verbraucherpreisindex
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent



Quelle: Statistisches Bundesamt.

© DIW Berlin 2013

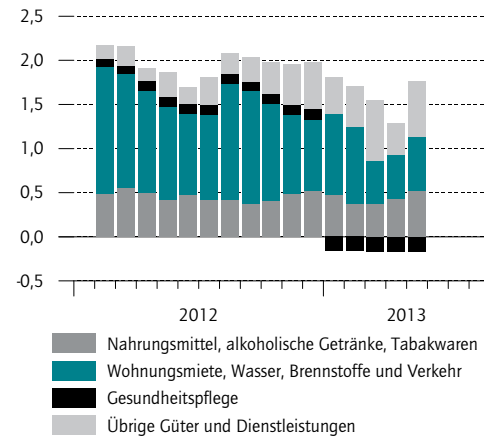
Die Inflation ist zuletzt gestiegen, bleibt aber unter der Zwei-Prozent-Marke. Preistreibend waren vor allem Nahrungsmittel und Energie.

rung der Förderung bei der Aufnahme einer abhängigen Beschäftigung, der Abbau von Subventionen für Existenzgründer, die Reduzierung der Arbeitsgelegenheiten (Ein-Euro-Jobs) und die Verringerung der Programme für den Berufseinstieg von Jugendlichen. Der Aufbau der Arbeitslosigkeit ist nicht auf verstärkte Entlassungen zurückzuführen, denn die Zugänge in die Arbeitslosigkeit waren insgesamt rückläufig. Dies trifft auch auf die Zugänge aus einer vorherigen Beschäftigung zu. Zugleich nahmen auch die Abgänge aus der Arbeitslosigkeit ab. All das deutet darauf hin, dass zwar weniger Personen von Arbeitslosigkeit betroffen sind, diese aber länger arbeitslos bleiben. Besonders deutlich hat die Arbeitslosigkeit bei Arbeitskräften ab 55 Jahren zugenommen; deren Arbeitslosenquote lag im Mai mit acht Prozent über dem Durchschnitt von 6,8 Prozent. Die Arbeitgeber halten sich offenbar mit Einstellungen zurück. Dies zeigen auch die bei den Arbeitsämtern gemeldeten offenen Stellen, deren Zahl zuletzt weiter zurückgegangen ist. Verstärkte Entlassungen sind indes auch für die nächste Zeit nicht zu erwarten. Darauf deutet die geringe Zahl an Kurzarbeitern hin. Auffallend ist, dass die Arbeitslosigkeit allein in den alten Bundesländern zunimmt, nicht aber in Ostdeutschland – was wohl damit zusammenhängt, dass das Erwerbspotential im Westen stärker als im Osten wächst (Abbildung 15).⁴

⁴ Laut Bundesagentur für Arbeit lag im Mai 2013 in den alten Bundesländern die Zahl der zivilen Erwerbepersonen um 1,6 Prozent über dem Wert des entsprechenden Vorjahres, in den neuen Bundesländern waren es 0,5 Prozent mehr.

Abbildung 14

Inflationsbeiträge einzelner Güter- und Dienstleistungen



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2013

Energieintensive Güter- und Dienstleistungen haben den größten Teil zur Inflation beigetragen. Die Abschaffung der Praxisgebühr hat die Inflation seit Beginn dieses Jahres verringert.

Tabelle 4

Arbeitsmarktbilanz
In Millionen Personen

	2010	2011	2012	2013	2014
Erwerbstätige im Inland	40,60	41,16	41,63	41,85	41,97
Selbständige und mithelfende Familienangehörige	4,49	4,54	4,54	4,49	4,48
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ¹	27,78	28,47	29,00	29,35	29,50
Beamte, Richter, Zeit- und Berufssoldaten	1,87	1,88	1,89	1,90	1,91
Ausschließlich geringfügig Beschäftigte (Minijobber)	4,88	4,86	4,80	4,75	4,70
Sonstige	1,58	1,41	1,40	1,36	1,38
+/- Pendler, Beschäftigte in staatlichen Einrichtungen des Auslandes beziehungsweise im Ausland etc.	-0,04	-0,05	-0,05	-0,05	-0,05
Erwerbstätige Inländer	40,57	41,12	41,57	41,80	41,92
Erwerbslose	2,95	2,50	2,32	2,35	2,45
Erwerbspersonen	43,45	43,54	43,89	44,15	44,37
<i>Nachrichtlich:</i>					
Arbeitslose	3,24	2,98	2,90	2,97	3,05
Arbeitslosenquote BA ² in Prozent	7,7	7,1	6,8	6,9	7,0
Arbeitslosenquote SGB ³ in Prozent	10,4	9,5	9,1	9,2	9,4
Erwerbslosenquote VGR ⁴ in Prozent	6,8	5,7	5,3	5,3	5,5
Erwerbslosenquote ILO-Statistik in Prozent	7,1	5,9	5,5	5,5	5,7
Erwerbstätige am Wohnort nach ILO	38,66	39,64	39,95	40,22	40,34

¹ Bis 2011 einschließlich Personen im Freiwilligendienst.

² Registrierte Arbeitslose bezogen auf alle zivilen Erwerbepersonen.

³ Registrierte Arbeitslose bezogen auf die Summe aus sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und registrierten Arbeitslosen.

⁴ Erwerbslose bezogen auf die Summe der Erwerbstätigen nach VGR und der Erwerbslosen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des DIW Berlin; 2013 und 2014: Prognose des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2013

Kasten 1

Annahmen

Monetäre und finanzpolitische Rahmenbedingungen

Die vorliegende Prognose stützt sich auf folgende Annahmen (Tabelle 1 im Kasten). Die EZB-Geldpolitik bleibt expansiv ausgerichtet. Die Renditen zehnjähriger deutscher Staatsanleihen ziehen im weiteren Verlauf jedoch etwas an; ihre Rendite war aufgrund der hohen Nachfrage nach diesen Titeln niedrig, da viele Investoren deutsche Staatsanleihen als vergleichsweise sichere Anlageform ansahen. Dieser Effekt verliert allmählich an Bedeutung, da sich die Verunsicherung im Rahmen der Krise im Euroraum langsam zurückbildet.

Der nominale Wechselkurs zwischen US-Dollar und Euro wird gemäß der üblichen Konvention über den Prognosezeitraum als konstant angenommen; in dieser Prognose wird der durchschnittliche Wechselkurs der vergangenen 30 Tage unterstellt. Der Stichtag, der allen Annahmen zugrunde liegt, ist der 4. Juni. Für die Ölpreisentwicklung werden die Futures auf Brentöl herangezogen, die einen leichten Rückgang im Prognosezeitraum anzeigen.

Nach einem Zuwachs der Tariflöhne auf Stundenbasis um 2,7 Prozent im Jahr 2012 wird für 2013 und 2014 eine tarifliche Entgeltanhebung von jeweils 2,9 Prozent unterstellt. In einigen Branchen werden in den Tarifverträgen von den Gewerkschaften geforderte Vereinbarungen getroffen, die nicht-monetärer Art sind, die aber den Tariflohnanstieg begrenzen (etwa Vereinbarungen zur Beschäftigungssicherung oder zur Übernahme der Auszubildenden).

In diesem Jahr ist die Finanzpolitik leicht expansiv ausgerichtet (Tabelle 2 im Kasten). Zu Beginn des Jahres wurde der Bei-

tragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung zurückgeführt, und bei der Einkommensteuer wurde der Grundfreibetrag angehoben. Maßnahmen bei der Pflegeversicherung sowie die Abschaffung der Praxisgebühr wirken ebenfalls expansiv. Für das kommende Jahr wird angenommen, dass die heutige Finanzpolitik beibehalten wird. Dann wird sie in etwa neutral ausgerichtet sein.

Vor dem Hintergrund der jüngsten Flutkatastrophe wird die Politik zeitnah Hilfsmaßnahmen verabschieden. Bereits während der Katastrophe kamen entsprechende Ankündigungen. In der vergangenen Woche nahmen die Pläne langsam Gestalt an. Wie bei der Flutkatastrophe im Jahr 2002 wird wohl ein Fonds aufgelegt werden. Finanzhilfen mit einem Volumen von acht Milliarden Euro sind im Gespräch, die hälftig von Bund und Ländern finanziert werden sollen. Zum Zeitpunkt dieser Projektion war noch unklar, wie diese Finanzhilfen ausgestaltet werden sollen, ob es sich beispielsweise um Investitionszuschüsse an die Kommunen zum Wiederaufbau der Infrastruktur handelt oder um Hilfen an besonders betroffene Anwohner. Zudem sind verschiedene Arten von Hilfen denkbar; direkte Finanzhilfen an private Haushalte und Unternehmen sind nur eine Möglichkeit. Darüber hinaus zeichnet sich ab, dass Betroffenen bei Krediten besondere Finanzierungsbedingungen von der KfW eingeräumt werden könnten.

Ohne solche Konkretisierungen ist es schwierig, die Auswirkungen der Hilfsmaßnahmen in einer Prognose konsistent zu erfassen. Im Hinblick auf die öffentlichen Haushalte zeichnet sich ab, dass der Bund und die Länder die Hilfsmaßnahmen über eine zusätzliche Verschuldung finanzieren werden, möglicherweise werden hierzu erstmals Deutschlandbonds

Tabelle 1

Annahmen dieser Prognose

		2012	2013	2014
EZB-Leitzins	Prozent	0,88	0,58	0,50
Geldmarktzins	EURIBOR-Dreimonatsgeld in Prozent	0,55	0,26	0,47
Kapitalmarktzins	Rendite für Staatsanleihen im Euroraum mit 10-jähriger Restlaufzeit	3,2	2,5	2,4
Kapitalmarktzins	Rendite für Staatsanleihen in Deutschland mit 10-jähriger Restlaufzeit	1,5	1,7	2,2
Wechselkurs	US-Dollar/Euro	1,29	1,30	1,30
Tariflöhne, Stundenbasis	Änderung gegenüber Vorjahr	2,7	2,9	2,9
Erdölpreis	US-Dollar/Barrel	112,0	103,6	98,7
Erdölpreis	Euro/Barrel	87,1	79,5	76,0
Welthandelsvolumen	Änderung gegenüber Vorjahr	1,7	4,1	8,2

Stichtag 4. Juni 2013.

für den Bund und alle 16 Länder aufgelegt. Im Volumen der zugesagten Finanzhilfen werden sich die Haushaltssalden von Bund und Ländern verschlechtern. Insgesamt wird der öffentliche Gesamthaushalt damit in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt um 0,3 Prozent belastet werden. In Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

wird diese Belastung nicht allein im laufenden Jahr anfallen, möglicherweise erstrecken sich die Auswirkungen sogar bis in das Jahr 2015. Für die Berechnung der Defizite im Rahmen der deutschen Schuldenbremse werden diese Ausgaben allerdings keine Wirkung haben; Hilfen, die bei Naturkatastrophen geleistet werden, sind hier ausgenommen.

Tabelle 2

Finanzpolitische Maßnahmen¹

Haushaltsentlastungen (+) und Haushaltsbelastungen (-) in Milliarden Euro gegenüber 2012

	2013	2014
Gesetz zum Abbau der kalten Progression	-0,8	-2,4
Schrittweise Abschaffung der Eigenheimzulage	0,4	0,8
Gesetz zur Änderung und Vereinfachung der Unternehmensbesteuerung und des steuerlichen Reisekostenrechts		-0,2
Steuervereinfachungsgesetz 2011	0,2	0,2
Zweites Gesetz zur Änderung des Energiesteuer- und Stromsteuergesetzes	-2,3	-2,3
Strompreiskompensation		-0,4
Einführung einer Brennelementesteuer	-0,2	-0,2
Erhöhung der Tabaksteuer	0,2	0,4
Jahressteuergesetz 2013	-0,3	-0,3
Sonstige steuerliche Maßnahmen ²	0,1	0,1
Einführung der LKW-Maut auf Bundesstraßen	0,1	0,1
Betreuungsgeld	-0,2	-0,7
Investitionsbeschleunigungsprogramm	0,3	0,3
zusätzliche Ausgaben des Bundes zur energetischen Sanierung von Bundesgebäuden	-0,4	0,0
Änderungen im SGB II und III	0,5	0,5
Einsparungen bei disponiblen Ausgaben	0,6	0,6
Anhebung der Minijobgrenze von 400 auf 450 Euro	-0,3	-0,3
Diskretionäre Maßnahmen von Ländern und Gemeinden	0,5	1,0
Verzicht auf Gewinn- und Zinseinnahmen zugunsten Griechenlands	-0,7	-0,8
Eingriffe in die Rentenformel	1,8	1,8
Senkung des Beitragssatzes zur gesetzlichen Rentenversicherung zum 01.01.2013 um 0,6 Prozentpunkte	-6,6	-6,7
Erhöhung des Beitragssatzes zur Pflegeversicherung zum 01.01.2013 um 0,1 Prozentpunkte	1,1	1,2
Anhebung der Insolvenzgeldumlage	0,5	0,5
Lebensleistungsrente	-0,1	-0,1
Abschaffung der Praxisgebühr	-2,1	-2,1
Gesetz zur Verbesserung der Versorgungsstrukturen in der Gesetzlichen Krankenversicherung	-0,1	-0,1
Gesetz zur Neuausrichtung der Sozialen Pflegeversicherung	-1,0	-2,0
Private Zusatzpflegeversicherung	-0,1	-0,1
Honorarerhöhung bei niedergelassenen Ärzten	-1,3	-1,3
Insgesamt	-10,0	-12,5
In Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt in Prozent	-0,4	-0,4

¹ Ohne makroökonomische Rückwirkungen, ohne Maßnahmen im Zusammenhang mit der Banken- und EU-Schuldenkrise.

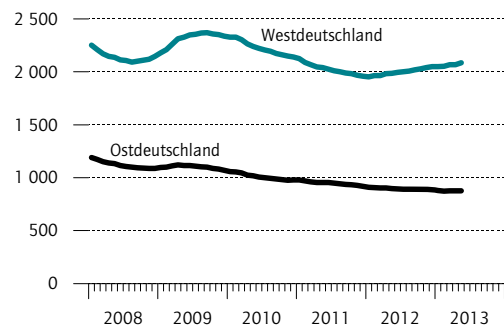
² Verordnung zur Absenkung der Steuersätze bei der Luftverkehrsteuer, Anwendung des BFH-Urteils zur regelmäßigen Arbeitsstätte bei mehreren Tätigkeitsstätten, Verkehrssteueränderungsgesetz, Urteil zum Ehegattensplitting bei eingetragenen Lebensgemeinschaften.

Quellen: BMF; Berechnungen des DIW Berlin.

Abbildung 15

Zahl der Arbeitslosen¹ in Westdeutschland und in Ostdeutschland

In Tausend Personen



¹ Saisonbereinigt.

Quellen: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2013

Die Zahl der Arbeitslosen steigt in Westdeutschland.

Die Zahl der Erwerbspersonen ist zuletzt nur noch wenig gestiegen. Weiter abgenommen hat die Zahl der Selbständigen und dabei vor allem die der Kleinunternehmer – nicht zuletzt wegen der Einschnitte bei der Förderung. Der Aufbau der abhängigen Beschäftigung ist in den vergangenen Monaten nahezu zum Stillstand gekommen. Das gilt für die sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse, die bis zum Ende des Winters noch deutlich ausgeweitet worden waren. Die Zahl derjenigen Arbeitnehmer, die ausschließlich einen Minijob ausüben, ist weiter gesunken – wenngleich mit verringertem Tempo.

Die Zahl der je Erwerbstätigen geleisteten Stunden lag im ersten Quartal dieses Jahres deutlich – um über zwei Prozent – unter dem Ergebnis der gleichen Vorjahresperiode. Zum Teil liegt das an einer geringeren Zahl an Arbeitstagen. Der lange Winter hat sich indes kaum auf die geleisteten Stunden ausgewirkt. Stärker ins Gewicht fielen betriebliche Arbeitszeitverkürzungen (Abbau von Überstunden und Arbeitszeitguthaben) infolge einer eingetrübten Auftragslage in manchen Sektoren wie dem verarbeitenden Gewerbe. Inwieweit sich der Trend zu vermehrter Teilzeitarbeit fortgesetzt hat, ist derzeit schwer zu beurteilen.⁵

Das Erwerbspersonenpotential hat sich verhaltensbedingt kaum aufgebaut, da sich die geringer gewordenen Beschäftigungschancen dämpfend ausgewirkt ha-

ben. Es kam indes zu weiteren Wanderungsgewinnen, die den Rückgang an Erwerbspersonen aufgrund der natürlichen Bevölkerungsentwicklung mehr als ausgleichen konnten. Nach den vorläufigen Angaben der amtlichen Statistik belief sich 2012 der Wanderungsüberschuss auf 369 000 Personen; bei den Ausländern waren es 387 000.⁶ Die größten Wanderungsgewinne wurden im Austausch mit den seit 2004 der EU beigetretenen Staaten (Polen, Rumänien, Ungarn, Bulgarien) erzielt; vermehrt hat sich auch die Zuwanderung aus südeuropäischen Krisenstaaten (Spanien, Italien, Griechenland). Dies schlug sich auch bei der Beschäftigung nieder. So war im März die Zahl der Arbeitnehmer (sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Minijobber), die aus den südeuropäischen Krisenstaaten (Portugal, Spanien, Griechenland, Italien) kamen, um 34 000 oder acht Prozent höher als ein Jahr zuvor. Noch stärker war der Anstieg bei den Arbeitnehmern aus den 2004 zur EU beigetretenen Ländern (73 000 beziehungsweise 24 Prozent). In erheblichem Maße hat im selben Zeitraum auch die Zahl der abhängig Beschäftigten aus Rumänien und Bulgarien zugenommen (um 27 000 beziehungsweise 27 Prozent).⁷

In Folge der anziehenden Wirtschaftsleistung wird die Beschäftigung ab der Jahresmitte wieder ausgeweitet – aber zögerlich, weil sich die Verunsicherung über die Wirtschaftsaussichten nicht schlagartig auflöst. Ein etwas höheres Expansionstempo ist zum Jahresende zu erwarten. Die Zahl der Erwerbspersonen nimmt – im Wesentlichen wanderungsbedingt – ebenfalls zu. Damit einher geht eine bis zum Sommer 2014 leicht zunehmende Arbeitslosigkeit. Die Zahl der Erwerbstätigen wird 2013 – auch wegen eines statistischen Überhangs zu Jahresbeginn – das Vorjahresergebnis um 230 000 übertreffen, im kommenden Jahr stellt sich ein Plus von weiteren 120 000 ein. Die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenzahl liegt 2013 um 80 000 höher als im Jahr zuvor. Bei einem nur leicht geringeren Zuwachs wird 2014 im Jahresergebnis die Drei-Millionen-Grenze wieder überschritten. Die Arbeitslosenquote steigt leicht – auf sieben Prozent im kommenden Jahr. Die neuen Zensus-Ergebnisse werden sich erst nach dem Prognosezeitraum auf die Arbeitsmarktstatistiken auswirken (Kasten 2).

In den einzelnen Sektoren verläuft die Entwicklung unterschiedlich. Mit weiteren geringen Zuwächsen der Beschäftigung ist für die Bauwirtschaft zu rechnen. Auch das verarbeitende Gewerbe dürfte die Belegschaft etwas ausweiten – insbesondere ab der zwei-

⁵ So sind die Angaben in der Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten über die Zahl der Arbeitnehmer in einer Vollzeit- und in einer Teilzeitbeschäftigung wegen einer Umstellung bei der Datenerfassung aktuell nur eingeschränkt verwendbar.

⁶ Vgl. Statistisches Bundesamt: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Vorläufige Wanderungsergebnisse 2012. Wiesbaden 2013.

⁷ Bundesagentur für Arbeit, Statistik: Hintergrundinformation. Auswirkungen der EU-Schuldenkrise auf den deutschen Arbeitsmarkt. Nürnberg, März 2013.

Kasten 2

Erste Ergebnisse des Zensus: Konsequenzen für andere volkswirtschaftliche Statistiken

Das Statistische Bundesamt hat im vergangenen Monat erste Ergebnisse des im Mai 2011 durchgeführten Zensus veröffentlicht. Neben Angaben zum Wohnungsbestand wurde mitgeteilt, dass sich die Zahl der Einwohner zum Erhebungszeitpunkt auf 80,2 Millionen belief; das waren 1,5 Millionen weniger als gemäß der amtlichen Bevölkerungsfortschreibung bisher ausgewiesen worden sind. Die Differenz wird darauf zurückgeführt, dass sich manche Personen, die den Wohnort wechseln, bei den Meldeämtern nicht abmelden. Das gilt insbesondere bei Fortzügen ins Ausland. Zudem wurden etwa 40 Millionen Erwerbstätige gezählt. Auch dieser Wert ist geringer als die bisherigen amtlichen Angaben; nach der Erwerbstätigenrechnung wurde die Zahl der in der Bundesrepublik Beschäftigten für Mai 2011 auf 41 Millionen geschätzt.

Die Zensus-Ergebnisse werden nach Auskunft der amtlichen Statistik zunächst keine Folgen für das Rechenwerk der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) haben. Vorgesehen ist, die Zensus-Ergebnisse bei der anstehenden Generalrevision der VGR, die mit einer methodischen Weiterentwicklung verbunden ist, im Spätsommer 2014 zu berücksichtigen.¹ Sicher ist, dass sich Verhältniszahlen, bei denen Bezug auf die Bevölkerung genommen wird, verändern werden. So wird etwa das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner höher ausfallen als bisher angenommen. Das hat aber keine nennenswerten Auswirkungen auf die Konjunkturanalyse. Möglicherweise kommt es zu Änderungen auf der Entstehungsseite der VGR, wenn Informationen des Zensus über einzelne Wirtschaftszweige wie die Wohnungswirtschaft berücksichtigt werden. Da anders als bei früheren Großzählungen der Zensus nicht mit einer Arbeitsstättenerhebung verknüpft war, werden diese Änderungen gering sein. Auch Änderungen auf der Verwendungs- und Verteilungsseite der VGR sind nicht auszuschließen.

¹ Vgl. Statistisches Bundesamt: Methodische Weiterentwicklung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung – die Revision 2014.

Offen ist, in welchem Maße die Erwerbstätigenrechnung berührt wird. Die bisher verwendete Methode, bei der die Zahl der Erwerbstätigen anhand von 60 einzelnen statistischen Quellen ermittelt wird, dürfte beibehalten werden. Wahrscheinlich kommt es zu Anpassungen bei denjenigen Wirtschaftszweigen, über die die verfügbaren Datenquellen nur spärlich informieren. Es könnte dabei die Gesamtzahl der Erwerbstätigen herabgesetzt werden. Sollte das der Fall sein, würde sich das auch auf die von der Bundesagentur für Arbeit berechneten Arbeitslosenquoten auswirken. Die Arbeitsagentur orientiert sich an den Erwerbstätigenzahlen des Statistischen Bundesamtes. Regelmäßig einmal im Jahr (jeweils im Mai) fließen die Schätzungen in die Berechnung der Arbeitslosenquote ein. Die Zensusergebnisse würden demzufolge erstmals im Mai 2015 die Berechnung der Arbeitslosenquote beeinflussen. Anders ist die Sachlage bei der Ermittlung der Erwerbslosenquote gemäß der Konvention der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), die das Statistische Bundesamt regelmäßig im Rahmen des Berichtssystems der europäischen Statistik ermittelt. Sowohl die Erwerbslosen als auch die Erwerbstätigen werden durch eine Haushaltsumfrage (den Mikrozensus) direkt erhoben. Anzunehmen ist, dass die Zensusergebnisse zu einer Änderung der Hochrechnungsfaktoren führen, mit der die Stichprobe gewichtet wird. Welche Auswirkungen damit verbunden sind, lässt sich zurzeit nicht absehen. Möglicherweise bleibt die Erwerbslosenquote unverändert, weil angepasste Hochrechnungsfaktoren Einfluss auf die gesamte Stichprobe haben – die Zahl der Erwerbslosen sowie die der Erwerbstätigen könnte sich verringern. Überdies war schon immer die qua Umfrage ermittelte Erwerbstätigenzahl geringer als jene, die auf Basis der Erwerbstätigenrechnung ausgewiesen wurde.

Alles in allem: Der Einfluss, den die Zensus-Ergebnisse auf die VGR sowie auf die Arbeitsmarktstatistiken haben werden, ist als gering einzustufen. Bemerkbar machen werden sie sich wohl frühestens in eineinhalb Jahren; dann kommt auch eine umfangreiche Revision der Methodik der VGR hinzu.

ten Jahreshälfte. Das schiebt auch die Beschäftigung in verbundenen Wirtschaftsbereichen wie dem Groß- und Außenhandel, Teilen des Verkehrsgewerbes und manchen unternehmensnahen Diensten an. Zudem dürfte zusätzliches Personal in konsumnahen Sektoren eingestellt werden – wengleich in geringem Maße. Schwach entwickelt sich weiterhin die Beschäftigung bei den Finanzdienstleistern; der öffentliche Sektor wird den Personalstand etwas abbauen.

Das pro Kopf geleistete Arbeitsvolumen fällt in diesem Jahr um 0,2 Prozent geringer aus als 2012 – zum einen

aufgrund von Kalendereffekten, zum anderen wegen Arbeitszeitverkürzungen infolge der Anpassungen an eine mitunter unzureichende Auftragslage. Die Veränderungen bei der Arbeitszeit werden sukzessive in der zweiten Jahreshälfte zurückgenommen. Die Ausweitung der individuellen Arbeitszeit setzt sich 2014 fort, so dass die je Arbeitnehmer geleisteten Stunden etwas höher als in diesem Jahr ausfallen.

Die Löhne je Arbeitnehmer hatten zu Beginn dieses Jahres merklich zugelegt. Im Zuge der weiter anziehenden Beschäftigung setzt sich der Lohnaufschwung fort –

und zwar mit gleichbleibender Dynamik. Die Stundenlöhne dürften 2013 und 2014 das Vorjahresergebnis jeweils um reichlich drei Prozent übertreffen. Weil das Erwerbspersonenpotential wächst, führt die vermehrte Nachfrage nach Arbeitskräften nicht zu zusätzlichen Knappheiten. Deshalb kann kein verstärkter Lohnauftrieb entstehen. Die bislang kräftige Lohndynamik dürfte aber auch nicht an Schwung verlieren. So steigt die Arbeitslosigkeit nur wenig. Zudem wird die Verhandlungsposition der Gewerkschaften dadurch gestärkt, dass höhere Tarifabschlüsse derzeit in der Gesellschaft eine höhere Akzeptanz finden als noch vor einigen Jahren. Die effektiven Bruttostundenlöhne dürften 2013 um 3,4 Prozent und 2014 um 3,1 Prozent höher als im jeweils vorhergehenden Jahr sein.

Privater Verbrauch trägt Wirtschaftswachstum

Der Konsum der privaten Haushalte hat als einzige Verwendungskomponente im ersten Quartal gegenüber dem Vorquartal zugelegt. Dabei fiel das Plus mit 0,8 Prozent außerordentlich kräftig aus. Insbesondere der kräftige Anstieg der Lohnsumme hat die verfügbaren Einkommen beflügelt, der wegen der Senkung des gesetzlichen Rentenbeitragssatzes⁸ sogar in einem Prozentual noch stärkeren Anstieg der Nettolöhne resultierte. Hinzu kam ein weiterer leichter Rückgang der Sparquote. Beigetragen haben auch die geringen Preissteigerungen. Zum Teil dürfte auch die Abschaffung der Praxisgebühr eine Rolle gespielt haben. Diese hat die Teuerung um knapp zwei Zehntel gedämpft, und möglicherweise haben viele Menschen deswegen nicht dringend notwendige Arztbesuche vom Schlussquartal auf den Jahresbeginn verschoben: So sanken die Ausgaben im Bereich „Gesundheitspflege und übrige Verwendungszwecke“ im vierten Quartal und stiegen im ersten Quartal, jeweils um zwei Prozent.

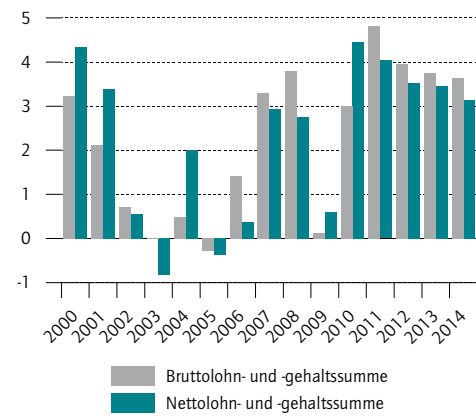
Im Prognosezeitraum wird sich die kräftige Lohnentwicklung fortsetzen und den Konsum weiter ankurbeln. Die Dynamik beim Beschäftigungsaufbau schwächt sich zwar ab, allerdings bleiben die Zuwächse bei den Effektivlöhnen je Arbeitnehmer mit 3,0 Prozent in diesem und 3,3 Prozent im kommenden Jahr hoch. Alles in allem hält daher die kräftige Dynamik bei der Bruttolohn- und -gehaltssumme an (Abbildung 16), wenngleich die jahresdurchschnittlichen Zuwächse nach vier Prozent im Jahr 2012 leicht auf 3,8 Prozent in diesem und 3,6 Prozent im kommenden Jahr nachgeben. Trotz der Anhebung des Grund-

⁸ Zu Beginn des Jahres ist der Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung um 0,6 Prozentpunkte gesunken und der Beitragssatz zur sozialen Pflegeversicherung um 0,1 Prozentpunkte gestiegen.

Abbildung 16

Lohnsumme

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent



Quelle: Statistisches Bundesamt; 2013 und 2014: Prognose des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2013

Die Lohnsumme nimmt weiter kräftig zu.

freibetrages und der Senkung des gesetzlichen Beitragssatzes zur Sozialversicherung entwickelt sich die Lohnsumme netto mit 3,5 Prozent bereits in diesem Jahr etwas schwächer als brutto. Dies liegt an dem mit 6,2 Prozent anhaltend hohen Zuwachs bei der Lohnsteuer, der zu einem großen Teil auf die Progressionswirkung zurückzuführen ist. Im kommenden Jahr bleibt der Anstieg der Lohnsumme netto mit 3,1 Prozent noch deutlicher hinter dem Bruttozuwachs zurück. Zwar belastet die Steuerprogression weiterhin, weil aber die Anhebung des Grundfreibetrages im kommenden Jahr deutlicher entlastet, steigt die Lohnsteuer mit 5,6 Prozent weniger kräftig. Dafür fällt aber die Entlastung durch die Senkung des Beitragssatzes zur gesetzlichen Rentenversicherung weg.

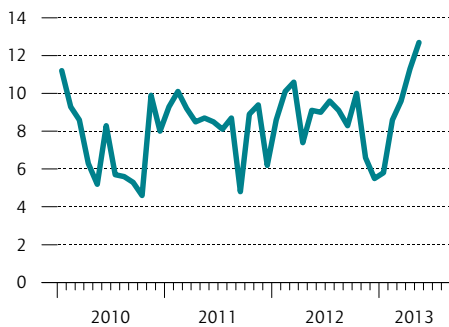
Der Anstieg bei den monetären Sozialleistungen fällt in beiden Jahren des Prognosezeitraums mit 2,6 beziehungsweise 2,3 Prozent ähnlich hoch aus. Die Unternehmens- und Vermögenseinkommen der privaten Haushalte steigen in diesem Jahr nur mit 0,4 Prozent. Die Vermögenseinkommen werden in diesem Jahr leicht sinken, auch bedingt durch die niedrigen Renditen bei vielen Anlageformen. Im kommenden Jahr nehmen im Zuge des höheren Wirtschaftswachstums sowohl die Betriebsüberschüsse und Selbständigeneinkommen der privaten Haushalte als auch die Vermögenseinkommen deutlich zu, insgesamt um knapp vier Prozent. Vor allem deshalb legen die verfügbaren Einkommen in diesem Jahr mit 2,2 Prozent einen Prozentpunkt weniger zu als im kommenden Jahr.

Die Sparquote ist von ihrem letzten Hoch vor gut fünf Jahren deutlich auf nunmehr zehn Prozent gesun-

Abbildung 17

Geplante Ausgaben für Anschaffungen der privaten Haushalte

Umfragewerte, Prozentpunkte



Quelle: Europäische Kommission.

© DIW Berlin 2013

Die Haushalte planen derzeit größere Anschaffungen.

ken und dürfte im weiteren Verlauf weiter leicht – auf 9,9 Prozent zum Ende des Prognosezeitraumes – nachgeben. Durch die kräftigen Lohnsteigerungen kommen die Einkommen nämlich verstärkt in der Breite der Bevölkerung an – und damit mehr und mehr bei Haushalten mit einer vergleichsweise niedrigen Sparquote. Zudem blicken die Konsumenten laut dem Index der EU-Kommission zum Konsumentenvertrauen wieder zuversichtlicher in die Zukunft und planen, zeitnah ihre Ausgaben auszuweiten (Abbildung 17), so dass die Bedeutung des Vorsichtssparmotivs abnimmt. Alles in allem wird der private Verbrauch zwar nicht an den kräftigen Zuwachs im ersten Vierteljahr anknüpfen, aber dennoch mit hohen Raten zulegen. Im zweiten Halbjahr dürften zudem Ersatzanschaffungen für durch die Flut zerstörte Konsumgüter zusätzliche Nachfrageimpulse liefern (Kasten 3).

Bei anhaltend niedriger Teuerung bei den Gütern und Dienstleistungen des privaten Verbrauchs von anderthalb Prozent in diesem und 1,7 Prozent im kommenden Jahr steigt der Konsum der privaten Haushalte im Jahr 2013 preisbereinigt um 1,1 Prozent und im Jahr 2014 um 1,5 Prozent.

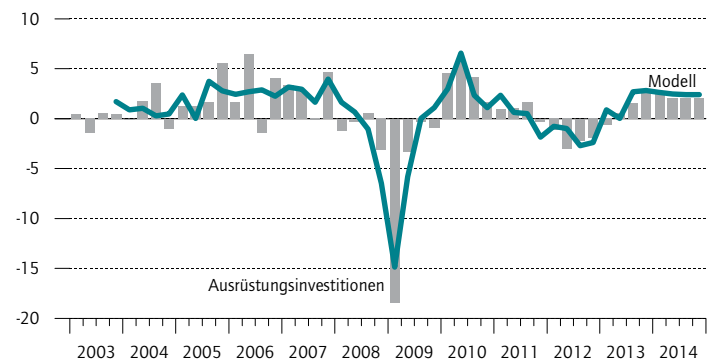
Ausrüstungsinvestitionen bei nachlassender Verunsicherung wieder im Aufwärtstrend

Im ersten Quartal sind die Ausrüstungsinvestitionen zum sechsten Mal in Folge gesunken. Dabei haben die eingetrübten Absatzperspektiven im Zuge der schwachen weltwirtschaftlichen Entwicklung eine Rolle ge-

Abbildung 18

Reale Finanzierungskosten und Ausrüstungsinvestitionen¹

Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Prozent



¹ Das Modell erklärt die Investitionsdynamik durch die realen Zinsen (mengengewichteter nominaler Zinssatz für Neu- und Bestandskredite verschiedener Laufzeiten abzüglich Vorjahresrate des Verbraucherpreisindex ohne Energie, um drei Quartale verzögert), die Kapazitätsauslastung, die Auftragseingänge und ein Unsicherheitsmaß.

Quellen: Statistisches Bundesamt; ifo; Berechnungen des DIW Berlin; Prognose ab dem 2. Quartal 2013.

© DIW Berlin 2013

Niedrige Zinsen und ein Rückgang der Unsicherheit schieben die Investitionen an.

spielt, aber auch die Unsicherheit, die mit der Krise im Euroraum verbunden ist. Beides dürfte die Unternehmen veranlasst haben, sich mit ihren Investitionen vorerst zurückzuhalten.

Der Rückgang war allerdings im Vergleich zu den Einbrüchen im vergangenen Jahr gering, und er war gänzlich auf eine Sonderentwicklung bei den öffentlichen Investitionen zurückzuführen: Diese lagen im Vergleich zum Schlussquartal 2012 um gut ein Fünftel niedriger, weil Ende des vergangenen Jahres ein Großprojekt zu Ausgaben von gut einer Milliarde Euro führte. Die privaten Investitionen sind im ersten Vierteljahr dagegen leicht ausgedehnt worden.

Ein spürbares Anziehen der Investitionsdynamik ist erst für das Winterhalbjahr zu erwarten: Sowohl die Umsätze inländischer Investitionsgüterproduzenten als auch die Auftragseingänge in diesem Bereich lagen zuletzt etwas niedriger als im Durchschnitt des ersten Quartals, wobei die Aufträge seit Herbst einem moderaten Aufwärtstrend folgen. Die Kapazitätsauslastung verharrt indes etwas unter dem langjährigen Durchschnitt, so dass vorerst kaum Erweiterungsinvestitionen getätigt werden dürften. Im weiteren Verlauf wird die Belebung der Weltkonjunktur die Investitionstätigkeit anregen. Außerdem hat die Unsicherheit spürbar nachgelassen, so dass sich der Investitionsstau allmählich lösen dürfte und vorübergehend Nachholeffekte wirksam werden.

Kasten 3

Welche Auswirkungen hat die Hochwasserkatastrophe auf die Konjunkturerwicklung?

Bei Katastrophen kommen nicht nur Menschen zu Schaden, sie haben immer auch Folgen für die Wirtschaftsentwicklung. Während der Katastrophe und eine mehr oder minder lange Zeit danach kommt es zu Produktionseinschränkungen etwa infolge von Zerstörungen am Kapitalstock, danach zu Aktivitäten zur Schadensbeseitigung und zum Wiederaufbau zerstörter Infrastruktur, Wohnungen und Produktionsanlagen. Hinzu werden in eher längerer Frist Maßnahmen zur Schadensprävention ergriffen. Wegen ihrer wirtschaftlichen Bedeutung und ihres immer wiederkehrenden Auftretens in verschiedenen Teilen der Welt gibt es in der Wissenschaft zahlreiche Untersuchungen über die kurz- oder längerfristigen Folgen von Katastrophen.¹

Die gegenwärtigen Überschwemmungen in Teilen Bayerns und vor allem Ostdeutschlands erinnern an die „Jahrhundertflut“ des Jahres 2002 – zumal teilweise dieselben Gebiete betroffen sind. Damals wurden schon kurz nach den Ereignissen Schätzungen über die Effekte der Beseitigung der Hochwasserschäden vorgenommen. Das zentrale Problem der Abschätzung wirtschaftlicher Effekte von Katastrophen besteht in der Unsicherheit insbesondere mit Blick auf die eingetretenen Schäden; das gilt vor allem für die Zeit unmittelbar nach der Katastrophe.² Im Falle der Überschwemmungen von 2002 wurde anfänglich von einer Schadenssumme von mehr als 20 Milliarden Euro ausgegangen, in wenigen Monaten wurde diese Annahme immer mehr nach unten revidiert – bis zum Ende jenes Jahres auf weniger als die Hälfte. Wenn die Schäden geringer als geschätzt ausfallen, dann ist auch der Aufwand zur Schadensbeseitigung entsprechend kleiner. Entsprechend mussten die gleich nach dem Hochwasser von

2002 abgegebenen Schätzungen über die Konjunkturreffekte zur Schadensbehebung³ kräftig nach unten revidiert werden.⁴ Weitgehend unklar ist überdies, zu welchen Substitutionseffekten es bei den Investitionen sowie dem privaten und öffentlichen Konsum kommt, die durch die Aufwendungen zur Beseitigung von Katastrophenfolgen ausgelöst werden. Außerdem kann es Preiseffekte geben, wenn in kurzer Zeit bestimmte Waren oder Bauleistungen vermehrt nachgefragt werden. Schwierig ist zudem die Einschätzung der zeitlichen Verteilung all dieser Wirkungen.

Angesichts dieser hohen Unsicherheit und der erheblichen Vorhersagefehler im Zusammenhang mit den Überschwemmungen von 2002 verbietet sich zumindest zum jetzigen Zeitpunkt eine Schätzung der Konjunkturimpulse infolge der Schadensbeseitigung der aktuellen Flut. Es wird lediglich angenommen, dass es gewisse Impulse geben wird, die sich im weiteren Zeitverlauf bemerkbar machen werden. Unterstellt wird, dass die Konjunkturreffekte gerade noch in einem messbaren Bereich liegen. Das gilt für die Gesamtwirtschaft – in den von der Katastrophe betroffenen Regionen könnten die Impulse indes ein erhebliches Ausmaß annehmen.⁵ Sollte sich ein nennenswerter Konjunkturimpuls einstellen, ist damit aber kein Wohlstandsgewinn verbunden, da es im Wesentlichen um die Herstellung eines früheren Zustandes geht.

¹ Dacy, D. C., Kunreuther, H. (1989): *The Economics of Natural Disasters: Implications for Federal Policy*. New York; Albaladejo, J. M. (1993): *The Political Economy of Large Natural Disasters: With Special Reference to Developing Countries*. Oxford; Chang, S. E. (2010): *Urban disaster recovery: a measurement framework and its application to the 1995 Kobe earthquake*. *Disasters*, Nr. 2.

² Okuyama, Y. (2003): *Economics of Natural Disasters: A Critical Review*. West-Virginia University, Research Paper Nr. 12.

³ Ludwig, U., Brautzsch, H.-U. (2012): Die Hochwasserkatastrophe und das Sozialprodukt in Deutschland. *Wirtschaft im Wandel*, Nr. 12; DIW, HWWA, IFO, IWH, IfW, RWI (2002): *Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Herbst 2002*. U. a. in *Wochenbericht des DIW*, Nr. 43/2002, 723.

⁴ Arbeitskreis Konjunktur (2003): *Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung 2003/2004*. In: *Wochenbericht des DIW*, Nr. 1-2, 27 f. DIW, HWWA, IFO, IWH, IfW, RWI (2003): *Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 2003*. U. a. in *Wochenbericht des DIW*, Nr. 16/2003, 248.

⁵ Berlemann, M., Vogt, G. (2007): *Kurzfristige Wachstumseffekte von Naturkatastrophen. Eine empirische Analyse der Flutkatastrophe in Sachsen vom August 2002*. Ifo-Working Paper Nr. 52.

Die Unternehmen werden dann wohl verstärkt das anhaltend günstige Finanzierungsumfeld nutzen (Abbildung 18), die Zinsen für Unternehmenskredite haben neue Tiefststände erreicht (Abbildung 19).

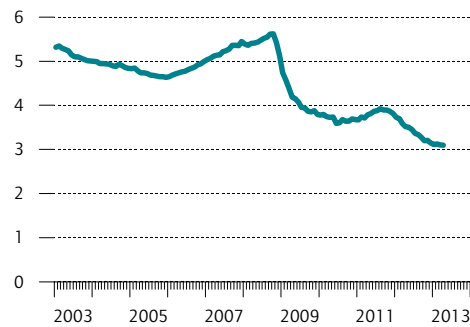
Da die Ausrüstungsinvestitionen nur langsam in Gang kommen, dürfte im Jahresdurchschnitt 2013 gut zwei Prozent weniger investiert werden als im vergangenen Jahr. Sofern die Unsicherheit nicht wieder merklich zunimmt, werden es im kommenden Jahr knapp neun Prozent mehr sein.

Bauinvestitionen: Nachholeffekte verstärken kräftigen Aufwärtstrend

Die Wohnungsbauinvestitionen sind, wohl aufgrund des strengen und langen Winters, sowohl im vierten Quartal 2012 als auch im ersten Quartal 2013 um durchschnittlich anderthalb Prozent eingebrochen. Der zugrundeliegende deutliche Aufwärtstrend dürfte aber anhalten (Abbildung 20). Die Entwicklung der Wohnungsbauinvestitionen wird nach wie vor dadurch begünstigt, dass Investitionen in Immobilien als eine ver-

Abbildung 19

Mengewichtete Zinsen für Unternehmenskredite
In Prozent



Quellen: Deutsche Bundesbank; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2013

Die Zinsen sind bis zuletzt gesunken.

gleichsweise rentable Anlageform angesehen werden: Die Hypothekenzinsen sind günstig und die Renditen alternativer Investitionen sind niedrig, während vor allem in Großstädten steigende Mieten zu erwarten sind.

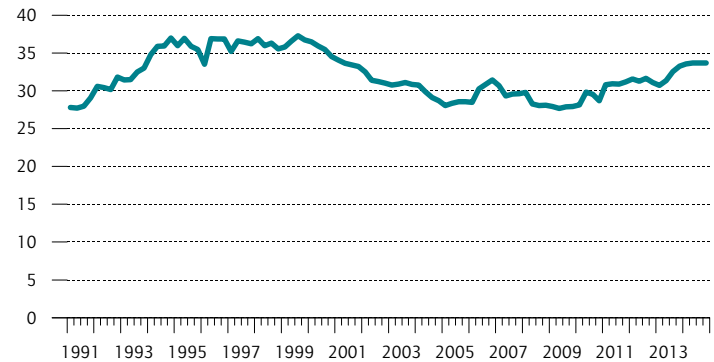
Die witterungsbedingten Ausfälle des Winterhalbjahres werden im Sommer und zum Teil auch in den darauffolgenden Quartalen nachgeholt; dies führt zu kräftigen Raten im weiteren Jahresverlauf. Ab der zweiten Jahreshälfte dürfte die Behebung der Flutschäden in einigen Teilen Deutschlands zu der ohnehin kräftigen Bautätigkeit beitragen. Insgesamt dürften die Investitionen im Wohnungsbau somit trotz des schwachen Einstiegs in das Jahr 2013 um knapp zwei Prozent steigen und im kommenden Jahr, bedingt durch die hohe Dynamik zum Jahreswechsel, um gut fünf Prozent. Umfragen unter Unternehmen des Bauhauptgewerbes zufolge erreichen die Auftragsbestände immer neue Höchststände (Abbildung 21). Angesichts der entsprechend hohen Kapazitätsauslastung dürfte sich der Preisauftrieb im Wohnungsbau fortsetzen. Zu Jahresbeginn hat er sich zwar abgeschwächt, was wohl auch an den gesunkenen Energiepreisen gelegen hat. Daher fällt die Teuerung mit jahresdurchschnittlich gut zwei Prozent zwar geringer aus als im vergangenen Jahr, im kommenden Jahr dürfte sie aber deutlich darüber liegen.

Die Investitionen in Gewerbebauten sind im ersten Quartal trotz der widrigen Witterungsverhältnisse kräftig mit gut viereinhalb Prozent gestiegen, nachdem die Produktion zuvor drei Quartale lang rückläufig war. Bei insgesamt moderaten Zuwächsen dürften die Investitionen im Wirtschaftsbau im laufenden Jahr um gut an-

Abbildung 20

Wohnungsbauinvestitionen

Preis-, kalender- und saisonbereinigtes Niveau in Milliarden Euro



Quelle: Statistisches Bundesamt; 2013 und 2014: Prognose des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2013

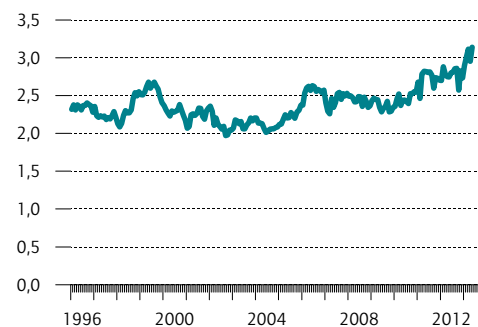
Der Aufwärtstrend setzt sich nach Wintereinbruch fort.

derhalb Prozent und im kommenden um gut zweieinhalb Prozent zulegen.

Die öffentlichen Bauinvestitionen waren am stärksten von ungünstigen Witterungsverhältnissen betroffen, da sie anders als der Wohnungsbau einen geringen Anteil an Ausbautätigkeiten aufweisen. Besonders stark ins Gewicht fällt hier der Tiefbau. Entsprechend sind die öffentlichen Bauinvestitionen im ersten Quartal eingebrochen, um über ein Fünftel. Die Ausfälle im Bereich des öffentlichen Baus dürften rasch nachgeholt werden. Für eine anhaltend dynamische Bautätigkeit sprechen

Abbildung 21

Auftragsbestand in Monaten im Bauhauptgewerbe
Umfragewerte



Quelle: Ifo Institut für Wirtschaftsforschung.

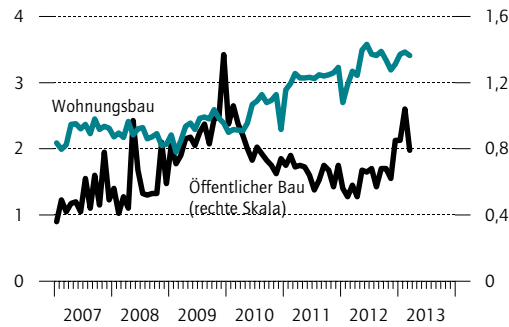
© DIW Berlin 2013

Der Auftragsbestand steigt auf einen Rekordwert.

Abbildung 22

Baugenehmigungen

Veranschlagte Kosten in Milliarden Euro



Quelle: Deutsche Bundesbank.

© DIW Berlin 2013

Die Baugenehmigungen sind mittlerweile auch beim öffentlichen Bau wieder aufwärts gerichtet.

die gut gefüllten öffentlichen Kassen. Die Baugenehmigungen waren nach dem durch die Konjunkturprogramme hervorgerufenen Boom vorübergehend deutlich gesunken, seit einem Jahr ziehen sie aber wieder merklich an (Abbildung 22). Für das laufende Jahr ist ein Anstieg um gut vier Prozent zu erwarten, für das kommende Jahr von knapp zwei Prozent.

Insgesamt werden die Bauinvestitionen im Durchschnitt dieses Jahres zwei Prozent höher liegen als im Jahr 2012 und im kommenden Jahr um gut vier Prozent zulegen.

Außenhandel: Importe entwickeln sich dynamischer als Exporte

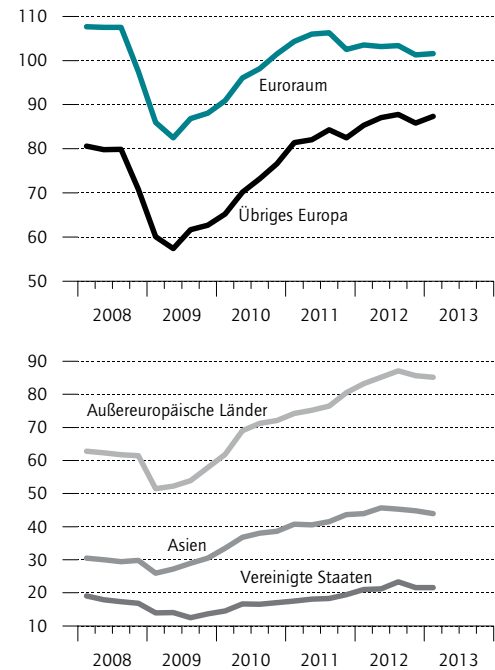
Nachdem die Exporte im vierten Quartal 2012 deutlich gegenüber dem Vorquartal zurückgegangen waren, sind sie auch im ersten Quartal 2013 noch einmal um knapp zwei Prozent gesunken. Verantwortlich für den Einbruch der Exporte war die spürbare Abschwächung der Weltkonjunktur; insbesondere die Ausfuhren in wichtige Absatzmärkte außerhalb Europas wie die Vereinigten Staaten und Asien waren in den vergangenen beiden Quartalen rückläufig (Abbildung 23). Demgegenüber nahmen die Lieferungen in den Euroraum und in die übrigen europäischen Länder zuletzt leicht zu, wobei etwa die Nachfrage aus dem Vereinigten Königreich besonders kräftig stieg.

Da die Auslandsnachfrage nach und nach kräftiger werden dürfte (Abbildung 24), werden auch die realen Ausfuhren ab dem zweiten Quartal wieder expandieren. Da-

Abbildung 23

Exporte nach Regionen

Saisonbereinigte Warenausfuhren in Milliarden Euro



Quellen: Deutsche Bundesbank; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2013

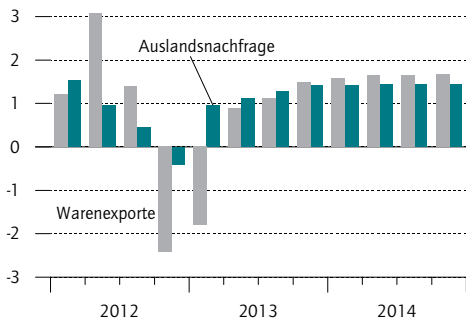
Die Ausfuhren in die außereuropäischen Länder waren rückläufig, während sich die Nachfrage aus den europäischen Ländern wieder erhöht hat.

für spricht, dass sich laut Unternehmensumfragen die Geschäftserwartungen zuletzt verbessert haben. Die Exporterwartungen der Unternehmen insgesamt haben aufgrund der Unsicherheit über die Entwicklung der Auslandsnachfrage zwar nahezu stagniert, die Erwartungen der Vorleistungs- und Investitionsgüterindustrie jedoch, die als Frühindikatoren für die allgemeine Exportentwicklung gelten, haben sich zuletzt deutlich verbessert. Auch die Hersteller von Maschinen blicken zuversichtlicher in die Zukunft. Darüber hinaus sind die Ausfuhren in die Länder außerhalb der EU im April kräftig gegenüber dem Vormonat gestiegen.

In den kommenden Quartalen werden die Exporte zunächst noch von der schwachen Entwicklung in wichtigen Abnehmerländern wie Frankreich und Spanien gedämpft. Da die deutschen Exporte aber auf einem breiten Fundament stehen und außereuropäische Absatzmärkte an Gewicht gewinnen, dürfte sich die Dynamik im weiteren Verlauf etwas verstärken. Impulse für die deutschen Ausfuhren dürften insbesondere aus den USA und einigen Schwellenländern kommen. Ins-

Abbildung 24

Auslandsnachfrage und deutsche Exporte
Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Prozent



Quellen: Datastream; Deutsche Bundesbank; Berechnungen des DIW Berlin; 2013 und 2014: Prognose des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2013

Bei anziehender Auslandsnachfrage nehmen die Exporte wieder zu.

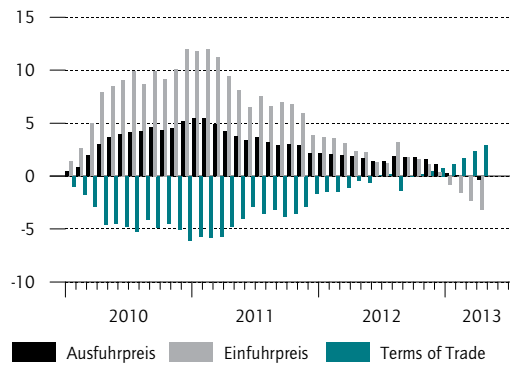
gesamt werden die Exporte in diesem Jahr aufgrund der rückläufigen Entwicklung im Winterhalbjahr 2012/2013 um knapp ein Prozent unter dem Vorjahreswert liegen. Bei anziehender Auslandsnachfrage und abnehmender Unsicherheit mit Blick auf die Krise im Euroraum dürften die Ausfuhren im kommenden Jahr – auch aufgrund des niedrigen Vorjahresniveaus – mit gut sechs Prozent wieder deutlich zulegen. Auch wenn die deutschen Exporteure auf wichtigen Absatzmärkten weiterhin Marktanteile gewinnen, bleibt die Dynamik bei den Exporten damit hinter der des Welthandels zurück. Dies ist auf die schwache Nachfrage aus dem Euroraum zurückzuführen, der mit rund 40 Prozent nach wie vor der bedeutendste Absatzmarkt der deutschen Ausfuhren ist (Abbildung 24).

Die Importe waren in den vergangenen beiden Quartalen aufgrund der schwachen Investitionen und Ausfuhren rückläufig, obwohl der private Konsum kräftig war. Ab dem zweiten Quartal 2013 dürften die Einfuhren aber wieder zulegen, da dann sowohl die Investitionen als auch die Nachfrage der deutschen Exporteure nach Vorleistungen aus dem Ausland anziehen werden. In diesem Jahr werden die Importe aufgrund des schwachen ersten Quartals wohl nur leicht steigen. Bei kräftiger Inlandsnachfrage dürften die Einfuhren im kommenden Jahr dann mit rund acht Prozent deutlich zunehmen.

Nachdem der Außenbeitrag das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes im Schlussquartal 2012 um 0,7 Prozentpunkte dämpfte, trug er im ersten Quartal 2013 leicht positiv zum Wachstum bei, denn die Importe schrumpften etwas stärker als die Exporte. Da die Ent-

Abbildung 25

Außenhandelspreise
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2013

Die Terms of Trade haben sich seit Herbst 2012 durchgehend verbessert.

wicklung der Importe im Vergleich zu den Exporten im Prognosezeitraum dynamischer verlaufen dürfte, wird der Außenhandel das Wachstum in diesem und im nächsten Jahr leicht bremsen. In diesem Jahr wird er bei 5,8 Prozent in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt liegen, im Jahr 2014 dürfte der Außenbeitrag auf rund fünf Prozent sinken.

Das außenwirtschaftliche Tauschverhältnis (Terms of Trade) entwickelte sich zuletzt weiter günstig. Mit einem Minus von gut drei Prozent fielen die Importpreise im April noch stärker als in den Vormonaten (Abbildung 25). Insbesondere die Energiepreise sind zuletzt deutlich zurückgegangen. Aber auch ohne die Preise für importierte Energie verbilligten sich die Einfuhren im April um mehr als ein Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat. Die Exportpreise sanken im April ebenfalls gegenüber dem Vorjahresmonat, allerdings deutlich weniger stark als die Importpreise. Preisrückgänge waren bei wichtigen Ausfuhrsgütern wie chemischen Erzeugnissen oder Kraftwagen und Kraftwagenteilen zu beobachten. Bei Maschinen gab es weiterhin moderate Preisanstiege, seit Jahresbeginn fielen diese jedoch vergleichsweise gering aus. Die Terms of Trade haben sich damit weiter verbessert.

Insgesamt dürften die Einfuhrpreise in diesem Jahr bei leicht rückläufigen Ölpreisen um knapp zwei Prozent sinken, im Jahr 2014 werden sie bei anziehender Weltkonjunktur leicht steigen. In diesem Jahr werden die Ausfuhrpreise stagnieren, im kommenden dürften sie dann mit einer ähnlichen Rate wie die Importpreise zunehmen. Damit werden sich die Terms of Trade im

Jahr 2013 im Vergleich zum Vorjahr um rund zwei Prozent verbessern, im Durchschnitt des nächsten Jahres bleiben sie konstant.

Öffentliche Finanzen: Entspannte Finanzlage der öffentlichen Hand

Im vergangenen Jahr konnte die öffentliche Hand einen – allerdings geringen – Überschuss erzielen, und auch im Prognosezeitraum dürfte der Gesamtstaat mit einem positiven Finanzierungssaldo abschließen.⁹

Die Steuereinnahmen nehmen in den Jahren 2013 und 2014 deutlich zu, vor allem die Lohnsteuereinnahmen. Nach wie vor ist die Beschäftigung hoch und legt weiter zu; die Lohnsumme nimmt kräftig zu. Dabei steigen auch die Pro-Kopf-Löhne spürbar, und es kommt in der Folge zu merklichen progressionsbedingten Mehreinnahmen. Obwohl in beiden Jahren der Grundfreibetrag erhöht wird, expandieren die Lohnsteuereinnahmen daher in ähnlicher Größenordnung wie in den Vorjahren. Die übrigen Einkommen- und Vermögensteuern entwickeln sich in der Summe hingegen schwach – vor allem im laufenden Jahr. Zwar legt die veranlagte Einkommensteuer nach wie vor dynamisch zu. Die anderen Gewinnsteuern gehen allerdings teilweise zurück, weil die Unternehmens- und Vermögenseinkommen sinken. Wenn sich diese Einkommen ab Mitte des Jahres 2013 erholen, werden die Einkommen- und Vermögensteuern wieder kräftiger zulegen. Auch die Steuern vom Umsatz haben sich zuletzt nur verhalten entwickelt. Allerdings wird der nominale private Konsum ab dem zweiten Quartal 2013 im Vorjahresvergleich spürbar zunehmen. Auch die Mehrwertsteuereinnahmen werden dann stärker expandieren. Alles in allem nehmen die Steuern mit einer deutlich schwächeren Dynamik als in den vergangenen beiden Jahren zu. Sie steigen mit 2,7 Prozent in diesem Jahr und mit 3,5 Prozent im kommenden Jahr.

Auch die Sozialbeiträge expandieren in diesem Jahr weniger stark als im Vorjahr. Zwar wird weiter Beschäftigung aufgebaut, noch dazu nach wie vor im sozialversicherungspflichtigen Bereich, zudem ist die Lohnentwicklung kräftig. Allerdings wurde zu Beginn des Jahres der kumulierte Beitragssatz der gesetzlichen Sozialver-

sicherungen um 0,5 Prozentpunkte zurückgeführt.¹⁰ Im kommenden Jahr nehmen die Sozialbeiträge bei unverändertem Beitragssatz wieder kräftiger zu.

Die übrigen Einnahmen des Staates werden im laufenden Jahr zurückgehen. Dies liegt insbesondere an den empfangenen Vermögenseinkommen. Die Zinseinnahmen sind im zweiten Jahr in Folge rückläufig. Ihr Niveau ist allerdings immer noch höher als vor der Finanzkrise. Das liegt an den gestiegenen Forderungen des Staates, die im Zusammenhang mit der Stützung heimischer Banken, der Finanzierung der Rettungsschirme und der bilateralen Kredite an europäische Krisenländer entstanden sind. Im Zuge einer allmählichen Beruhigung an den Finanzmärkten dürften solche Engagements weiter zurückgeführt werden; in der Folge werden die Zinseinnahmen weiter sinken, allerdings nicht mehr so stark. Demgegenüber dürfte der vereinnahmte Bundesbankgewinn im kommenden Jahr wieder etwas zunehmen, nachdem er in den Jahren 2011 und 2012 sehr niedrig war. Alles in allem werden die Einnahmen des Staates in diesem Jahr mit 2,1 Prozent verhaltener zulegen als im Vorjahr, im kommenden Jahr steigen sie um 3,2 Prozent.

Die Ausgaben des Staates werden im Prognosezeitraum wieder kräftiger als in den Vorjahren zunehmen. So steigen die Arbeitnehmerentgelte mit 3,2 Prozent in diesem und mit vier Prozent im kommenden Jahr deutlich stärker als im Durchschnitt der vergangenen Jahre, denn auch im öffentlichen Dienst waren die Tarifabschlüsse hoch. Die sozialen Sachleistungen werden ebenfalls kräftiger als in den Vorjahren expandieren, als ihr Anstieg durch ausgabenbeschränkende Maßnahmen¹¹ begrenzt wurde.

Auch die monetären Sozialleistungen legen im Prognosezeitraum stärker zu als in den Vorjahren. Zum einen expandieren die Rentenausgaben merklich. So fallen rentenmindernde Faktoren, die den Anstieg der Renten in den vergangenen Jahren begrenzt, im Prognosezeitraum nach und nach weg.¹² Zudem ist die der Rentenanpassung zugrunde liegende Steigerung der sozialversicherungspflichtigen Entgelte hoch. Zum anderen nimmt die Zahl der Arbeitslosen zu, so dass die

⁹ In dieser Prognose sind keine Finanzhilfen in Zusammenhang mit der Flutkatastrophe eingestellt, da sich diese zum Zeitpunkt der Prognose noch nicht hinreichend konkret abzeichneten. Mittlerweile wird ein Volumen von acht Milliarden Euro genannt. Damit wird der Gesamthaushalt in diesem Jahr defizitär sein, und im kommenden Jahr wird ein geringerer Überschuss erreicht werden.

¹⁰ Zu Beginn des Jahres ist der Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung um 0,6 Prozentpunkte gesunken und der Beitragssatz zur sozialen Pflegeversicherung um 0,1 Prozentpunkte gestiegen.

¹¹ Im Jahr 2012 wirkte das Arzneimittelverordnungs-gesetz preisdämpfend.

¹² In den Jahren 2008 und 2009 war der Riesterfaktor, in den Jahren 2005 und 2006 der Nachhaltigkeitsfaktor ausgesetzt worden. Die damals unterlassenen Anpassungen wurden in den Jahren danach nachgeholt. Diese Faktoren minderten die Rentenanpassung letztmalig in den alten Ländern Mitte dieses Jahres, in den neuen Ländern ein Jahr zuvor.

Tabelle 5

Ausgewählte finanzwirtschaftliche Indikatoren¹ 2000 bis 2014

In Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts

	Staatseinnahmen			Staatsausgaben			Finanzierungs- saldo	nachrichtlich: Zins-/Steuer- quote ²	Schulden- stand nach Maastricht
	insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:				
		Steuern	Sozial- beiträge		Zins- ausgaben	Brutto- investitionen			
2000 ³	45,9	23,3	18,5	47,2	3,2	1,9	-1,3	13,6	59,7
2001	44,3	21,7	18,3	47,4	3,1	1,8	-3,1	14,1	58,8
2002	43,8	21,4	18,3	47,7	2,9	1,8	-3,8	13,8	60,4
2003	44,0	21,4	18,4	48,1	3,0	1,6	-4,1	14,0	64,0
2004	43,3	21,1	18,1	47,1	2,9	1,5	-3,8	13,6	66,3
2005	43,6	21,4	17,9	46,9	2,8	1,4	-3,3	13,3	68,6
2006	43,7	22,2	17,3	45,3	2,9	1,5	-1,7	12,9	68,1
2007	43,7	23,0	16,5	43,5	2,8	1,5	0,2	12,3	65,2
2008	44,0	23,1	16,5	44,1	2,8	1,6	-0,1	11,9	66,8
2009	45,1	23,1	17,3	48,2	2,7	1,7	-3,1	11,6	74,5
2010 ⁴	43,6	22,0	16,9	47,9	2,5	1,7	-4,3	11,6	82,4
2011	44,5	22,7	16,9	45,3	2,5	1,6	-0,8	11,2	80,4
2012	45,1	23,4	17,0	45,0	2,4	1,5	0,1	10,3	81,9
2013	44,9	23,4	16,9	44,8	2,3	1,6	0,1	10,0	80,3
2014	44,8	23,4	16,9	44,4	2,3	1,6	0,4	9,7	77,7

¹ In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.² Zinsausgaben des Staates in Relation zum Steueraufkommen.³ Ohne Erlöse aus der Versteigerung von UMTS-Lizenzen (50,8 Milliarden Euro).⁴ Ohne Erlöse aus der Versteigerung der Mobilfunklizenzen (4,4 Milliarden Euro).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin; 2013 und 2014: Prognose des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2013

Ausgaben des Staates für Lohnersatzleistungen in beiden Jahren steigen.¹³

Die Investitionen des Staates sind im vergangenen Jahr infolge des Wegfalls der Konjunkturpakete eingebrochen. Im Prognosezeitraum wird sich die Investitionstätigkeit der öffentlichen Hand hingegen spürbar beleben. Zum einen ist die Finanzlage der Kommunen, dem Hauptinvestor der öffentlichen Hand, gut; in ihrer Gesamtheit erzielen sie seit dem Jahr 2011 Überschüsse, die im Prognosezeitraum weiter zunehmen werden. Zum anderen ist der Investitionsbedarf groß. Vor diesem Hintergrund dürften die Investitionen in den Jahren 2013 und 2014 mit jeweils 3,7 Prozent zulegen.

Die Zinsausgaben des Staates sind in den vergangenen Jahren kräftig gesunken. Die Unsicherheit, die im Zuge der Finanzkrise zugenommen hatte, veranlasste Kapitalgeber, nach sicheren Anlagen zu suchen. Deutsche Staatspapiere wurden als solche gesehen, und der deutsche Fiskus konnte auf sehr günstige Finanzierungs-

konditionen zurückgreifen. Mit der allmählichen Beruhigung der Finanzmärkte dürften diese Sondereffekte nach und nach auslaufen. Dann werden die Ausgaben für den Schuldendienst allmählich wieder zunehmen.

Alles in allem schließen die öffentlichen Haushalte in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt mit einem Überschuss von 0,1 Prozent in diesem und von 0,4 Prozent im kommenden Jahr ab (Tabelle 5). Der steigende Überschuss in laufender Rechnung ist aber allein Reflex der konjunkturellen Entwicklung. In struktureller, also um konjunkturelle Einflüsse bereinigter, Betrachtung nimmt der Überschuss in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt um 0,4 Prozentpunkte in diesem Jahr zu und verharrt im kommenden Jahr auf diesem Wert. Die strukturelle Überschussquote liegt in beiden Jahren des Prognosezeitraums bei 0,9 Prozent.

Die wirtschaftliche Entwicklung in der mittleren Frist

Für die Projektion der wirtschaftlichen Entwicklung in der mittleren Frist wird angenommen, dass sich die Weltwirtschaft robust entwickelt. Während sich das Wachstum in den entwickelten Volkswirtschaften

¹³ Nach den Arbeitsmarktreformen im Jahr 2005 haben diese Ausgaben nur im Jahr 2009 zugenommen, als die Finanzkrise die Realwirtschaft fest im Griff hatte und zudem die Kurzarbeiterregelung zum Zweck der Konjunkturstimulierung am stärksten in Anspruch genommen wurde.

Tabelle 6

Verwendung des nominalen Bruttoinlandsprodukts

	Bruttoinlands- produkt	Konsumausgaben		Brutto- investitionen	Außen- beitrag
		Private Haus- halte	Staat		
In Milliarden Euro					
2007	2428,5	1356,7	434,0	447,9	170,0
2012	2644,2	1523,7	515,2	464,6	149,3
2017	3114,6	1790,8	613,2	579,5	137,7
Anteile am BIP					
2007	100	55,9	17,9	18,4	7
2012	100	57,6	19,5	17,6	5,6
2017 ¹	100	57 1/2	19 3/4	18 1/2	4 1/2
Jahresdurchschnittliche Veränderung in Prozent					
2012/2007	1,7	2,3	3,5	-0,5	-
2017/2012 ¹	3 1/4	3 1/4	3	4	-

¹ In dieser Projektion sind die Vorausschätzungen auf 1/4-Prozentpunkte gerundet.
Quellen: Statistisches Bundesamt, Projektion des DIW Berlin

© DIW Berlin 2013

gegenüber den Jahren vor der Finanzkrise abschwächt, bleibt die Dynamik in den Schwellenländern hoch. Im Euroraum werden sich die strukturellen Anpassungen noch bis zum Ende des Projektionszeitraums fortsetzen, und die wirtschaftliche Expansion wird gedämpft verlaufen. In anderen entwickelten Volkswirtschaften wie den USA wird das Wachstum mittelfristig wieder anziehen, aber hinter dem Expansionstempo der Vorkrisenjahre zurückbleiben.

Unter diesen Rahmenbedingungen wird der Welthandel real um jahresdurchschnittlich rund sechs Prozent steigen. Der Ölpreis und der Wechselkurs zwischen Dollar und Euro werden für die mittlere Frist auf konstant dem für Ende 2014 angenommenen Niveau verharren. Der Ölpreis wird demnach bei 98,1 Dollar pro Barrel liegen, der Wechselkurs bei 1,30 Dollar pro Euro.

Die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank wird vor dem Hintergrund der moderaten konjunkturellen Entwicklung im Euroraum expansiv ausgerichtet sein, zumal die Inflation im Euroraum nicht wesentlich ansteigen wird, denn die Kapazitätsauslastung bleibt niedrig. Für Deutschland wirkt die Geldpolitik damit sehr expansiv. Bei geltender Rechtslage dürfte die Finanzpolitik in der mittleren Frist in etwa neutral ausgerichtet sein und die Vorgaben der Schuldenbremse dürften im Projektionszeitraum erfüllt werden.

Das Wirtschaftswachstum in Deutschland wird zunehmend von der Binnenwirtschaft getragen. Die gute Entwicklung der Beschäftigung und steigende Reallöhne werden den privaten Konsum anregen (Tabelle 6). Auch der Staatskonsum wird kräftig zulegen, denn die Arbeitnehmerentgelte im öffentlichen Dienst werden sich in

Kasten 4

Potentialwachstum

Die mittelfristige Projektion des Produktionspotentials beruht auf dem Methodenrahmen, der von der Europäischen Kommission verwendet wird.¹ Als Grundlage für die Potential-schätzung dient eine Cobb-Douglas-Produktionsfunktion mit den Einsatzfaktoren Arbeit und Kapital. Zusätzlich wird das Trendwachstum der Totalen Faktorproduktivität (TFP) berücksichtigt. Dieser Trend wird aus dem Solow-Residuum berechnet und erfasst jenen Teil des Produktionspotentials, der nicht durch die Faktoren Arbeit und Kapital erklärt werden kann.

Die Investitionen steigen aufgrund der kräftigen Nachfrageentwicklung und des günstigen Finanzierungsumfelds bis 2017 stärker als das Produktionspotential. Daraus ergibt sich über den Projektionszeitraum ein durchschnittlicher Wachstumsbeitrag des Faktors Kapital von 0,4 Prozentpunkten. Das potentielle Arbeitsvolumen in Stunden wird durchschnittlich einen Wachstumsbeitrag von 0,1 Prozentpunkten leisten. Dies wird vor allem durch eine höhere Erwerbsbeteiligung erreicht, die im Projektionszeitraum um jahresdurchschnittlich 0,3 Prozentpunkte steigen wird. Diese Zunahme ergibt sich insbesondere über eine erhöhte Erwerbsquote von Frauen und Personen über 55 Jahren. Damit wird angenommen, dass sich die seit Mitte der 2000er Jahre zu beobachtende Entwicklung fortsetzt. Die strukturelle Erwerbslosenquote als weiterer Bestimmungsfaktor des potentiellen Arbeitsvolumens ist seit Anfang des vergangenen Jahrzehnts

¹ Für eine ausführliche Beschreibung dieser Methode siehe D'Auria, F., Denis, C., Havik, K., Mc Morrow, K., Planas, C., Raciborski, R., Röger, W., Rossi, A. (2010): The Production Function Methodology for Calculating Potential Growth Rates and Output Gaps. European Commission, Economic Papers 420.

vergleichbarem Ausmaß wie in der Gesamtwirtschaft erhöhen. Der Wohnungsbau und die Ausrüstungsinvestitionen entwickeln sich, auch dank der günstigen Finanzierungsbedingungen, weiter robust. Angesichts der entspannten Finanzlage der öffentlichen Haushalte wird sich der öffentliche Bau merklich beleben. Die Investitionsquote wird mittelfristig deutlich steigen. Die Exporte werden aufgrund der weltwirtschaftlichen Nachfragesituation und der sich lohnbedingt leicht verschlechternden preislichen Wettbewerbsfähigkeit weniger stark expandieren als im Durchschnitt des vergangenen Jahrzehnts. Der Anteil der Exporte in die Euroländer wird dabei zurückgehen und die Bedeutung der Länder außerhalb des Euroraums zunehmen (Tabelle 7).

Die kräftige binnenwirtschaftliche Entwicklung wird zu einer spürbaren Zunahme der Importe führen, die stär-

ausgehend von rund neun Prozent bereits stark zurückgegangen und wird sich bis 2017 auf rund fünf Prozent weiter zurückbilden. Die durchschnittliche Arbeitszeit je Erwerbstätigem wird leicht rückläufig sein und jährlich um 0,1 Prozent sinken.

Auch die natürliche Entwicklung des Erwerbspersonenpotentials, also der Personen zwischen 15 und 74 Jahren, ist im Projektionszeitraum rückläufig.² Dies kann durch den positiven Wanderungssaldo nicht ausgeglichen werden. Der Wanderungssaldo³ von 369 000 Personen im Jahr 2012 wird sich bis zum Ende des Projektionszeitraums auf 170 000 zurückbilden.⁴ Die Arbeitslosigkeit und insbesondere die Jugendarbeitslosigkeit bleiben in den Krisenländern des Euroraums hoch und werden viele Personen zur Auswanderung in die stabilen Länder wie Deutschland motivieren. So stieg im Jahr 2012 die Zuwanderung aus Italien, Spanien, Griechenland und Portugal jeweils um 40 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Allerdings ist der Anteil dieser Länder an der gesamten Zuwanderung weiterhin niedrig.⁵

2 Für die natürliche Entwicklung des Erwerbspersonenpotentials in der mittleren Frist wird die 12. Vorausberechnung des Statistischen Bundesamtes (Modellrechnung „Wanderungssaldo Null“) aus dem Jahre 2009 herangezogen und für die vergangenen Jahre an die tatsächliche Entwicklung der Bevölkerung angepasst.

3 Statistisches Bundesamt: Weiter hohe Zuwanderung nach Deutschland im Jahr 2012. Pressemitteilung vom 7. Mai 2013

4 Damit wird der Wanderungssaldo auf das Niveau zurückgeführt, das vom Statistischen Bundesamt in der Variante 1-W2, mittlere Bevölkerung, Obergrenze, angenommen wird (vgl. Statistisches Bundesamt, 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, 2009).

5 Das bedeutendste Ursprungsland Polen hat einen Anteil von 16,5 Prozent an der Zuwanderung und damit ungefähr so viel, wie die vier großen südeuropäischen Länder zusammen.

Tabelle

Wachstum des realen Produktionspotentials
Jahresdurchschnittliche Veränderung in Prozent

	2007-2012	2012-2017
Produktionspotential	1,3	1,2
Wachstumsbeiträge		
Arbeitsvolumen	0,3	0,1
Kapitalvolumen	0,4	0,4
Totale Faktorproduktivität	0,6	0,7

Differenzen bei der Aggregation entstehen durch Rundungseffekte.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Europäische Kommission; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2013

Darüber hinaus ist davon auszugehen, dass sich die Zuwanderung aus den Krisenländern mit der dortigen wirtschaftlichen Entspannung abschwächt. Aus Mittel- und Osteuropa ist eine hohe Zuwanderung nach Deutschland zu erwarten. Nächstes Jahr wird den Arbeitnehmern aus Bulgarien und Rumänien die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit gewährt, so dass es zu einem merklichen Anstieg der Zuwanderung im Jahr 2014 kommen wird. Insgesamt verringert sich das Erwerbspersonenpotential um jahresdurchschnittlich 0,3 Prozent.

Schließlich wird der Trend der Totalen Faktorproduktivität einen Wachstumsbeitrag von 0,7 Prozentpunkten leisten. Alles in allem wird gemäß der vorliegenden Prognose das reale Produktionspotential mittelfristig bis 2017 um jahresdurchschnittlich 1,2 Prozent zunehmen (Tabelle im Kasten).

Tabelle 7

Erwerbstätige, Beschäftigte und Arbeitszeit

	Erwerbstätige (Inland)	Beschäftigte Arbeitnehmer (Inland)	Arbeitszeit je Erwerbstätigen	Bruttoinlandsprodukt				
				preisbereinigt, verkettete Volumenswerte				
				insgesamt	je Erwerbs- tätigen	je Erwerbs- tätigenstunde	in jeweiligen Preisen	Deflator
	in Millionen		in Stunden	in Mrd. Euro	in Euro	in Euro	in Mrd. Euro	2005 = 100
2007	39 857	35 359	1 422	2 382,2	59 769	42,0	2 428,5	101,9
2012	41 619	37 076	1 397	2 468,0	59 300	42,4	2 644,2	107,1
2017	42 084	37 596	1 393	2 634,6	62 604	44,9	3 114,6	118,2
Jahresdurchschnittliche Veränderung in Prozent								
2012/2007	0,9	1,0	-0,4	0,7	-0,2	2,0	1,7	1,0
2017/2012 ¹	1/4	1/4	-0,1	1 1/4	1	1 1/4	3 1/4	2

¹ In dieser Projektion sind die Vorausschätzungen auf 1/4-Prozentpunkte gerundet.
Quellen: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des DIW Berlin

© DIW Berlin 2013

ker als die Exporte steigen. Der Außenbeitrag in Relation zum Bruttoinlandsprodukt verringert sich daher merklich. Auch der Leistungsbilanzsaldo wird zurückgehen.

Alles in allem wird das reale Bruttoinlandsprodukt zwischen 2012 und 2017 jahresdurchschnittlich um

1,3 Prozent ansteigen. Die seit der zweiten Jahreshälfte 2012 negative Produktionslücke wird sich erst am Ende des Projektionszeitraums 2017 schließen (Kasten 4). Das nominale Bruttoinlandsprodukt wächst jahresdurchschnittlich um $3\frac{1}{4}$ Prozent, die Teuerung liegt bei knapp zwei Prozent.

Wirtschaftspolitik: Handlungsbedarf in Europa und in Deutschland

Im Vorfeld der Bundestagswahl im September dieses Jahres wendet sich die wirtschaftspolitische Diskussion wieder mehr binnenwirtschaftlichen Themen zu. Die Wahlprogramme der Parteien gehen zwar auch auf die Krise im Euroraum ein, der größte Teil bezieht sich allerdings auf nationale Fragestellungen.

Zum einen treten vermehrt steuerpolitische Fragen in den Vordergrund. Dabei steht eine Vielzahl von steuerlichen Vorschlägen oder Eingriffen zur Diskussion, wie sie sich bereits in früheren Wahlprogrammen fand. Eine Rolle spielen beispielsweise familienpolitische Überlegungen oder Verteilungsfragen, aber auch eine Beseitigung der Effekte, die die kalte Progression auf das Steueraufkommen hat. Im Gegensatz zu früheren Jahren sehen die aktuellen Vorhaben aber nur Maßnahmen vor, die mit relativ geringen Steuerausfällen verbunden wären. Eine nennenswerte Reduktion der Steuerbelastung im Allgemeinen findet sich kaum. Im Gegenteil: Eine Vielzahl von Überlegungen ist mit einer Erhöhung der Steuerbelastung, wenn auch häufig begrenzt auf bestimmte Einkommensgruppen oder Einkommensarten, verknüpft. Die Finanzkrise und die Folgen der Krise im Euroraum, möglicherweise auch die Implementierung der Schuldenbremse, scheinen in einen Wandel der gesellschaftlichen und politischen Prioritätensetzung gemündet zu sein: Konsolidierte Staatsfinanzen stehen weit oben auf der Agenda.

Die Wahlprogramme decken aber ein wesentlich weiteres Feld ab. Beispielsweise finden sich neben dem Themenkomplex „Energiewende“ die Forderung nach einem einheitlichen Mindestlohn oder Reformansätze im Bereich der Sozialversicherungen, vor allem im Gesundheitswesen. Vorgeschlagen wird eine Vielzahl von Maßnahmen, die zum Teil zumindest in der längeren Frist mit erheblichen Mehrausgaben verbunden sind, die großenteils konsumtiver Natur sind. Zwar muss mit der Umsetzung eines Wahlprogrammes insgesamt nicht unbedingt eine Verschlechterung der Finanzsituation des Staates einhergehen, da sich Maßnahmen auf der Einnahmen- und Ausgabenseite ausgleichen können. In der Regel ist dies nicht der Fall.

Die aktuelle Situation der öffentlichen Haushalte ist dadurch gekennzeichnet, dass die Gebietskörperschaften unter der Annahme einer unveränderten Finanzpolitik in der mittleren Frist hohe Überschüsse erzielen

werden. Trotzdem sollte die Politik Augenmaß bewahren: Die Haushaltsspielräume sind schwer erarbeitet worden. Sie sollten nicht für Wahlgeschenke verausgabt werden. Wünschenswert wäre ein geschlossenes Konzept, in dem sowohl auf die langfristige Tragfähigkeit der Staatsfinanzen geachtet wird als auch auf der Ausgabenseite die richtigen Prioritäten gesetzt werden. Mehrausgaben, die das Wachstumspotential erhöhen – auch solche sind teilweise in den politischen Programmen angedacht – können dabei durchaus sinnvoll sein.

Trotz der stärker in den Fokus rückenden binnenwirtschaftlichen Themen nimmt die Krise im Euroraum nach wie vor viel Aufmerksamkeit in Anspruch. Dies zeigt sich auch daran, dass in den Wahlprogrammen Fragen der Finanzmarktregulierung ein zentrales Thema sind. Zuletzt scheint die Krise an Schärfe verloren zu haben; dies darf aber keinesfalls Anlass zu einer Reduzierung der Anstrengungen sein, das institutionelle Gefüge in der Währungsunion zu reformieren, um künftigen Herausforderungen gerecht zu werden. Die in den vergangenen Jahren geschaffenen Maßnahmen zur Stabilisierung der Finanzmärkte haben vorübergehend für eine Beruhigung der Märkte gesorgt – darunter insbesondere die Bildung der Europäischen Rettungsfazilitäten EFSF und ESM sowie die Ankündigung der Europäischen Zentralbank vom vergangenen September, gegebenenfalls – und gegen strikte Auflagen – stabilisierend auf den Märkten für Staatsanleihen einzugreifen.

Eine dauerhafte Lösung für die strukturellen Probleme in der Währungsunion sind diese Stabilisierungsmaßnahmen allerdings nicht. Sie schaffen allenfalls die Zeit, die dringend für eine Fortsetzung der institutionellen Neuordnung der Währungsunion und der Reformen in den Krisenländern notwendig ist und genutzt werden sollte. Umso bedenklicher ist, dass die Diskussion auf europäischer Ebene in Detailfragen abgeglitten ist, während grundsätzliche Aspekte in den Hintergrund getreten sind. So wurde in den ersten Monaten der Krise ein Insolvenzrecht für Staaten breit thematisiert: Nur ein geordnetes Verfahren bei drohenden Staatspleiten gewährleistet, dass sich die Staatengemeinschaft nicht mehr zur Unterstützung gezwungen sieht; nur mit der Schaffung einer Insolvenzordnung wird die No-bail-out-Regel in der Währungsunion überhaupt durchsetzbar und damit glaubhaft. Davon hängen wiederum die – er-

wünschten – Anreizwirkungen auf Seiten der Gläubiger ab, die bei einer drohenden Überschuldung von Staaten zu zurückhaltender Kreditvergabe führen sollten. Durch die Schaffung der europäischen Rettungsschirme wird der Marktmechanismus stattdessen ausgehebelt. Als Übergangslösung war dieser Schritt sinnvoll und notwendig, eine dauerhafte Lösung ist er aber nicht; vielmehr ist es erforderlich, sowohl auf Seiten der Gläubiger wie auch auf Seiten der Schuldner die Anreize so zu setzen, dass künftig Fehlentwicklungen durch Marktmechanismen so weit als möglich vermieden werden.

Nachholbedarf besteht auch weiterhin im Bereich der europäischen Bankenaufsicht und -abwicklung. Beschlossen wurde mittlerweile, dass die Europäische Zentralbank (EZB) ab März 2014 für eine supranationale Aufsicht über Teile des Bankensektors zuständig sein wird. Während eine gemeinsame EU-Bankenaufsicht grundsätzlich zu begrüßen ist, beinhaltet die gefundene Lösung allerdings Risiken: Zwischen Geldpolitik und Bankenaufsicht kann es zu Zielkonflikten kommen, die die Einhaltung des Primärziels der EZB – die Wahrung der Preisstabilität – gefährden können; so könnten Zinsentscheidungen durch das Wissen um Instabilitäten im Bankensystem beeinflusst werden. Deshalb ist eine strikte Trennung beider Funktionen unerlässlich, um die Glaubwürdigkeit und Effektivität der EZB langfristig zu gewährleisten. Problematisch könnte zudem werden, dass nur die Großbanken unter EZB-Aufsicht gestellt werden sollen, während die kleineren Banken weiter unter der Aufsicht der nationalen Behörden bleiben.¹⁴ Die sich hieraus möglicherweise ergebende Regulierungsarbitrage, also die Ausnutzung unterschiedlich strikter Regulierung der verschiedenen Aufsichtsbehörden, könnte zu Ineffizienzen, Fehlallokationen von Kapital und so gegebenenfalls zur Vergrößerung der Ungleichgewichte im Euroraum führen, die durch die Schaffung einer gemeinsamen Aufsicht gerade verhindert werden sollte.

Ein Konflikt unter den Mitgliedsländern zeichnet sich bei der Schaffung eines gemeinsamen Rechtsrahmens für die Bankenabwicklung ab, insbesondere hinsichtlich der Frage des Umgangs mit in der Vergangenheit aufgelaufenen Belastungen der Mitgliedsstaaten aus der Abwicklung von Banken. Weitere Unstimmigkeit besteht hinsichtlich der institutionellen Ausgestaltung; Noch für Juni ist ein Richtlinienentwurf der Europäischen Kommission zur Einrichtung einer gemeinsamen Behörde zur Bankenabwicklung angekündigt, die eingreifen soll, wenn eine in mehreren EU-Ländern aktive Bank in Zahlungsschwierigkeiten gerät. Einige europäische Länder

befürworten hingegen ein Netzwerk der bestehenden nationalen Aufsichtsbehörden. Ein solches Netzwerk kommt allenfalls als Übergangslösung in Betracht; langfristig ist es erforderlich, dass Bankenaufsicht und Bankenabwicklung auf der gleichen Ebene angesiedelt sind.

Ob und wie eine europäische Institution zur Bankenabwicklung ausgestaltet sein soll, sollte bald geklärt werden; grundsätzliche Überlegungen hinsichtlich der Effektivität einer solchen Institution dürfen dabei aber nicht außer Acht gelassen werden. Vorbehalte gegen eine europäische Abwicklungsbehörde und insbesondere gegen die damit verbundene Einrichtung eines europäischen Abwicklungsfonds sind mit Blick auf mögliche Fehlreize im Prinzip nachvollziehbar. So besteht die Gefahr, dass die nationalen Regierungen die Geschäftsbanken in die Finanzierung riskanter Projekte, insbesondere in die Finanzierung von Staatsschulden, drängen, wenn ein supranationaler Abwicklungsfonds im Problemfall eingreift. Dies lässt sich aber durch eine wirksame Aufsicht auf europäischer Ebene verhindern. Der Verlauf der Krise etwa in Irland oder Spanien zeigt, dass es sinnvoll ist, die Situation des Bankensektors in einem Mitgliedsland der Währungsunion von der Finanzlage des jeweiligen Nationalstaates zu entkoppeln; durch die Bildung eines europäischen Bankenabwicklungsfonds kann das Übergreifen einer Krise im Bankensystem auf die Staatsfinanzen wirkungsvoll verhindert werden. So ist vereinbart, dass der bestehende Rettungsfonds ESM – der ursprünglich nur zur Stabilisierung der Staatsfinanzen gedacht war – auch zur direkten Rekapitalisierung von Banken eingesetzt werden darf, sobald die EZB die gemeinsame Aufsicht über die europäischen Banken übernommen hat. Eine solche Funktion des ESM wäre unnötig und die mit der Abwicklung von Banken verbundenen Belastungen zielgerichteter und transparenter verwaltet, wenn hierfür eine eigene Institution verantwortlich wäre.

Nicht nur auf europäischer Ebene, auch in den Krisenländern und vielen anderen Mitgliedsstaaten besteht trotz teilweise erheblicher Fortschritte beim Abbau der wirtschaftlichen Ungleichgewichte weiterhin Handlungsbedarf. So kritisiert die Europäische Kommission in ihrem Ende Mai veröffentlichten Bericht im Rahmen des Europäischen Semesters beispielsweise die geringen Fortschritte in Frankreich. Nach Einschätzung der Kommission beeinträchtigen mangelnder Wettbewerb in einzelnen Wirtschaftsbereichen, verkrustete Arbeitsmärkte und ein ineffizientes Steuersystem die internationale Wettbewerbsfähigkeit der zweitgrößten Volkswirtschaft im Euroraum.¹⁵

¹⁴ In Deutschland werden voraussichtlich unter anderen die Deutsche Bank, die Commerzbank, die DZ Bank, die großen Landesbanken sowie einzelne große Sparkassen und Genossenschaftsbanken unter EZB-Aufsicht gestellt, rund 1 500 kleinere Institute bleiben weiter unter der Aufsicht der BaFin.

¹⁵ Zu den länderspezifischen Empfehlungen der Europäischen Kommission im Rahmen des Europäischen Semesters vgl. http://ec.europa.eu/europe2020/index_en.htm.

In vielen Krisenländern schwächt eine zurückhaltende Kreditvergabe der Banken die realwirtschaftliche Entwicklung. Neben geldpolitischen Auswegen aus dieser Problematik stehen auch Sonderkredite in der Diskussion; beispielsweise sollen über die deutsche Förderbank KfW Kredite mit einem Volumen von bis zu einer Milliarde Euro in den Krisenländern vergeben werden. Dies dürfte aber nur eine geringe Wirkung haben, zumal die zurückhaltende Kreditvergabe vielerorts nicht nur angebotsseitig bedingt sein dürfte; gedämpft ist auch die Nachfrage nach Krediten, vor allem wegen der schlechten Absatzperspektiven im Umfeld hoher Arbeitslosigkeit und restriktiver Finanzpolitik.

Von dem eingeschlagenen Konsolidierungskurs abzuweichen, ist trotzdem nicht ratsam. Jüngste Vorschläge der Europäischen Kommission, die Defizitregel des Stabilitäts- und Wachstumspakts aufzuweichen, weisen in die falsche Richtung. Konkret sollen nach dem Kommissionsvorschlag Kosten, die durch die Kofinanzierung von EU-Projekten entstehen, auf das Defizit angerechnet und so die Nutzung der Strukturfondsmittel attraktiver gestaltet werden. Zwar mag es richtig sein, dass sich beispielsweise Griechenland die Kofinanzierung kaum leisten kann und daher ein Teil der Mittel nicht abgerufen wird. Allerdings hat die Kommission die Kofinanzierungssätze für die Krisenländer ohnehin reduziert und so die Hürde deutlich gesenkt. Außerdem war die Kommission bei der Identifikation förderungswürdiger – weil wachstumsfördernder – Projekte in der Vergangenheit nicht immer treffsicher.

Fatal wäre vor allem das politische Signal, das von einer Aufweichung des eben erst verschärften Stabilitäts- und Wachstumspakts und einer Abkehr vom eingeschlagenen Sparkurs ausgehen würde. Seit drei Jahren versuchen die Mitgliedsländer der Währungsunion, das Vertrauen der Finanzmärkte zurückzugewinnen. Jetzt die Regeln zu lockern, nachdem sich die Märkte gerade zu beruhigen scheinen, wäre ein Fehler und alles andere als vertrauensbildend. Dies gilt umso mehr, als die Entspannung an den Märkten wohl in erster Linie auf die Stabilisierungspolitik der Europäischen Zentralbank zurückzuführen ist und nicht auf ein steigendes Vertrauen in die Wirtschaftspolitik der Mitgliedsländer. Es könnte sich als höchst gefährlich erweisen, wenn in Folge der aktuellen Beruhigung an den Märkten von dem Stabilisierungspfad abgewichen wird, der an der Beseitigung struktureller Problemen ausgerichtet ist.

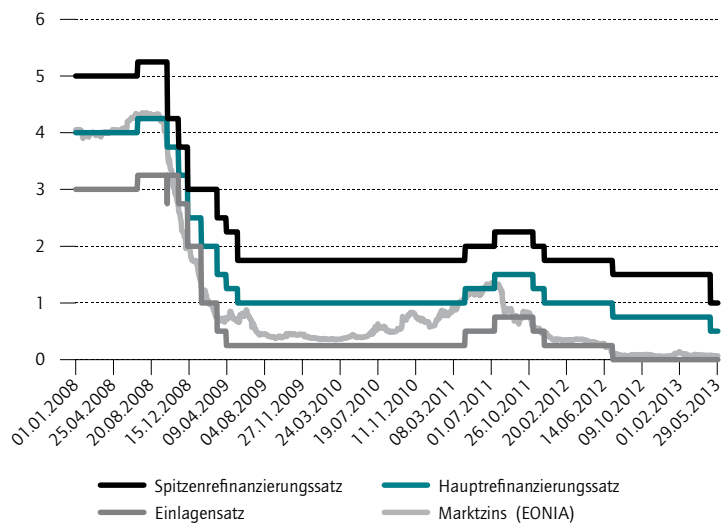
Geldpolitik: Transmissionskanal in den Krisenländern stärken

Auf ihrer Ratssitzung Anfang Mai hat die Europäische Zentralbank (EZB) erstmals seit Juli 2012 eine Leitzins-

Abbildung 26

EZB – Zinssätze

In Prozent



Quelle: Deutsche Bundesbank.

© DIW Berlin 2013

Der Hauptrefinanzierungssatz wurde auf 0,5 Prozent gesenkt und die Korridorbreite auf 100 Basispunkte reduziert.

änderung beschlossen und den Hauptrefinanzierungssatz um 25 Basispunkte gesenkt. Damit liegt das Zinsniveau nun auf historisch niedrigem Niveau von 0,5 Prozent (Abbildung 26).

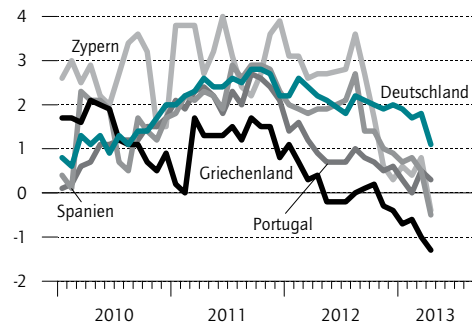
Die Zinssenkung ist angesichts der nach wie vor niedrigen Inflation im Euroraum durchaus gerechtfertigt, auch wenn nicht zu erwarten ist, dass dieser Schritt eine nennenswerte Wirkung auf die Finanzierungsbedingungen der Unternehmen im Euroraum haben wird. Gemessen am harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) fiel die Inflation seit August vergangenen Jahres kontinuierlich und erreichte im April dieses Jahres ihren bisher niedrigsten Stand von 1,2 Prozent. Die erste Schätzung für Mai zeigt einen leichten Anstieg der Preissteigerungsrate auf 1,4 Prozent.

Dabei ist die Preisentwicklung in den einzelnen Euroländern nach wie vor sehr heterogen. In Griechenland rutschte die Inflationsrate im März in den negativen Bereich; im Mai lag sie bei -0,6 Prozent. Auch in Portugal, Spanien, Irland und Zypern sind Anzeichen für eine deflationäre Entwicklung zu erkennen; die Gesamtinflationsrate ist in diesen Ländern deutlich gesunken. In Zypern und Spanien fielen die Inflationsraten zu konstanten Steuersätzen bereits in den negativen Bereich (Abbildung 27).

Die heterogene Preisentwicklung in den verschiedenen Ländern stellt einerseits einen Anpassungsschritt zur

Abbildung 27

Inflation zu konstanten Steuersätzen
In Prozent



Quelle: Eurostat.

© DIW Berlin 2013

Die Inflationsraten zu konstanten Steuersätzen weisen auf deflationäre Tendenzen in einigen Krisenländern hin.

Konvergenz der Wettbewerbsfähigkeit innerhalb des Euroraums dar. Andererseits erschwert die niedrige Inflation den Abbau der hohen Verschuldung des Staates und des privaten Sektors. Außerdem wird der Spielraum der Finanzinstitute, die Kreditvergabe an den Unternehmens- und Haushaltssektor auszuweiten, dadurch verringert.

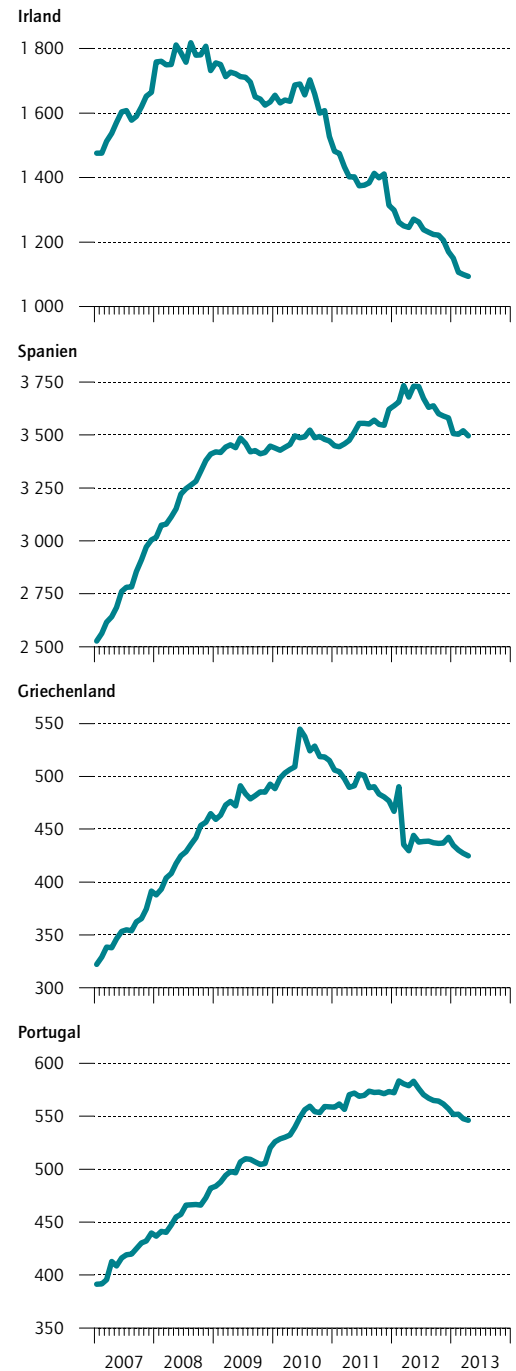
Das Hauptaugenmerk der Banken in den Krisenländern liegt gegenwärtig auf einer Rückführung ihrer Verschuldung und der Schrumpfung ihrer Bilanzen („deleveraging“); insbesondere kleine und mittlere Unternehmen sind von der damit verbundenen zurückhaltenden Kreditvergabe betroffen (Abbildung 28).

Mit ihrer Zinssenkung hat die EZB ein deutliches Signal gesetzt, die Liquiditätsbedingungen der Bankensektoren in den Krisenländern während des stattfindenden „deleveraging“ nicht zu verschärfen und so den Anpassungsprozess abzufedern. Zudem wurde angekündigt, dass sich Banken noch ein Jahr länger als bisher geplant, also mindestens bis zum Juli 2014, Geld in unbegrenztem Umfang (gegen entsprechende Sicherheiten) vom Eurosystem leihen können.

Um den Transmissionskanal und die Kreditsituation für kleinere und mittlere Unternehmen in den Krisenländern zu verbessern, wurde von verschiedenen Mitgliedern des EZB-Direktoriums die Möglichkeit erwogen, in den Markt für forderungsbesicherte Wertpapiere (asset-backed securities, ABS) einzugreifen. Gerade für kleine und mittlere Unternehmen dürfte die Refinanzierung durch die Bündelung und Verbriefung von Krediten in Form forderungsbesicherter Wertpapiere erleichtert werden. Durch das mit der Bündelung verbundene Pooling der Kreditrisiken und die höhere Liquidität

Abbildung 28

Aggregierte Bilanzen monetärer Finanzinstitute in den Euro-Krisenländern
In Milliarden Euro



Quelle: Europäische Zentralbank.

© DIW Berlin 2013

Die monetären Finanzinstitute in den Eurokrisenländern reduzieren ihre Bilanzsummen.

Kasten 5

Die Term Asset-Backed Securities Loan Facility (TALF) der Federal Reserve

Hintergrund: Nachdem bereits während der Subprime-Krise der Markt für „residential mortgage-backed securities“ in Schwierigkeiten geraten war, brach nach dem Bankrott von Lehman Brothers im Herbst 2008 die Nachfrage auf den Märkten für forderungsbesicherte Wertpapiere mit Unternehmens-, Konsumkrediten sowie „commercial mortgage-backed securities“ (CMBS) ein. Ein wesentlicher Teil des ABS-Angebots stammte von hochspezialisierten Nichtbanken, die keinen Zugang zu den anderweitig aufgelegten Sonderfazilitäten des Federal Reserve Systems hatten. Dadurch versiegte ein wichtiger Kreditkanal der amerikanischen Wirtschaft und der Druck auf die Kreditkosten stieg merklich an. Um der drohenden Kreditklemme entgegen zu wirken, initiierte die Federal Reserve die sogenannte Term Asset-Backed Loan Facility (TALF).

Eigenschaften: TALF begann im März 2009 und endete im Juni 2010. Es richtete sich an sämtliche US-Unternehmen, die über TALF-fähiges Kollateral verfügten. Die unter TALF vergebenen Darlehen waren sogenannte „non-recourse loans“; dies bedeutete, dass die Federal Reserve im Fall eines Kreditausfalls nur auf die hinterlegten Sicherheiten zugreifen, jedoch den Kreditnehmer nicht für einen darüber hinausgehenden Schaden haftbar machen konnte. Die „non-recourse“-Eigenschaft war einerseits wichtig, um die Effizienz des Programms und eine möglichst große Teilnahme von Investoren zu gewährleisten. Andererseits lief die Federal Reserve dadurch Gefahr, dass Kreditnehmer den Kredit nicht zurückzahlten, falls der Wert der eingesetzten Sicherheit unter den ausstehenden Kreditbetrag fallen sollte (was einer Put-Option gleichkam).

Die zugelassenen Sicherheiten umfassten verschiedene Formen von neuemittierten ABS, unterlegt mit Kreditkarten-, Auto- oder Studentendarlehen, sowie neuemittierte CMBS mit höchsten Bonitätsnoten. Die Laufzeit eines TALF-Darlehens betrug drei oder fünf Jahre, was das Refinanzierungsrisiko der Kreditnehmer und Emittenten der entsprechenden Sicher-

heiten deutlich reduzierte. Um die Risiken aus der TALF-Kreditvergabe, insbesondere aus dem Put-Options-Charakter der „non-recourse“-Eigenschaft und der langen Laufzeit der Kredite zu reduzieren, setzte die Federal Reserve eine Reihe verschiedener risikoreduzierender Maßnahmen ein. Unter anderem wurden die zugrundeliegenden Kreditpools einer genauen Prüfung unterzogen, vorab hohe Haircuts in Abzug gebracht und ein relativ hoher Zinssatz veranschlagt.

Wirkungen: Das TALF erfüllte drei wesentliche Funktionen, die der private Sektor nach dem Bankrott von Lehman Brothers nicht mehr gewährleisten konnte. Es stellte die notwendigen Mittel bereit, Anlagen mit hohen Bonitätsnoten und niedrigem Risiko zu erwerben, es garantierte eine langfristige Finanzierung und stellte gleichzeitig eine Absicherung gegen zusätzliche gesamtwirtschaftliche Verwerfungen dar. Wie die Federal Reserve verschiedentlich ausführte, ist der tatsächliche Einfluss des TALF schwer zu quantifizieren. Allerdings zeigte sich in sehr kurzer Zeit nach Beginn des Programms eine deutliche Verbesserung der Marktsituation, was dafür spricht, dass das Programm durchaus den gewünschten Effekt hatte. Bereits drei Monate nach Beginn waren die Neuemissionen von „non-mortgage-backed“ ABS um knapp 35 Milliarden US-Dollar angestiegen, nachdem sie zuvor bei unter einer Milliarde US-Dollar pro Monat verharrt hatten. Ferner wurden kurz nach Beginn die ersten mit Hypotheken besicherten Papiere seit knapp einem Jahr begeben, was ebenfalls die belebende Wirkung des Programms auf die Märkte verdeutlicht. Die Risiken aus dem TALF wurden durch die starken Risikokontrollmaßnahmen wirkungsvoll begrenzt. Obwohl insgesamt lediglich 13 Prozent der Darlehensanfragen den Kontrollprozess nicht bestanden, hatte die Federal Reserve nur Kreditausfälle in sehr kleinem Umfang zu verzeichnen. Diese Ausfälle wurden durch die relativ hohen Zinserträge aus den TALF-Krediten in Höhe von über 400 Millionen US-Dollar kompensiert.

von ABS im Vergleich zu unverbrieften Krediten erhöhen sich die Anreize für die Banken, die Kreditvergabe auszuweiten. Anders als in den USA, wo der Markt für derartige Papiere im Zuge des Bankrotts von Lehman Brothers zusammenbrach und durch eine Sonderfazilität der Federal Reserve gestützt wurde (Kasten 5), blieb der ABS-Markt im Euroraum, auch dank der Möglichkeit, solche Papiere beim Eurosystem als Sicherheit zu hinterlegen, zunächst stabiler. Seit 2010 ist ihr Anteil an den Sicherheiten des Eurosystems jedoch rückläufig, während gleichzeitig die Neuemission deutlich abnahm.

Die EZB verfügt über verschiedene Möglichkeiten, den Markt für ABS unterlegt mit Unternehmenskrediten zu stabilisieren und zu beleben. Allerdings ist noch frag-

lich, ob und wie sie das tun wird. Die EZB könnte entweder direkt oder in Zusammenarbeit mit der Europäischen Investitionsbank ABS aufkaufen, dadurch die entsprechenden Risiken aus den Bilanzen der Banken herauslösen und so die Anreize zur Neuemission erhöhen. Alternativ zu einem Ankaufprogramm könnten die Anforderungen für die Hinterlegung von ABS als Sicherheiten in Offenmarktgeschäften des Eurosystems abgesenkt werden, ebenfalls um den Anreiz für Banken zu erhöhen, in die entsprechenden Papiere zu investieren. Die Risiken, die sich aus dem Kauf beziehungsweise einer etwaigen Ausweitung des Sicherheitenrahmens für das Eurosystem ergeben würden, dürften überschaubar bleiben. Das Ausfallrisiko von ABS für Unternehmenskredite war in den letzten Jahren sehr

niedrig und darüber hinaus wurde, auf Initiative der EZB, bereits im Dezember 2010 beschlossen, die Transparenz von forderungsbesicherten Wertpapieren zu erhöhen. Seit Januar dieses Jahres sind die entsprechenden Regeln in Kraft. Auch zeigt sich am Beispiel der ABS-Käufe der Federal Reserve, dass die Belebung der entsprechenden Märkte durch solche Fazilitäten nicht bedeutet, dass sich dadurch die Risiken für die Zentralbank unkontrolliert erhöhen. Die Federal Reserve konnte im Gegenteil durch ihre Käufe die Neuemission von ABS stimulieren und erzielte zudem hohe Zinsgewinne (Kasten 5). Entsprechende Maßnahmen der EZB, unter strenger Einhaltung der notwendigen Risikokontrollmaßnahmen, könnten daher ein adäquates Mittel zur Verbesserung der Kreditsituation darstellen.

Gleichzeitig mit der Zinssenkung hat die EZB entschieden, die Breite des von Einlagen- und Spitzenrefinanzierungssatz gebildeten Zinskorridors von 150 auf 100 Basispunkte zu verkleinern. Das Hauptmotiv für die Verengung des Korridors dürfte gewesen sein, dass die beschlossene Leitzinssenkung bei unveränderter Korridorbreite zu einem negativen Einlagensatz geführt hätte.¹⁶ Da der Zins auf Einlagen auf den Girokonten, die über die Mindestreserveverfüllung hinausgehen, bei null liegt, hätte ein negativer Einlagensatz für sich genommen wahrscheinlich keine besonderen Auswirkungen gezeitigt. Es ist jedoch anzunehmen, dass die EZB etwaige Signalwirkungen, die von einem negativen Zinsniveau ausgehen könnten, vermeiden wollte.

Eine wirksame Negativverzinsung auf Einlagen bei der EZB könnte ohnehin nur dann erreicht werden, wenn parallel zum Einlagenzins auch der Zins auf Überschusseinlagen auf den Girokonten der Banken bei der EZB negativ werden würde. In diesem Fall können Banken ihre überschüssige Liquidität nur gegen Zahlung eines Zinses bei der Zentralbank deponieren. Vielfach wird argumentiert, dass ein solcher „Strafzins“ ein mögliches Instrument darstellen könnte, um die Anreize zur Haltung von Überschussliquidität zu reduzieren und die Anreize zur Kreditvergabe in die Krisenkänder und damit die Marktaktivität zu erhöhen.

Da die Banken in den Krisenländern sich aber nach wie vor unbegrenzt Liquidität bei der EZB (gegen entspre-

chende Sicherheiten) leihen können und der Hauptrefinanzierungssatz wohl nicht unter null Prozent sinken wird, müsste der „Strafzins“, angesichts des mit solchen Krediten verbundenen relativ hohen Risikos, ebenfalls sehr hoch werden, um tatsächlich einen belebenden Effekt zu entfalten.

Da es im Euroraum gar keine und weltweit nur sehr wenig Erfahrung gibt, wie sich Negativzinsen auf den Transmissionskanal und das Bankenverhalten auswirken, ist ein solcher Schritt jedoch gründlich zu überdenken.

Da gleichzeitig die Kreditzurückhaltung in den stabileren Ländern vielmehr auf mangelnde Kreditnachfrage und weniger auf ein knappes Kreditangebot zurückzuführen ist, besteht die Gefahr, dass gerade die Geldinstitute dieser Länder durch die Einführung eines „Strafzinses“ eher dazu angehalten werden, ertragreichere Investitionsmöglichkeiten wie etwa Wertpapiere zu suchen; dies erhöht das Risiko von Preisblasen. Angesichts dieser Erwägungen scheinen Negativzinsen derzeit kein adäquates Mittel zur Stimulation der Interbankenaktivitäten; weitere Zinssenkungen der EZB in den negativen Bereich sind daher bis auf weiteres nicht zu erwarten.

Angesichts der anhaltenden wirtschaftlichen Schwäche im Euroraum und der nur moderat anziehenden Wirtschaftsleistung im kommenden Jahr ist im Prognosezeitraum nicht mit wesentlichem Preisdruck zu rechnen. Dies bestätigen auch die aus den Inflations-swaps abgeleiteten Inflationserwartungen der Finanzmarktakteure (Abbildung 29), die in den vergangenen Wochen rückläufig waren und deutlich unterhalb des Inflationsziels der EZB von unter, aber nahe zwei Prozent liegen. Die langfristigen Inflationserwartungen sind nach wie vor fest verankert.

Im Umfeld der nur langsamen Erholung des Wirtschaftswachstums bis 2014 dürfte die europäische Notenbank ihre Leitzinsen im Prognosezeitraum unverändert auf dem niedrigen Niveau von 0,5 Prozent belassen.

Finanzpolitik: Haushaltsspielräume nicht für Wahlgeschenke verpulvern

Bei der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte wurden in Deutschland in den vergangenen Jahren deutliche Fortschritte erzielt. Im laufenden Jahr wird der Finanzierungssaldo des Staates in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt wie im Vorjahr bei 0,1 Prozent liegen; im kommenden Jahr verbessert er sich nochmals und die Überschussquote steigt auf 0,4 Prozent. In struktureller – also um konjunkturelle Einflüsse be-

¹⁶ Gewöhnlich wird die optimale Breite des Zinskorridors durch das Motiv bestimmt, eine effiziente Steuerung des Übernachtzinses mit möglichst geringer Volatilität zu gewährleisten, ohne durch einen zu engen Korridor die Aktivität im Interbankenmarkt zu unterbinden und eine zu hohe Risikoübernahme durch die Zentralbank herbeizuführen. So begründete die EZB in Reaktion auf einen starken Anstieg der Volatilität des kurzfristigen Interbankenzinses EONIA im Oktober 2008 die Verengung des Korridors um 100 Basispunkte damit, dass sie die Refinanzierungskosten der Banken stärker an den Hauptrefinanzierungssatz angleichen wollte. Im Januar 2009 wurde die Verkleinerung mit der Begründung, ein *crowding-out* des Interbankenmarktes verhindern zu wollen, wieder rückgängig gemacht.

reiner – Betrachtung beträgt der Überschuss in beiden Jahren des Prognosezeitraums 0,9 Prozent.

Der Befund für den Gesamtstaat ist auf den ersten Blick positiv. Dabei darf aber nicht übersehen werden, dass die einzelnen Ebenen noch immer mit einer teilweise recht unterschiedlichen Finanzsituation konfrontiert sind. In den vergangenen Jahren haben die Sozialversicherungen zunehmende Überschüsse erwirtschaftet. Im Prognosezeitraum werden sich diese Überschüsse nun nach und nach zurückbilden. Zwar wird die Beschäftigung nach wie vor vorrangig im sozialversicherungspflichtigen Bereich aufgebaut, und die Beitragseinnahmen nehmen deutlich zu. Trotzdem wird die Rentenversicherung in den kommenden Jahren defizitär abschließen.¹⁷ Zudem hat der Bund seine Zuschüsse an das Gesundheitssystem sowie die Bundesagentur für Arbeit gekürzt.

Demgegenüber wird sich die Finanzlage der Gebietskörperschaften verbessern. Die Gemeinden erzielen bereits seit dem Jahr 2011 Überschüsse, die sich im Prognosezeitraum weiter erhöhen werden. Die Ländergesamtheit wie auch der Bund werden ihre Defizite in den Jahren 2013 und 2014 deutlich reduzieren. Der Bund geht in seinem Entwurf zur Finanzplanung davon aus, dass der Bundeshaushalt bereits im Jahr 2014 strukturell ausgeglichen sein wird. Diese Entwicklung beruht allerdings immer noch nicht auf einer nachhaltigen Finanzpolitik. Vielmehr wird die günstige Entwicklung im Prognosezeitraum in erster Linie von Sonderfaktoren bestimmt. Zum einen profitiert der Bund bereits seit Jahren von günstigen Finanzierungsbedingungen; teilweise gaben sich Kapitalgeber sogar mit negativen realen Renditen für deutsche Bundeswertpapiere zufrieden. In der Folge gingen die Zinsausgaben der öffentlichen Hand kräftig zurück und auch im laufenden Jahr kann der Bund seine Zinsausgaben nochmals verringern. Zum anderen aber hat der Bund sich durch die Kürzung der Zuschüsse an die Sozialversicherungen entlastet. Mit dem allmählichen Abklingen der Finanzkrise wird der deutsche Fiskus Anlegern wieder höhere Renditen bieten müssen. Außerdem ist der Zuschuss an den Gesundheitsfonds nur temporär gesenkt worden; ab dem Jahr 2015 muss der Bund wieder einen höheren Zuschuss leisten.

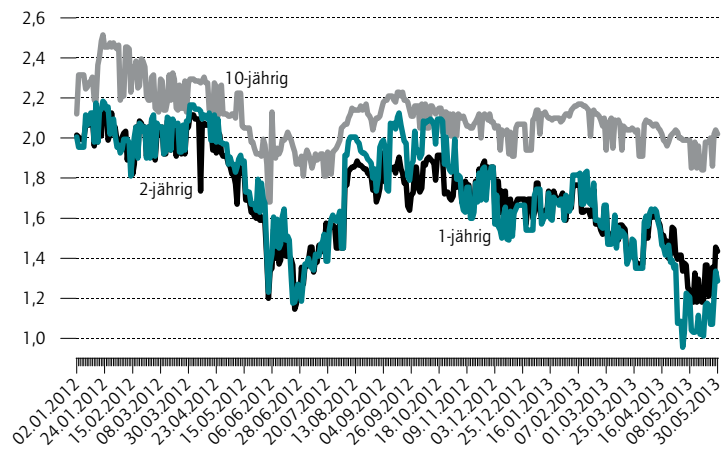
Bei einzelnen Haushalten besteht also noch immer Handlungsbedarf. Dennoch: Bei unveränderter Finanzpolitik werden die Gebietskörperschaften in der mittleren Frist zunehmende Überschüsse erwirtschaften. Damit hat die öffentliche Hand sich in den vergangenen Jahren einen gewissen Spielraum erarbeitet.

¹⁷ Vgl. van Deuverden, K. (2013): Mittelfristige Wirtschaftsentwicklung: Stabiles Wachstum und hohe Überschüsse der öffentlichen Haushalte. DIW Wochenbericht Nr. 16/2013, 3-11.

Abbildung 29

Inflationsswaps im Euroraum

In Prozent



Quelle: Datastream.

© DIW Berlin 2013

Die kurzfristigen Inflationserwartungen der Märkte sind weiter zurückgegangen, während langfristige Erwartungen im Einklang mit dem Inflationsziel der EZB liegen.

Die Überschüsse könnten zum Schuldenabbau genutzt werden. Vor dem Hintergrund der hohen Staatsverschuldung, die im Zuge der Finanzkrise und ihrer Auswirkungen um über 500 Milliarden Euro gestiegen ist, der Vorgaben der Schuldenbremse sowie der Herausforderungen, die auf die öffentlichen Haushalte infolge der demographischen Entwicklung in der mittleren und längeren Frist zukommen, erscheint eine solche Politik auf den ersten Blick naheliegend. Für eine nachhaltige Finanzpolitik ist aber nicht grundlegend, das Schuldenniveau in absoluten Größen zurückzuführen.¹⁸ Vielmehr ist es der Schuldenstand in Relation zur Wirtschaftsleistung, wie er auch als Kriterium für den europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt herangezogen wird, der für eine Beurteilung der Finanzlage relevant ist. Diese Schuldenstandsquote wird sich in den kommenden Jahren deutlich zurückbilden, denn auch in der mittleren Frist wird das Wachstum in Deutschland vergleichsweise kräftig sein. In der längeren Frist wird die wirtschaftliche Entwicklung allerdings weniger dynamisch verlaufen. Wegen der alternden und schrumpfenden Bevölkerung sinkt das Erwerbspersonenpotential, und mit ihm geht das potentielle Wirtschaftswachstum zurück.

¹⁸ Wird die Lage der öffentlichen Hand in Deutschland anhand des Schuldenstandes beurteilt, muss zudem berücksichtigt werden, dass die Verschuldung in Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen noch immer Eventualverbindlichkeiten enthält, die aufgrund Bürgschaften und Garantien im Zuge der Finanzkrise entstanden sind. Langfristig wird nur der Teil dieser Verbindlichkeiten im Schuldenstand verbleiben, der wirklich ausfällt.

Die in den vergangenen Jahren geschaffenen finanzpolitischen Spielräume können nun dazu herangezogen werden, dem Rückgang des Produktionspotentials entgegenzuwirken. Ausgaben für Bildung und für Forschung wie auch für öffentliche Investitionen sollten vermehrt getätigt werden, zumal gerade diese wachstumspolitisch relevanten Ausgaben im Vergleich zu anderen Ländern, die eine ähnliche Wirtschaftsstruktur aufweisen, in Deutschland niedrig sind.¹⁹ Auch werden die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen essentiell durch steuerliche Regelungen

gen geprägt; zumindest in Bezug auf die kalte Progression ist eine Änderung des Einkommensteuerrechts geboten.

Entgegen dem hier aufgezeigten finanzpolitischen Kurs stehen zurzeit allerdings andere Vorschläge in der öffentlichen Diskussion. In den Wahlprogrammen zur Bundestagswahl im Herbst sind Vorschläge für eine Erhöhung von Transferausgaben oder sonstige Ausgaben konsumtiver Art zu finden. Solche Wahlgeschenke würden den in den vergangenen Jahren geschaffenen Spielraum schnell verpuffen lassen. Renditen einer stärker wachstumsfreundlich ausgerichteten Wirtschaftspolitik würden verschenkt.

¹⁹ Vgl. DIW Wochenbericht Nr. 26, in Vorbereitung.

Ferdinand Fichtner ist Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | ffichtner@diw.de

Simon Junker ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin

Guido Baldi ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin

Jacek Bednarz ist Gastwissenschaftler in der Abteilung Makroökonomie am DIW Berlin

Kerstin Bernoth ist Stellvertretende Abteilungsleiterin der Abteilung Makroökonomie am DIW Berlin

Franziska Bremus ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Makroökonomie am DIW Berlin

Karl Brenke ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin

Christian Dreger ist Forschungsdirektor International Economics am DIW Berlin

Hella Engerer ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin

Christoph Große Steffen ist Doktorand in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin

Hendrik Hagedorn ist Doktorand in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin

Pia John ist Praktikantin in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin

Philipp König ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin

Dirk Ulbricht ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin

Kristina van Deuverden ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin

GROWTH EXPECTED AFTER WEAK START TO YEAR

Abstract: Due to a weak winter half-year, the German economy will only grow by 0.4 percent in 2013. However, the economic slowdown seems to be coming to an end now; growth in 2014 is expected to be above average at 1.8 percent.

The global economy is experiencing an upswing again; growth in many emerging markets as well as in the US and Japan has recently gained momentum, facilitated in many places by an expansive economic policy. Moreover, the mechanisms created to stabilize financial markets in the euro area have noticeably alleviated uncertainty. However, high unemployment and the need to reduce the high level of debt—public as well as private—remain a problem. The euro area economy will continue to shrink for the time being, but the extent of the economic slowdown has already diminished significantly. A rise in exports is on the horizon in many places, which can be partly attributed to improved competitiveness. In many crisis countries, there has been considerable progress in reducing excess capacities, resulting in dampening effects being increasingly eliminated. By the beginning of 2014, positive growth rates can be expected again in the crisis countries, too.

The export-oriented German economy is profiting from the upswing in the global economy and the decrease in uncertainty.

Growth, however, becomes more and more driven by domestic demand. Employment growth will continue, even though the growth in the potential labor force is expected to lead to a slight rise in the unemployment rate up to seven percent next year. With a positive development on the labor market and increasing salaries, there is a marked rise in income. At 1.6 percent this year and just under two percent next year, inflation remains moderate. This boosts private consumption, which is contributing increasingly to growth. Due to dynamic domestic demand, imports are rising faster than exports, which will result in decrease in the current account surplus. This will also continue in the medium term, which is characterized by sustained strong wage growth and a high level of investment under favorable financing conditions.

Public budgets are predicted to have a slight surplus of 0.1 percent in relation to nominal GDP in 2013, while this figure is expected to increase to 0.4 percent next year. The financial means thus acquired should not be squandered away on "purchasing" votes in the run-up to the elections, however. Instead, the additional funds should be used to counteract future demographic challenges through investment, promoting growth in the medium term.

JEL: E32, E66, F01

Keywords: Business cycle forecast, economic outlook



Dr. Ferdinand Fichtner,
Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik
am DIW Berlin

SIEBEN FRAGEN AN FERDINAND FICHTNER

» Vorübergehender Dämpfer bereits überwunden «

1. Herr Fichtner, der letzte Winter war ungewöhnlich lang. Welche Auswirkungen hat das auf das Wirtschaftswachstum in diesem Jahr? Wegen des langen und harten Winters ist die deutsche Wirtschaft sehr langsam in das Jahr gestartet. Die Wachstumsrate im ersten Quartal war auch deshalb unbefriedigend. Im weiteren Jahresverlauf wird es vor allem in der Bauwirtschaft Nachhol effekte geben. Trotzdem wird sich der lange Winter in einer relativ niedrigen Wachstumsrate von 0,4 Prozent niederschlagen, die wir für dieses Jahr erwarten.
2. Ein anderes unvorhersehbares Naturereignis ist die aktuelle Flutkatastrophe. Lässt sich absehen, welche konjunkturellen Folgen sie haben wird? Es ist immer sehr schwierig, die konjunkturellen Folgen einer solchen Katastrophe abzuschätzen. Wir haben während der Katastrophe sicherlich Produktionsausfälle zu erwarten. Wir werden aber vermutlich vor allem im dritten und vierten Quartal Wiederaufbaumaßnahmen haben, die tendenziell eine höhere Investitionstätigkeit mit sich bringen. Ich gehe davon aus, dass die Investitionsmaßnahmen, die im Zusammenhang mit den Wiederaufbaumaßnahmen stehen, die aktuellen Produktionsausfälle überkompensieren.
3. Wie sieht es denn allgemein mit der Investitionsbereitschaft der deutschen Industrie aus? Generell war die Investitionstätigkeit in Deutschland bis ins Jahr 2013 hinein ausgesprochen schwach. Die Zinsen sind ja sehr niedrig für die deutschen Unternehmen, sodass die Investitionszurückhaltung mutmaßlich vor allem dadurch begründet ist, dass die Absatzperspektiven bisher eher ungünstig oder einfach unsicher waren. Das dürfte sich im Laufe des Prognosezeitraums etwas verbessern, so dass dann auch die Investitionstätigkeit wieder anspringt. Nur bei den Bauinvestitionen haben wir die ganze Zeit eine relativ kräftige Entwicklung gesehen. Das wird sich, vor allem wegen der niedrigen Zinsen, auch fortsetzen.
4. Wie entwickelt sich die Inflation? Die Inflation geht in diesem Jahr von zwei Prozent im Jahr 2012 auf 1,6 Prozent zurück. Das liegt zu wesentlichen Teilen an Sondereffekten, an deutlich zurückgegangenen Ölpreisen und an der Abschaffung der Praxisgebühr. Nächstes Jahr steigt die Inflation dann wieder auf 1,9 Prozent im Jahresdurchschnitt, aber das ist sicherlich noch keine Entwicklung, die uns Sorge bereiten müsste.
5. Kann die deutsche Exportwirtschaft weiterhin punkten? Die Weltwirtschaft ist einigermaßen kräftig ins Jahr gestartet und hat auch eine insgesamt solide aufwärts gerichtete Grundtendenz. Es zeichnet sich ab, dass in den Schwellenländern das Wachstum wieder etwas kräftiger wird. Auch einige Industrieländer, darunter insbesondere Länder außerhalb des Euroraums, haben eine insgesamt kräftige Konjunktur. Davon kann auch die deutsche Exportwirtschaft profitieren, besonders die Exporte in die Schwellenländer laufen ausgesprochen günstig.
6. Wie sieht es bei den Importen aus? Die Importe dürften sich im Prognosezeitraum ebenfalls kräftig entwickeln. Das liegt daran, dass die Binnennachfrage und vor allem die Konsumnachfrage insgesamt sehr kräftig werden. Wenn dann auch die Investitionen wieder anziehen, dann geht das direkt in die Importe, so dass gerade bei den Importen wahrscheinlich eine sehr dynamische Entwicklung über die nächsten zwei Jahre zu erwarten ist.
7. Am deutschen Arbeitsmarkt sah es in der letzten Zeit recht gut aus. Wie ist die aktuelle Lage? Der deutsche Arbeitsmarkt steht insgesamt sehr gut da, auch wenn wir wegen der konjunkturellen Eintrübung im Winterhalbjahr eine leichte Verschlechterung beobachten mussten. Deswegen steigt nach unserer Einschätzung die Arbeitslosenquote in diesem Jahr auch etwas an – von 6,8 Prozent im Jahr 2012 auf 6,9 Prozent. Im nächsten Jahr steigt sie sogar nochmals etwas, aber all das sind Bewegungen in einem Bereich, den man trotzdem noch als sehr günstig bezeichnen darf.

Das Gespräch führte Erich Wittenberg



Das vollständige Interview zum Anhören finden
Sie auf www.diw.de/interview

HAUPTAGGREGATE DER SEKTOREN

Jahresergebnisse 2013

Mrd. EUR

Gegenstand der Nachweisung	Gesamte Volkswirtschaft	Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o.E.	Übrige Welt
3 Bruttowertschöpfung	2 431,3	1 613,4	253,1	564,7	-
4 - Abschreibungen	407,3	231,7	47,2	128,4	-
5 = Nettowertschöpfung ¹	2 023,9	1 381,7	205,9	436,3	-156,5
6 - Geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 423,4	999,5	210,0	213,9	11,1
7 - Geleistete sonstige Produktionsabgaben	19,5	10,0	0,1	9,4	-
8 + Empfangene sonstige Subventionen	23,6	21,8	0,3	1,5	-
9 = Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	604,6	394,1	-4,0	214,5	-167,6
10 + Empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 425,4	-	-	1 425,4	9,1
11 - Geleistete Subventionen	24,8	-	24,8	-	5,2
12 + Empfangene Produktions- und Importabgaben	303,4	-	303,4	-	6,1
13 - Geleistete Vermögenseinkommen	882,0	769,8	63,6	48,6	192,4
14 + Empfangene Vermögenseinkommen	945,8	501,1	20,9	423,7	128,6
15 = Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 372,4	125,4	232,0	2 015,1	-221,4
16 - Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	327,0	70,2	-	256,7	5,2
17 + Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	331,9	-	331,9	-	0,3
18 - Geleistete Sozialbeiträge	551,7	-	-	551,7	3,0
19 + Empfangene Sozialbeiträge	552,7	92,8	459,3	0,6	2,0
20 - Geleistete monetäre Sozialleistungen	497,6	55,2	441,8	0,6	0,4
21 + Empfangene monetäre Sozialleistungen	491,3	-	-	491,32	6,7
22 - Geleistete sonstige laufende Transfers	206,6	77,0	58,8	70,8	6,6
23 + Empfangene sonstige laufende Transfers	173,0	77,0	17,7	78,4	40,2
24 = Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 338,4	92,7	540,2	1 705,5	-187,3
25 - Konsumausgaben	2 096,2	-	532,1	1 564,0	-
26 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	-31,3	-	31,3	-
27 = Sparen	242,2	61,4	8,0	172,8	-187,3
28 - Geleistete Vermögenstransfers	35,8	7,2	22,3	6,2	3,3
29 + Empfangene Vermögenstransfers	32,9	12,5	9,9	10,5	6,2
30 - Bruttoinvestitionen	462,2	250,6	42,3	169,3	-
31 + Abschreibungen	407,3	231,7	47,2	128,4	-
32 - Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-	0,4	-1,3	0,9	-
33 = Finanzierungssaldo	184,5	47,4	1,8	135,2	-184,5
Nachrichtlich:					
34 Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 338,4	92,7	540,2	1 705,5	-187,3
35 - Geleistete soziale Sachtransfers	338,4	-	338,4	-	-
36 + Empfangene soziale Sachtransfers	338,4	-	-	338,4	-
37 = Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 338,4	92,7	201,8	2 043,9	-187,3
38 - Konsum ²	2 096,2	-	193,7	1 902,4	-
39 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	-31,3	-	31,3	-
40 = Sparen	242,2	61,4	8,0	172,8	-187,3

¹ Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.

² Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachtransfers).

HAUPTAGGREGATE DER SEKTOREN

Jahresergebnisse 2014

Mrd. EUR

Gegenstand der Nachweisung	Gesamte Volkswirtschaft	Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o. E.	Übrige Welt
3 Bruttowertschöpfung	2 519,4	1 673,9	262,7	582,8	-
4 - Abschreibungen	415,6	234,8	48,7	132,1	-
5 = Nettowertschöpfung ¹	2 103,9	1 439,1	214,0	450,7	-144,2
6 - Geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 475,0	1 035,1	218,3	221,6	11,6
7 - Geleistete sonstige Produktionsabgaben	19,6	10,1	0,1	9,5	-
8 + Empfangene sonstige Subventionen	23,6	21,8	0,3	1,5	-
9 = Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	632,8	415,7	-4,1	221,2	-155,8
10 + Empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 477,3	-	-	1 477,3	9,4
11 - Geleistete Subventionen	24,8	-	24,8	-	5,2
12 + Empfangene Produktions- und Importabgaben	308,1	-	308,1	-	8,1
13 - Geleistete Vermögenseinkommen	922,7	808,0	63,9	50,8	215,1
14 + Empfangene Vermögenseinkommen	988,2	525,2	20,9	442,1	149,6
15 = Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 458,9	132,9	236,2	2 089,8	-209,1
16 - Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	344,8	73,7	-	271,1	5,3
17 + Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	349,8	-	349,8	-	0,3
18 - Geleistete Sozialbeiträge	570,1	-	-	570,1	3,0
19 + Empfangene Sozialbeiträge	571,1	95,9	474,6	0,6	2,1
20 - Geleistete monetäre Sozialleistungen	508,8	56,4	451,8	0,6	0,4
21 + Empfangene monetäre Sozialleistungen	502,5	-	-	502,55	6,7
22 - Geleistete sonstige laufende Transfers	208,3	77,0	58,8	72,5	8,8
23 + Empfangene sonstige laufende Transfers	176,9	77,0	17,9	82,1	40,2
24 = Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 427,1	98,7	567,7	1 760,7	-177,4
25 - Konsumausgaben	2 166,7	-	551,4	1 615,3	-
26 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	-31,8	-	31,8	-
27 = Sparen	260,4	66,9	16,3	177,3	-177,4
28 - Geleistete Vermögenstransfers	36,2	7,8	22,0	6,3	3,1
29 + Empfangene Vermögenstransfers	32,2	12,6	10,0	9,6	7,0
30 - Bruttoinvestitionen	498,6	270,9	43,9	183,8	-
31 + Abschreibungen	415,6	234,8	48,7	132,1	-
32 - Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-	0,4	-1,3	0,9	-
33 = Finanzierungssaldo	173,4	35,2	10,4	127,9	-173,4
Nachrichtlich:					
34 Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 427,1	98,7	567,7	1 760,7	-177,4
35 - Geleistete soziale Sachtransfers	349,1	-	349,1	-	-
36 + Empfangene soziale Sachtransfers	349,1	-	-	349,1	-
37 = Verfügbares Einkommen (Verbrauchs-konzept)	2 427,1	98,7	218,6	2 109,9	-177,4
38 - Konsum ²	2 166,7	-	202,3	1 964,4	-
39 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	-31,8	-	31,8	-
40 = Sparen	260,4	66,9	16,3	177,3	-177,4

¹ Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.

² Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachtransfers).

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2013 bis 2014

	2012	2013	2014	2012		2013		2014	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
1. Entstehung des Inlandsprodukts									
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Erwerbstätige	1,1	0,6	0,3	1,3	0,9	0,7	0,5	0,3	0,3
Arbeitszeit, arbeitstächlich	0,6	-0,3	0,1	-0,2	1,3	0,1	-0,8	0,6	-0,5
Arbeitstage	-1,2	-0,2	0,1	0,0	-2,3	-1,3	0,8	-0,3	0,6
Arbeitsvolumen, kalendermonatlich	0,4	0,0	0,5	1,1	-0,2	-0,5	0,4	0,6	0,4
Produktivität ¹	0,2	0,4	1,4	0,1	0,4	0,0	0,8	1,4	1,3
Reales Bruttoinlandsprodukt	0,7	0,4	1,8	1,2	0,2	-0,5	1,2	2,0	1,7
2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen									
a) Mrd. Euro									
Konsumausgaben	2 038,9	2 096,2	2 166,7	994,9	1 044,0	1 016,1	1 080,0	1 052,0	1 114,7
Private Haushalte ²	1 523,7	1 564,0	1 615,3	744,9	778,8	757,7	806,4	784,1	831,1
Staat	515,2	532,1	551,4	250,0	265,2	258,5	273,7	267,9	283,6
Anlageinvestitionen	464,6	472,3	507,5	224,6	240,0	220,0	252,3	239,0	268,6
Ausrüstungen	175,0	171,6	186,9	86,3	88,7	80,9	90,7	87,2	99,7
Bauten	260,4	271,2	290,0	124,3	136,0	124,9	146,3	137,0	153,0
Sonstige Anlageinvestitionen	29,2	29,6	30,7	14,0	15,2	14,2	15,3	14,8	15,9
Vorratsveränderung ³	-8,5	-10,1	-8,9	3,4	-11,9	3,2	-13,2	3,8	-12,7
Inländische Verwendung	2 494,9	2 558,4	2 665,3	1 222,9	1 272,0	1 239,3	1 319,1	1 294,8	1 370,5
Außenbeitrag	149,3	156,5	144,2	77,8	71,5	83,8	72,7	78,1	66,1
Exporte	1 364,7	1 353,7	1 447,6	677,7	687,0	666,5	687,2	706,9	740,7
Importe	1 215,3	1 197,2	1 303,4	599,8	615,5	582,7	614,5	628,7	674,7
Bruttoinlandsprodukt	2 644,2	2 714,9	2 809,5	1 300,7	1 343,5	1 323,1	1 391,7	1 372,9	1 436,6
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Konsumausgaben	2,6	2,8	3,4	3,0	2,2	2,1	3,5	3,5	3,2
Private Haushalte ²	2,4	2,6	3,3	3,0	1,9	1,7	3,5	3,5	3,1
Staat	3,1	3,3	3,6	2,9	3,3	3,4	3,2	3,6	3,6
Anlageinvestitionen	-1,1	1,7	7,5	0,8	-2,9	-2,0	5,1	8,6	6,4
Ausrüstungen	-4,5	-1,9	8,9	-0,6	-8,0	-6,3	2,3	7,8	9,9
Bauten	0,9	4,2	6,9	1,6	0,2	0,5	7,5	9,7	4,6
Sonstige Anlageinvestitionen	2,4	1,1	3,7	2,4	2,4	1,7	0,6	3,8	3,6
Inländische Verwendung	1,4	2,5	4,2	1,9	0,8	1,3	3,7	4,5	3,9
Exporte	4,9	-0,8	6,9	5,9	4,0	-1,6	0,0	6,1	7,8
Importe	3,9	-1,5	8,9	5,4	2,6	-2,9	-0,2	7,9	9,8
Bruttoinlandsprodukt	2,0	2,7	3,5	2,4	1,6	1,7	3,6	3,8	3,2
3. Verwendung des Inlandsprodukts, preisbereinigt									
a) Verkettete Volumina in Mrd. Euro									
Konsumausgaben	1 853,4	1 874,0	1 904,5	911,8	941,6	915,2	958,8	931,4	973,1
Private Haushalte ²	1 381,7	1 397,2	1 418,8	678,2	703,5	679,8	717,4	691,7	727,1
Staat	471,6	476,7	485,6	233,6	237,9	235,3	241,4	239,7	245,9
Anlageinvestitionen	427,7	429,4	454,2	206,6	221,2	199,9	229,5	213,7	240,4
Ausrüstungen	178,0	173,9	189,2	87,1	90,9	81,1	92,8	87,4	101,8
Bauten	216,0	220,5	229,4	103,6	112,4	102,2	118,3	109,1	120,3
Sonstige Anlageinvestitionen	32,5	33,1	34,4	15,4	17,1	15,7	17,3	16,4	18,0
Inländische Verwendung	2 286,5	2 307,9	2 364,4	1 130,2	1 156,3	1 126,9	1 181,0	1 157,6	1 206,8
Exporte	1 281,0	1 271,2	1 349,8	637,1	643,9	627,0	644,2	660,9	688,9
Importe	1 098,5	1 101,9	1 190,4	540,9	557,6	534,0	567,9	574,0	616,4
Bruttoinlandsprodukt	2 468,0	2 476,6	2 522,3	1 225,9	1 242,1	1 219,8	1 256,9	1 243,8	1 278,6
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Konsumausgaben	0,9	1,1	1,6	1,3	0,4	0,4	1,8	1,8	1,5
Private Haushalte ²	0,8	1,1	1,5	1,4	0,2	0,2	2,0	1,7	1,4
Staat	1,2	1,1	1,9	1,3	1,1	0,7	1,4	1,9	1,9
Anlageinvestitionen	-2,5	0,4	5,8	-0,7	-4,2	-3,2	3,8	6,9	4,8
Ausrüstungen	-4,8	-2,3	8,8	-0,9	-8,4	-6,8	2,0	7,7	9,7
Bauten	-1,5	2,1	4,1	-1,0	-2,0	-1,4	5,2	6,8	1,7
Sonstige Anlageinvestitionen	3,1	1,7	4,1	3,1	3,2	2,3	1,1	4,2	4,0
Inländische Verwendung	-0,3	0,9	2,4	0,3	-0,9	-0,3	2,1	2,7	2,2
Exporte	3,8	-0,8	6,2	4,6	3,1	-1,6	0,1	5,4	6,9
Importe	2,2	0,3	8,0	3,4	1,1	-1,3	1,9	7,5	8,5
Bruttoinlandsprodukt	0,7	0,4	1,8	1,2	0,2	-0,5	1,2	2,0	1,7

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2013 bis 2014

	2012	2013	2014	2012		2013		2014	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2005 = 100)									
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Private Konsumausgaben ²	1,7	1,5	1,7	1,6	1,7	1,5	1,5	1,7	1,7
Konsumausgaben des Staates	1,9	2,2	1,7	1,6	2,2	2,6	1,7	1,8	1,7
Anlageinvestitionen	1,4	1,3	1,6	1,5	1,4	1,3	1,3	1,6	1,6
Ausrüstungen	0,3	0,4	0,1	0,2	0,4	0,6	0,2	0,1	0,1
Bauten	2,4	2,1	2,8	2,6	2,2	1,9	2,2	2,7	2,9
Exporte	1,0	0,0	0,7	1,2	0,9	-0,1	0,0	0,6	0,8
Importe	1,7	-1,8	0,8	1,9	1,5	-1,6	-2,0	0,4	1,2
Bruttoinlandsprodukt	1,3	2,3	1,6	1,2	1,4	2,2	2,4	1,8	1,5
5. Einkommensentstehung und -verteilung									
a) Mrd. Euro									
Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	1 965,1	2 015,1	2 089,8	968,1	997,0	982,3	1 032,8	1 021,5	1 068,3
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	250,8	256,4	265,8	121,4	129,5	124,1	132,3	128,7	137,1
Bruttolöhne und -gehälter	1 126,8	1 169,1	1 211,5	537,1	589,7	557,6	611,4	578,0	633,5
Übrige Primäreinkommen ⁴	587,4	589,7	612,5	309,6	277,8	300,6	289,1	314,8	297,6
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	343,6	357,3	369,1	155,6	188,0	161,1	196,2	167,9	201,2
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2 308,6	2 372,4	2 458,9	1 123,7	1 185,0	1 143,4	1 229,0	1 189,4	1 269,4
Abschreibungen	399,3	407,3	415,6	199,2	200,1	203,2	204,1	207,3	208,3
Bruttonationaleinkommen	2 707,9	2 779,8	2 874,4	1 322,9	1 385,1	1 346,6	1 433,2	1 396,7	1 477,7
<i>Nachrichtlich:</i>									
Volkseinkommen	2 035,1	2 093,8	2 175,5	987,8	1 047,3	1 006,5	1 087,3	1 049,5	1 126,0
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	657,4	668,4	698,2	329,3	328,2	324,8	343,6	342,8	355,4
Arbeitnehmerentgelt	1 377,6	1 425,4	1 477,3	658,5	719,2	681,7	743,7	706,7	770,6
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	3,2	2,5	3,7	3,7	2,8	1,5	3,6	4,0	3,4
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	2,8	2,2	3,7	2,7	2,8	2,3	2,2	3,7	3,6
Bruttolöhne und -gehälter	4,0	3,8	3,6	4,0	3,9	3,8	3,7	3,7	3,6
Übrige Primäreinkommen ⁴	2,0	0,4	3,9	3,5	0,4	-2,9	4,0	4,7	3,0
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	-1,0	4,0	3,3	1,8	-3,2	3,5	4,4	4,2	2,5
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2,6	2,8	3,6	3,4	1,8	1,8	3,7	4,0	3,3
Abschreibungen	2,3	2,0	2,0	2,3	2,3	2,0	2,0	2,0	2,0
Bruttonationaleinkommen	2,5	2,7	3,4	3,2	1,9	1,8	3,5	3,7	3,1
<i>Nachrichtlich:</i>									
Volkseinkommen	2,5	2,9	3,9	3,5	1,6	1,9	3,8	4,3	3,6
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	0,1	1,7	4,5	3,1	-2,7	-1,4	4,7	5,6	3,4
Arbeitnehmerentgelt	3,7	3,5	3,6	3,7	3,7	3,5	3,4	3,7	3,6
6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte									
a) Mrd. Euro									
Masseneinkommen	1 141,1	1 176,5	1 211,2	549,3	591,8	567,6	608,9	583,1	628,1
Nettolöhne- und -gehälter	751,5	777,4	801,8	354,7	396,7	368,1	409,3	379,4	422,4
Monetäre Sozialleistungen	479,1	491,3	502,5	239,2	239,9	245,6	245,7	250,2	252,4
abzgl. Abgaben auf soziale Leistungen ⁵	89,4	92,2	93,1	44,6	44,8	46,1	46,2	46,4	46,7
Übrige Primäreinkommen ⁴	587,4	589,7	612,5	309,6	277,8	300,6	289,1	314,8	297,6
Sonstige Transfers (Saldo) ⁶	-60,3	-60,7	-63,0	-29,0	-31,3	-29,1	-31,6	-30,0	-33,0
Verfügbares Einkommen	1 668,2	1 705,5	1 760,7	829,9	838,4	839,1	866,4	868,0	892,7
<i>Nachrichtlich:</i>									
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	30,8	31,3	31,8	15,2	15,6	15,4	15,9	15,7	16,1
Konsumausgaben	1 523,7	1 564,0	1 615,3	744,9	778,8	757,7	806,4	784,1	831,1
Sparen	175,3	172,8	177,3	100,1	75,2	96,9	75,9	99,5	77,7
Sparquote in Prozent ⁷	10,3	9,9	9,9	11,8	8,8	11,3	8,6	11,3	8,6
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Masseneinkommen	2,8	3,1	2,9	2,7	2,9	3,3	2,9	2,7	3,2
Nettolöhne- und -gehälter	3,5	3,5	3,1	3,7	3,4	3,8	3,2	3,1	3,2
Monetäre Sozialleistungen	1,2	2,6	2,3	0,7	1,8	2,7	2,4	1,9	2,7
abzgl. Abgaben auf soziale Leistungen ⁵	0,2	3,2	0,9	-0,6	1,0	3,3	3,1	0,8	1,1
Übrige Primäreinkommen ⁴	2,0	0,4	3,9	3,5	0,4	-2,9	4,0	4,7	3,0
Verfügbares Einkommen	2,3	2,2	3,2	3,0	1,7	1,1	3,3	3,4	3,0
Konsumausgaben	2,4	2,6	3,3	3,0	1,9	1,7	3,5	3,5	3,1
Sparen	1,6	-1,5	2,6	3,0	-0,2	-3,3	0,9	2,8	2,4

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2013 bis 2014

	2012	2013	2014	2012		2013		2014	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates^a									
a) Mrd. Euro									
Einnahmen									
Steuern	618,3	635,3	657,9	309,9	308,4	314,9	320,3	327,4	330,5
direkte Steuern	320,0	331,9	349,8	162,1	157,9	166,2	165,7	175,6	174,1
indirekte Steuern	298,3	303,4	308,1	147,8	150,5	148,8	154,6	151,8	156,3
Sozialbeiträge	448,7	459,3	474,6	217,8	231,0	223,1	236,2	230,5	244,1
Vermögenseinkommen	23,5	20,9	20,9	12,5	11,0	11,2	9,8	11,6	9,3
Laufende Übertragungen	17,5	17,7	17,9	8,2	9,3	8,3	9,4	8,4	9,5
Vermögenstransfers	10,3	9,9	10,0	4,6	5,7	4,6	5,3	4,6	5,4
Verkäufe	75,0	75,6	76,4	35,0	40,0	35,3	40,4	35,6	40,7
Sonstige Subventionen	0,3	0,3	0,3	0,1	0,2	0,1	0,2	24,7	24,3
Insgesamt	1 193,6	1 219,0	1 257,9	588,1	605,6	597,4	621,5	618,3	639,6
Ausgaben									
Vorleistungen	131,1	133,0	135,7	59,9	71,2	60,7	72,4	61,9	73,8
Arbeitnehmerentgelte	203,5	210,0	218,3	97,8	105,7	100,6	109,4	104,6	113,7
Soziale Sachleistungen	213,7	221,6	229,4	106,3	107,4	110,9	110,8	114,8	114,7
Vermögenseinkommen (Zinsen)	63,5	63,6	63,9	31,6	31,9	31,7	31,9	32,4	31,5
Subventionen	24,8	24,8	24,8	11,9	12,9	11,9	12,9	11,9	12,9
Monetäre Sozialleistungen	430,8	441,8	451,8	215,2	215,6	221,1	220,7	225,3	226,6
Sonstige laufende Transfers	56,4	58,8	58,8	30,3	26,1	30,6	28,2	31,3	27,5
Bruttoinvestitionen	40,8	42,3	43,9	16,9	24,0	17,1	25,3	18,3	25,6
Vermögenstransfers	27,9	22,3	22,0	10,6	17,3	8,9	13,5	8,4	13,7
Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgegenständen	-1,3	-1,3	-1,3	-0,6	-0,7	-0,6	-0,7	-0,6	-0,7
Sonstige Produktionsabgaben	0,1	0,1	0,1	0,0	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	1 191,2	1 217,1	1 247,5	579,8	611,4	592,8	624,3	608,2	639,3
Finanzierungssaldo	2,4	1,8	10,4	8,3	-5,8	4,6	-2,8	10,0	0,3
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Einnahmen									
Steuern	4,9	2,7	3,6	4,2	5,6	1,6	3,9	4,0	3,2
direkte Steuern	7,9	3,7	5,4	6,7	9,2	2,5	5,0	5,7	5,1
indirekte Steuern	1,8	1,7	1,6	1,7	2,0	0,6	2,7	2,0	1,1
Sozialbeiträge	2,7	2,4	3,3	2,7	2,7	2,5	2,3	3,3	3,3
Vermögenseinkommen	-13,9	-10,9	-0,1	-12,5	-15,4	-10,7	-11,0	4,2	-5,1
Laufende Übertragungen	2,8	1,1	1,1	7,9	-1,4	1,1	1,1	1,2	1,1
Vermögenstransfers	5,9	-4,1	1,2	-4,4	15,7	0,7	-7,8	1,0	1,4
Verkäufe	1,3	0,8	1,0	0,0	2,4	0,6	1,0	1,0	1,0
Sonstige Subventionen	-0,1	0,0	0,0	0,0	-0,1	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	3,35	2,12	3,2	3,0	3,7	1,6	2,6	3,5	2,9
Ausgaben									
Vorleistungen	3,7	1,5	2,0	3,1	4,2	1,3	1,6	2,0	2,0
Arbeitnehmerentgelte	1,9	3,2	4,0	1,1	2,6	2,9	3,5	4,0	3,9
Soziale Sachleistungen	2,8	3,7	3,5	3,0	2,7	4,2	3,1	3,5	3,5
Vermögenseinkommen (Zinsen)	-3,6	0,2	0,5	-5,1	-2,0	0,2	0,1	2,4	-1,4
Subventionen	-7,9	0,1	0,1	-7,8	-7,9	0,1	0,1	0,1	0,1
Monetäre Sozialleistungen	1,3	2,5	2,3	0,6	1,9	2,7	2,4	1,9	2,6
Sonstige laufende Transfers ⁹	2,5	2,5	0,0	2,2	0,4	0,4	2,1	0,6	-0,7
Bruttoinvestitionen	-4,5	3,7	3,7	-8,1	-1,8	1,3	5,4	7,1	1,5
Vermögenstransfers ⁹	0,7	-5,5	-0,3	-0,5	1,2	-1,7	-3,9	-0,5	0,2
Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgegenständen ⁹	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige Produktionsabgaben ⁹	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	1,4	2,2	2,5	0,8	2,0	2,2	2,1	2,6	2,4

1 Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde.

4 Selbständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen

7 Sparen in % des verfügbaren Einkommens.

2 Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

5 Einschließlich verbrauchsnahe Steuern.

8 Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.

3 Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

6 Empfangene abzüglich geleistete Transfers.

9 Absolute Änderung gegenüber dem Vorjahr in Mrd EUR.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen); Berechnungen des DIW Berlin.

Wochenbericht 24/2013 vom 12. Juni 2013

Im Interview auf Seite 10 muss es in der Antwort auf Frage 1 heißen:

Insgesamt gab es im Jahr 2011 1,6 Millionen Erwerbsminderungsrentner (EM-Rentner) in Deutschland.



Prof. Dr. Alexander Kritikos ist Forschungsdirektor am DIW Berlin und Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Potsdam.

Der Beitrag gibt die Meinung des Autors wieder.

Warum nur wenige in Griechenland investieren

Griechenland hatte es zuletzt geschafft, aus den negativen Schlagzeilen herauszukommen. Nun katapultiert es sich mit symbolträchtiger Politik – die handstreichartige Schließung des Staatsrundfunks dürfte ein Novum im demokratischen Europa sein – wieder dorthin. Weiterer Tiefschlag: Im von Morgan Stanley herausgegebenen Aktienindex MSCI wurde Griechenland auf Schwellenlandstatus herabgestuft.

Dabei schienen die Reformen Früchte zu tragen. Erfolge wurden bei der Reduzierung des laufenden Staatsdefizits, des Leistungsbilanzdefizits und der Lohnstückkosten verzeichnet. Das hatte allerdings seinen Preis. Die Wirtschaftsleistung ist in den letzten Jahren um 25 Prozent gefallen, die Arbeitslosenrate liegt bei 27 Prozent, die Jugendarbeitslosigkeit sogar bei über 60 Prozent. Um wieder Tritt zu fassen, braucht das Land Investitionen. Diese aber bleiben aus. Mit wenigen Ausnahmen wie SAP und HP meiden ausländische wie griechische Privatinvestoren das Land.

Inzwischen appelliert die griechische Regierung an ihre Partner, sie hätten nun die moralische Verpflichtung, in das Land zu investieren. Aber wie so oft wird auch dieser Appell ungehört verhallen. Vielmehr führt er zur Frage, warum sich Investoren von Griechenland fernhalten. Anlageentscheidungen hängen, stark vereinfacht, von den erwartbaren Renditen der Investitionsmöglichkeiten und den damit verbundenen Risiken ab. Und hier gilt es, den Fokus neben den unternehmerischen Risiken auf die institutionellen Rahmenbedingungen eines Landes zu legen.

Griechenlands Rahmenbedingungen für Investoren waren bereits vor der Krise katastrophal. Im Jahr 2010 platzierte die Weltbank in ihrem Indikator zum „Ease of Doing Business“ Griechenland nur auf dem Rang 109 von 183 Ländern, Schlusslicht in der EU. Die jüngsten Reformpakete sollten dieser Problematik Rechnung tragen. Und tatsächlich gab es Fortschritte. Die Weltbank berichtet in ihrem neuen Report von Verbesserungen, etwa beim Investorenschutz und dem Insolvenzrecht. Dank dieser Reformen

sieht sich Griechenland nun im Ranking der Weltbank auf Platz 78.

Diese Entwicklung macht im Übrigen deutlich, dass die aktuelle Herabstufung im MSCI-Index auf ein Schwellenland ein fatales Signal aussendet. Denn die Herabstufung legt fälschlicherweise eine akute Verschlechterung der Rahmenbedingungen für den Kapitalverkehr nahe. Sie hätte daher bereits im Jahre 2010 erfolgen müssen. Heute sollte dem Land bei konsequenter Fortsetzung der Reformen der „Wiederaufstieg“ in Aussicht gestellt werden.

Welche Reformen sind noch notwendig, um das Land attraktiv für Investoren zu machen? Vor allem die Hürden für die Gründung neuer Unternehmen, die Eintragung von Grundbesitz und gewerblichem Eigentum, für den Erwerb von Lizenzen oder behördlichen Genehmigungen sind es, die hoch geblieben sind. Hier befindet sich Griechenland mit den Plätzen 146 und 150 in den jeweiligen Weltbank-Subindikatoren in guter Gesellschaft mit Ländern wie Malawi, Uganda und Simbabwe. Diese Markteintrittsbarrieren weisen auf verkrustete Wettbewerbsstrukturen hin. Etwas besser bestellt ist es um die Durchsetzbarkeit von Verträgen; Griechenland belegt hier Platz 87, für ein Eurozoneland der ersten Stunde dennoch ein beschämender Wert. In wesentlichen Teilbereichen sehen sich Investoren und Innovatoren, die ihre Ideen zu kommerzialisieren trachten, folglich noch immer unkalkulierbaren Risiken ausgesetzt.

Anstatt ihre Appelle zu wiederholen, wird die griechische Regierung, will sie Auslandsinvestitionen ins Land locken, ihre Reformen also fortsetzen und die Regulierungsdichte reduzieren müssen. Dass sich solche Reformen realisieren lassen, haben Länder wie Irland und zuletzt Polen vorge-macht, deren Ökonomien – bei allen Rückschlägen in der Eurokrise – von diesen Reformen profitiert haben. Nun hat sich die griechische Regierung durch die Schließung des Staatsrundfunks unnötigerweise selbst geschwächt, für den notwendigen Reformeifer keine gute Voraussetzung.